



Profil

Magazin für Arbeit und Leben

Oktober | November 2023



Es droht ein Exodus

Teure Energie, marode Strukturen:
Der Industriestandort braucht
einen Befreiungsschlag.



Nichts verpassen –
mit *Profil* update!

IGBCE NEWSLETTER

 **Profil** update

Noch mehr *Profil* bekommst du per Mail – in unserem Newsletter *Profil* update. Mit den neuesten Nachrichten, Analysen, Aktionen und einordnenden Leitartikeln der IGBCE-Fachleute zu aktuellen Entwicklungen.

Profil update erscheint in allen ungeraden Monaten (außer Januar), um dich auch zwischen den Magazinausgaben über wichtige Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten.

Du erhältst das *Profil* update noch nicht automatisch? Dann fehlt uns deine Mailadresse. Registriere dich ganz einfach im Internet unter „Meine IGBCE“



Zeitenwende allenthalben

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass die Folgen des unsäglichen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine unser Leben nachhaltig beeinträchtigen, dann genügte ein Blick in dieses Magazin. Fast wirkt es, als hätten wir bewusst einen Themenschwerpunkt gebildet, der sich durch die ganze *Profil* zieht. Dabei war es gar nicht so. Die Planungszyklen für die einzelnen Storys sind ja sehr unterschiedlich, deshalb war hier eher „Kommissar Zufall“ am Werk. Oder präziser: Die „Zeitenwende“ ist so präsent, dass sie eben auf nahezu alles ausstrahlt, eben auch in dieser Ausgabe: Das beginnt bei sehr persönlichen Geschichten wie der

des ukrainischen Gewerkschafters Pavlo Prudnikov, zieht sich über Unternehmen, für die mit den ausbleibenden Rohstoffen aus Russland nun alles anders ist (Uniper im „Arbeitgebercheck“, PCK in der Reportage) bis hin zu Tarifrunden, die von der Krise beeinflusst werden. Die ganze Problemlage der Energieintensiven metert unsere Hintergrundstory auf, gepaart mit einem „Kompass“ mit der Vorsitzenden der Wirtschaftsweisen, Monika Schnitzer. ■



Lars Ruzic, Chefredakteur
lars.ruzic@igbce.de

Schulterblick

Aus der Produktion dieser Ausgabe

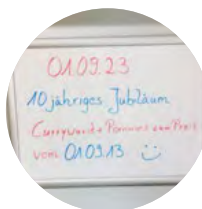
Cool geblieben!

Richtig heiß – im wortwörtlichen Sinn – ging es dieses Mal bei der Produktion des Arbeitsplatzporträts beim Glashersteller Pilkington in Gladbeck her. Am Schmelzofen hat Fotograf **Frank Rogner** trotzdem einen kühlen Kopf bewahrt.



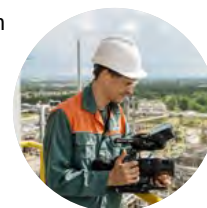
Einfallsreich

Nur langsam bewegen sich die Prozentpunkte nach unten. Die Bekämpfung der Inflation bleibt zäh. Da kommen Bilder der Hoffnung gerade recht: Currywurst mit Pommes zum Preis von vor zehn Jahren! Das verspricht ein Imbiss an der Emscher. Unser Kamerateam hat es gefreut.



Schwindelfrei

Beim Besuch der PCK-Ölraffinerie in Schwedt ging es nicht nur laut zur Sache, wie die gelben Ohrstöpsel unseres Filmers **Michael Heck** verraten, sondern auch hoch hinaus. Aber Höhenangst? Fehlanzeige! Denn Michi steigt in seiner Freizeit auch ins Segelflugzeug. ■



Inhalt

Oktober | November 2023



ARBEIT & GESELLSCHAFT

News Politik & Soziales **12**

In der Kostenfalle Die Energiepreiskrise hat unsere Branchen hart getroffen. Die Lage ist mies: überall Sparpläne, Verlagerungsgefahr, Investitionszurückhaltung. Warum es jetzt einen Befreiungsschlag braucht – und wie der aussehen kann. **14**

Kompass Sparprogramme, Stellenstreichungen, Standortfrust: Droht Deutschland die Deindustrialisierung? Die Wirtschaftsweise Monika Schnitzer und Michael Vassiliadis im Streitgespräch. **19**

News Branchen & Betriebe **22**





MENSCHEN & GEMEINSCHAFT

Gelebte Solidarität Der ukrainische Gewerkschafter Pavlo Prudnikov wurde im Krieg schwer verletzt. Der IGBCE gelang es, ihn für RehaMaßnahmen nach Deutschland zu holen. Eine Geschichte von internationalem Zusammenhalt in Zeiten des Krieges. **26**

Der Duft der Emscher Er galt lange als „Kloake des Ruhrgebiets“, doch jetzt ist der gut 80 Kilometer lange Fluss zwischen Holzwickede und Dinslaken frei von Abwasser. Alteingesessene Revierler freut die Renaturierung. **30**

Der Schock als Chance Mit dem Embargo auf russisches Öl brachen bei PCK in Schwedt unsichere Zeiten an. Tausende Arbeitsplätze standen auf dem Spiel. In Zusammenarbeit mit der IGBCE gelang es, den Standort zu sichern – und auf die Zukunft auszurichten. **34**

PRAXIS & WISSEN

Potenziale in der Tiefe Eine Übersicht über die CCS-Projekte in Europa. **40**

Genug ist genug! Viele Arbeitnehmende wünschen sich, früher aus dem Job auszustei-gen. *Profil* zeigt, wie es klappen kann. **42**

Ruhe nach dem Sturm Die Gaskrise führte den Energieriesen Uniper an den Rand des Abgrunds. Was macht das mit Beschäftigten und dem Arbeitgeber? **44**

Gut vorbereitet Über den eigenen Tod nachdenken? Das tun viele Menschen eher ungern. Trotzdem ist es wichtig, sich darüber zu Lebzeiten Gedanken zu machen. **48**

Recht, zu streiken Kommt es in deinem Unternehmen zu einem Streik, erhältst du als IGBCE-Mitglied eine Streikunterstützung. **50**




WEITERE INHALTE

Mein Arbeitsplatz	06
Meine IGBCE	08
Dialog Impressum	10
Unterhaltung	56
Feierabend	58

VOR ORT

Auf diesen Seiten berichten die Landesbezirke über regionale Themen, Aktionen und Veranstaltungen, Personen und Projekte. **52**





Andree Simowski

Der 1.600-Grad-Mann

Eingeheizt: Wenn sich Andree Simowski die silberne Hitzeschutzjacke, Helm, Schutzbrille und dicke Handschuhe überstreift, wird es richtig, richtig heiß an seinem Arbeitsplatz. Der Industrieschlosser arbeitet beim Glashersteller Pilkington in Gladbeck im Heißbereich direkt an der Schmelzwanne. Um eine gleichmäßige Temperatur von 1.600 Grad Celsius in der Glasmelze sicherzustellen, reinigt der 53-Jährige beispielsweise regelmäßig die Düsen der mit Erdgas befeuerten Brenner. Und das im laufenden Betrieb. Denn eine Glaswanne lässt sich nicht einfach abschalten, sie läuft rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr. Nach einer halben Stunde Arbeit legt Andree eine sogenannte Hitzepause ein um sich abzukühlen, bevor er dann erneut an seine Arbeit zu den Brennern geht. In den beiden riesigen Glaswannen im Gladbecker Werk werden rund 1.500 Tonnen Flachglas pro Tag produziert – für Windschutzscheiben, Fensterscheiben oder Duschtrennungen. Dafür benötigt der Standort jährlich ungefähr so viel Gas wie die Stadt Gladbeck in einem Jahr verbraucht. ■



Mehr zu Andreas
Arbeitsplatz im Video:
[igbce-profil.de/
23507](http://igbce-profil.de/23507)



Foto: Thomas Goethe

Tarifrunde LEAG

Klare Botschaft

In großen roten Buchstaben sprüht Niklas Kölling „Mehr Geld“ auf den Asphalt der Zufahrt zum LEAG-Kraftwerk Schwarze Pumpe. In der zweiten Runde der Tarifverhandlungen hatte der Arbeitgeber erneut keine nachhaltige tabellenwirksame Entgeltsteigerung angeboten. Die Beschäftigten wollen sich damit nicht abspeisen lassen. Um ihren Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen, zogen sie vors Werkstor – mehrere Tausend Beschäftigte streikten an allen Tagebau- und Kraftwerksstandorten des Unternehmens. Mehr dazu auf **Seite 24.** ■

Dialog

Fachkräftemangel

Falsche Zielgruppe

"Als langjähriges Betriebsratsmitglied, zuletzt als Vorsitzender, sind mir die Klagen der Arbeitgeber zum Fachkräftemangel bekannt. Meine Antwort darauf war fast immer: „Die Stellenausschreibung hat die falsche Zielgruppe. Einen passenden Mitarbeiter gibt es nicht, den muss man selbst ausbilden.“

Vor circa 14 Jahren dann der Durchbruch: Zum Ersten Mal wurde die Ausbildung zum Maschinen- und Anlagenführer für Hauptschüler ausgeschrieben. Gemäß meiner Forderung auch ohne Abschluss. Es kamen reichlich Bewerbungen, reichlich Auszubildende und alle haben die Ausbildung erfolgreich abgeschlossen. Das Beste: ALLE sind noch im Betrieb! Sie haben sich nicht wie die Realschüler und die Gymnasiasten nach der Ausbildung davongemacht, um sich weiterzubilden.

Gute Betriebsräte können also einen Wandel im Denken von Unternehmern herbeiführen. Der BR braucht dafür „nur einen langen Atem“.



Ulrich Kürpick

„Die Hürden sind zu hoch“

Leistungen anerkennen

"Fast täglich bekommt man das „ewige Märchen“ vom Fachkräftemangel in Deutschland zu hören. Unsere Politiker bereisen sämtliche Kontinente, um „Fachkräfte“ für unser Land anzuwerben. Wir haben besagte Fachkräfte vor unserer „Tür“, doch bezahlen will sie keiner. Unsere Fachkräfte wollen – und sollten auch – ihrer Qualifikation entsprechend bezahlt werden, damit sie von ihrem Verdienst auch leben können. Stattdessen wandern viele ab in andere Länder, wo ihre Qualifikationen und Leistungen besser honoriert und anerkannt werden.

Jedermann weiß, wie die Kosten für Lebensmittel, Energie, Mieten etc. gestiegen sind. Man sollte unsere Politiker doch einmal ganz offen fragen, ob sie von dem „schnöden“ Verdienst, den man unseren Fachkräften bezahlt, leben könnten beziehungsweise möchten. Genauso könnte man fragen, ob in der Politik alle Posten mit „Fachkräften“ besetzt sind. Oder sollte man auch hierfür Fachkräfte aus dem Ausland anwerben?



Rosemarie Raschke

IGBCE im Netz

Folge uns, schreib uns oder kommentiere unsere Beiträge bei Facebook, Instagram, Twitter, LinkedIn und YouTube. Wir freuen uns über Anregungen, Lob und Kritik.



profil@igbce.de



IGBCE



IGBCE



igbceTV



@igbce



industriegewerkschaft-igbce

Neue Umfrage im Oktober

Die nächste „Umfrage des Monats“ startet Anfang Oktober. Sie richtet sich ausschließlich an IGBCE-Mitglieder. Beteiligen kannst du dich ganz leicht über die „Meine IGBCE“-App. Aktiviere die Pushmitteilungen, dann wirst du über dein Smartphone erinnert, teilzunehmen. Unter allen Teilnehmenden verlosen wir ein iPad. Du hast die App noch nicht? Dann nutze den QR-Code rechts.



Umfrage des Monats

Wunscharbeitszeit: 35 Stunden

Die Mitglieder der IG BCE halten eine Verringerung ihrer Arbeitszeit für erstrebenswert, sehen in der Umsetzung aber eine Herausforderung. Ihre persönliche Wunscharbeitszeit beziffern die Befragten im Durchschnitt mit 35 Stunden in der Woche. Eine Viertagewoche halten mehr als 60 Prozent für „sehr erstrebenswert“, allerdings nur 22 Prozent für in der betrieblichen Praxis „leicht umsetzbar“. Das sind einige zentrale Ergebnisse der jüngsten Umfrage in der „Meine IG BCE“-App, an der sich mehr als 3.700 Mitglieder beteiligt haben. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die Gesamtmitgliedschaft. Gut jede und jeder dritte Befragte hält es für „sehr wichtig“, eine weitere Arbeitszeitreduzierung jetzt durchzusetzen. Für weitere 47 Prozent „kann das ein Punkt sein, aber nicht der alleinige“. Für eine Arbeitszeitreduzierung auf Entgelt verzichten würde gut die Hälfte der Befragten.

Bei einer weiteren Arbeitszeitreduzierung käme es den meisten (45 Prozent) darauf an, „dass ich sie über die Zeit flexibel ansparen und abbauen kann“. Etwa ein Drittel wünscht sich „einen festen Frei-Zeitraum pro Woche“. Zwar halten 61 Prozent eine Viertagewoche für „sehr erstrebenswert“, haben jedoch Zweifel mit Blick auf die Umsetzbarkeit im Betrieb.

„Worauf käme es dir bei einer Arbeitszeitreduzierung vor allem an?“

Dass ich sie über die Zeit flexibel ansparen und abbauen kann
 45

Dass ich einen festen Frei-Zeitraum pro Woche bekomme
 32

Dass ich jeden Tag etwas weniger arbeiten kann
 14

Das ist mir egal
 9

Quelle: IG BCE

„Wie wichtig wäre es aus deiner Sicht, eine weitere Arbeitszeitreduzierung gewerkschaftlich durchzusetzen?“

Sehr wichtig, das brennt den Leuten unter den Nägeln
 34

Das kann ein Punkt sein, aber nicht der alleinige
 47

Unwichtig – im Moment haben die Leute echt andere Sorgen
 15

Kann ich nicht einschätzen
 4

Quelle: IG BCE

Der Gewinner des iPads ist **Steven Baier** aus Eggersdorf. Herzlichen Glückwunsch!

Impressum

Profil – das Mitgliedermagazin der IG BCE

Herausgeber
Michael Vassiliadis

Chefredakteur (V.i.S.d.P.)
Lars Ruzic

Chefinnen vom Dienst
Katja Pflüger,
Inken Hägermann (stv.)

Redaktionelle Mitarbeit
Petra Adolph, Karin Aigner, Nadine Bloemers, Ömer Kirli, Michael Kniess, Leo Kölzer, Daniel Krist, Jonas Lang, Wolfgang Lenders, Boris Loew, Michaela Ludwig, Isabel Niesmann, Julia Osterwald, Dennis Priegnitz, Axel-Stefan Sonntag, Patrick Witzl, Aman Yoseph

Redaktionsassistentz
Simone Wöckener, Tanja Rössner

Redaktionsanschrift
Königsworther Platz 6
30167 Hannover
Telefon: 0511 7631-306/-354
E-Mail: profil@igbce.de
igbce.de

Der Kontakt ist ausschließlich für Fragen und Hinweise an die Redaktion zu verwenden. Bei Fragen zur Mitgliedschaft wende dich bitte an deinen Bezirk.

Partner für Konzeption, Design und Content-Produktion
publishi Medienkonzepte GmbH
Bad Salzbrunner Straße 2
30539 Hannover

Gesamtherstellung und -vertrieb
Westend Druckereibetriebe GmbH
Westendstraße 1, 45143 Essen

Zusendungen
Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreis
Für IG BCE-Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe
22. September 2023

Druckauflage: 562.830 (IV/2022)
Gedruckt auf chlorfreiem Papier.



Bei der Produktion werden sowohl Materialien aus FSC®-zertifizierten Wäldern und/oder Recyclingmaterial als auch Material aus kontrollierten Quellen verwendet.

Erscheinungsweise
Profil erscheint sechsmal im Jahr mit acht Regionalausgaben für Bayern, Baden-Württemberg, Hessen-Thüringen, Nord, Nordost, Nordrhein, Rheinland-Pfalz/Saarland und Westfalen.

News

Politik & Soziales

Stiftung Arbeit und Umwelt

Brückenstrompreis rechtlich möglich

Der Brückenstrompreis für die energieintensiven Industrien lässt sich rechtskonform aus dem Etat des Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) finanzieren. Zu diesem Urteil kommt ein Gutachten der renommierten Wirtschaftskanzlei Becker

Büttner Held (BBH), das die IGBCE-eigene Stiftung Arbeit und Umwelt in Auftrag gegeben hat.

Demnach sind die notwendigen Anpassungen im Stabilisierungsfondsgesetz (StFG) ohne Eingriff in die Budgethoheit des Parlaments möglich, da sich der Zweck des Fonds nicht ändere. „Auch der Brückenstrompreis soll vor allem die durch die Energiekrise nachhaltig erhöhten

Strompreise für energieintensive Industrien abfedern“, heißt es in dem Gutachten.

„Das Gutachten macht deutlich: Juristische Themen können den Brückenstrompreis nicht aufhalten“, sagte der Vorsitzende der IGBCE, Michael Vassiliadis. Er ließe sich sowohl rechtlich als auch finanziell über den WSF organisieren. „Man muss ja stets sehr genau zwischen rechtlichen und politischen Argumenten unterscheiden; rechtlich jedenfalls ist die Einführung eines Transformationsstrompreises möglich“, sagt Rechtsanwältin **Prof. Dr. Ines Zenke** von BBH.

Das Gutachten zur Finanzierbarkeit ist bereits die zweite rechtliche Bewertung zum Brückenstrompreis, die die Stiftung Arbeit und Umwelt bei BBH in Auftrag gegeben hat. ■

200

Milliarden Euro

schwer ist der Wirtschaftsstabilisierungsfonds, der Energiehilfen finanzieren soll. Für die Energiepreiskontrollen und andere Stützungsmaßnahmen wurden bislang jedoch nur gut 60 Milliarden Euro benötigt. ■

Ticker

Nur für Mitglieder

IGBCE-Mitglieder und deren Familien haben in diesem Jahr die Möglichkeit, vergünstigte Tagestickets für Deutschlands größte Erlebnis- und Einkaufsmesse – die infa – zu erhalten. Mit dem Aktionscode **infa23-IGBCE** wird im Online-Ticketshop ein spezielles Aktionsticket für 10 Euro pro Person freigeschaltet. Das Ticket ist für einen einmaligen Eintritt gültig. Die infa findet in diesem Jahr vom 14. bis zum 22. Oktober in Hannover statt. Mehr als 700 Aussteller präsentieren in verschiedenen Themenwelten einen bunten Mix aus Shopping, Entertainment und Erlebnis. Vorträge und Workshops sowie die beliebte Foodtruck-Plaza runden das Programm ab. Mehr Infos und Tickets unter: **meine-infa.de** ■

infa

Beteilige dich beim Diversity Lab

Wie lebendige Vielfalt im Betrieb aussehen kann, möchten wir gern mit dir gemeinsam beim ersten IGBCE Diversity Lab am 25. November 2023 in Hannover erarbeiten. In Workshops und Best-Practice-Runden bieten wir dir einen Experimentierraum, der echte Beteiligung möglich macht. Du hast Erfahrungen, Ideen oder konkrete Forderungen zum Thema Diversity – dann mach mit! Mehr Infos und Anmeldung: **abt.frauen-diversity@igbce.de** ■

Jubiläum

60 Jahre für die Gewerkschaft

Zwölf Jahre war Hubertus Schmoldt der Vorsitzende der IGBCE. Der erste der 1997 aus der Fusion der IG Bergbau und Energie mit der IG Chemie-Papier-Keramik und

der Gewerkschaft Leder hervorgegangenen

neuen IGBCE überhaupt. Bis 2009

hatte er dieses

Amt inne, bevor er das Steuerrad

an den heuti-

gen Vorsitzenden

Michael Vassiliadis

übergab. Am 1. Oktober

feiert der gelernte Maschinen-schlosser und Vollblutgewerkschaf-ter sein 60-jähriges Gewerkschafts-jubiläum. Zu diesem Anlass ist er in den Industriepark Walsrode zu einem Spaziergang zurückgekehrt – an den Ort, wo seine Gewerk-schaftskarriere begann.

Beim Rundgang über seine frü-herere Ausbildungsstätte erzählt er über sein Engagement als Jugend-vertreter, seinen Start als „Haupt-amtlicher“ und den Grundgedanken gewerkschaftlicher Mitgestaltung. Das gesamte Interview und den Spa-ziergang als Video findest du online unter **igbce.de**. ■



In der Lehrwerkstatt: Hubertus Schmoldt erzählt von seiner Zeit als Auszubildender und Jugendvertreter.



PFAS-Beschränkungs-vorschlag der EU

IGBCE gegen pauschales Verbot

Die IGBCE stellt sich gegen ein pauschales Verbot der Produktion und der Verwendung von PFAS-Chemikalien in Europa, wie es gerade in der EU diskutiert wird. Stattdessen setzt sie sich für eine differenzierte Vorgehensweise bei der Regulierung der Substanzen und stärkere Anstrengungen bei der Forschung nach Alternativen ein. Denn ohne diese wasser-, fett- und schmutzabweisenden sowie hitzebeständigen Chemikalien kann kein E-Auto, kein Herzschrittmacher und kein Windrad produziert werden. Die per- und poly-fluorierten Chemikalien (PFAS) finden sich außerdem in vielen Alltagsprodukten wie Pfannen, Kosmetik oder Regenjacken. Nach den Plänen der EU-Kommission sollen die Produktion, der Vertrieb und die Nutzung von PFAS-Stoffen und -Artikeln künftig verboten werden, da sie sich in der Umwelt anreichern.

Der IGBCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis betont: „Ein pauschales PFAS-Verbot würde sich in ganz erheblichem Umfang auf unsere Form des Wirtschaftens und damit auch auf die Beschäftigung in unseren Branchen auswirken.“ Nicht nur das Erreichen der Energiewende wäre gefährdet, sondern auch viele andere dringend notwendige Einsatzmöglichkeiten, unter anderem in der Elektrotechnik, der Chemie und der Medizin, wären betroffen.

Der aktuell vorliegende PFAS-Beschränkungs-vorschlag der EU-Chemikalienagentur ECHA umfasst etwa 10.000 Stoffe mit unterschiedlichsten Eigenschaften und Anwendungsbereichen. Diesem breiten Produktspektrum werde der Beschränkungs-vorschlag nicht gerecht, so die IGBCE. Bei der Bewertung und Regulierung der riesigen Chemikaliengruppe müsse differenziert werden. „Die PFAS-Gruppe darf auf keinen Fall als eine einheitliche homogene Stoffgruppe betrachtet werden“, fordert Vassiliadis.

Die Pläne für eine strengere PFAS-Regulierung resultieren aus der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit der EU-Kommission. Nach einer öffentlichen sechsmonatigen Konsultationsphase werden die zuständigen Gremien der EU-Chemikalienagentur ECHA das mögliche PFAS-Verbot beurteilen. ■

Gefangen in der Kostenfalle

Text Lars Ruzic – Illustration Eugen Schulz

Die Energiepreiskrise hat unsere Branchen hart getroffen. Die Lage ist mies: überall Sparpläne, Verlagerungsgefahr, Investitionszurückhaltung. Warum es jetzt einen Befreiungsschlag braucht – und wie der aussehen kann.

Dass ein Konzernchef und eine Konzernbetriebsratsvorsitzende einer Meinung sind, ist bekanntlich nicht die Regel. Doch wenn die Frage auf die aktuelle Lage in der chemischen Industrie kommt, dann herrscht bei Matthias Zachert und Manuela Strauch Einigkeit. Der Lanxess-Chef hatte unlängst Schließungs- und Verkaufspläne für zwei energieintensive Produktionsanlagen am Standort Uerdingen verkündet und mit markigen Worten kommentiert: „Die Deindustrialisierung beginnt.“

Darauf angesprochen, muss Manuela Strauch nicht lange überlegen: „Das sehe ich auch so.“ In den großen Chemieparken gebe es eine enge Verknüpfung der Produktions- und Warenströme, alles hänge mit allem zusammen. „Wenn wir etwas schließen, trifft das automatisch auch andere am Standort.“ Beispiel: Lanxess will bis Anfang 2026

die Hexanoxidation in Uerdingen beenden. Betroffen sind 61 Beschäftigte, eine Gesamtbetriebsvereinbarung sichert ihnen andere Jobs im Unternehmen zu, niemandem muss betriebsbedingt gekündigt werden.

Das eigentliche Problem ist ein anderes. Der Grundstoff wird von einem Nachbarbetrieb weiterverarbeitet. Der muss das Vorprodukt nun zukaufen. „Wir machen uns abhängig vom Markt und seinen Kapriolen“, warnt die Konzernbetriebsratsvorsitzende. Folgen drohen auch dem Chemiepark insgesamt: Ein großer Abnehmer für Energie und Dampf entfällt, die Gemeinkosten bleiben jedoch und werden nun auf weniger Gewerke umgelegt. „So wird es im Ergebnis für uns alle teurer“, sagt Strauch.

Es ist wie beim Bild mit den Dominosteinen. Fällt der erste, fallen auch schnell die nächsten in der Reihe. Das ist der Grund,



weshalb derzeit Unternehmen, Gewerkschaften und Verbände so eindringlich davor warnen, die energieintensive Industrie mit ihren Problemen alleinzulassen. „Die Strompreise müssen endlich runter“, so Strauch. „Und der Behördenwahnsinn muss ein Ende haben. Beides sind K.-o.-Kriterien für den Industriestandort Deutschland.“



1.008					
	4	9.0122			
	Be				
	BERYLLIUM				
	12	24.305			
	Mg				
	MAGNESIUM				
39.098	20	40.078			
K	Ca	Sc			
CALCIUM	SCANDIUM				
87.62	39	88.906	40		
	Y	Zr			
	TRIUM	ZIRCONIUM			
	71	72			
	Lu	Hf			
	LUTETIUM	HAFNIUM			

Die Lage ist mies. Als einzige der großen Wirtschaftsnationen wird Deutschland in diesem Jahr schrumpfen, sagt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) voraus. Selbst für das kommende Jahr wird lediglich mit einem Plus von 0,9 Prozent gerechnet. Größtes Sorgenkind: die energieintensiven Industrien, sei es Chemie, Metall, Papier, Glas oder Kautschuk. Sie haben in der Energiekrise ihren Verbrauch und damit ihre Produktion und den Absatz massiv zurückgefahren. Und bislang fehlen die Anreize, wieder hochzufahren. Beispiel: In der chemischen Industrie sind die Anlagen derzeit nur zu 77 Prozent ausgelastet, ordentlich wirtschaften lässt sich ab etwa 85 Prozent.

Nachhaltiger Schaden droht

So bestimmen derzeit Sparprogramme, Einstellungsstopps, sogar Anlagenschließungen und Personalabbau das Bild. Von Investitionen in die klimagerechte Modernisierung der Standorte ist wenig zu sehen. Die energieintensiven Industrien drohen – anders als etwa in der Folge der globalen Finanzkrise vor 15 Jahren – diesmal nachhaltig Schaden zu nehmen. Die Wirtschaftswissenschaft spricht von einem Hysterese-Effekt. Heißt: Die Folgen der Krise sind weitaus länger zu spüren als, die Ursache anhält. Mit Blick auf das Thema Gas ist das offensichtlich: Der Preis für den Rohstoff, der uns 2022 noch auszugehen drohte, ist heute wieder auf einem normalen Niveau, die Produktion jedoch nicht. Eine Studie des Mannheimer Volkswirtschaftsprofessors Tom Krebs für die Hans-Böckler-Stiftung rechnet vor, dass sich die Gesamtkosten der Energiekrise durch diesen Effekt auf zehn Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung oder 390 Milliarden Euro allein bis Ende 2024 belaufen



”

Wenn wir etwas schließen, trifft das auch andere.

Manuela Strauch,
Konzernbetriebsratsvorsitzende
Lanxess



dürften. Das könne fatale Folgen für den Wohlstand in Deutschland haben.

Die Krux dabei: Das ist nicht das einzige Problem. Die Rezession trifft auf zentrale Industriezweige, die hierzulande seit Jahren mit schwierigen Standortbedingungen zu kämpfen haben: verzögerte Energiepreise, überhöhte Energiepreise, überbordende Regulierung, marode Infrastruktur, fehlende Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung.

Expansion findet anderswo statt – in den USA, in China. Ausgerechnet diese Länder locken deutsche Investoren nicht nur mit staatlichen Fördergeldern und geringen Energiepreisen, sondern auch mit Rundum-sorglos-Paketen für Industrieansiedlungen. Die einen haben aus den Folgen der eigenen Deindustrialisierung gelernt und nutzen nun die Transformation, um zurück in die Zukunft zu kommen. Die anderen haben aktuell lange ungekannte Probleme wie Deflation und hohe Jugendarbeitslosigkeit – werden also alles tun, um ihre eigene Krise abzuwenden.

Gleichzeitig stehen die energieintensiven Branchen vor der Megaherausforderung, ihre Produktion zu transformieren in Richtung Klimaneutralität, massive Investitionen inklusive.

In immer mehr Managementetagen stellt sich deshalb gerade die Sinnfrage: Wie sollen Anlagen in nicht gerade industriefreundlicher Umgebung und bei schlechter Versorgungslage mit viel Geld erneuert werden, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dafür hierzulande nicht geschaffen werden und man anderswo neue Werke auf die grüne Wiese stellen kann und den Windpark gleich dazubekommt? Gerade bei international aufgestellten Konzernen – egal, ob mit Sitz in Deutschland oder anderswo – macht sich deshalb ein gefährlicher Trend breit: Wenn Kosten eingespart

und Kapazitäten abgebaut werden müssen, gilt immer häufiger „Germany first“.

Verlagerung findet bereits statt – vor allem in Chemie-, Papier-, Kautschuk-, Keramik- und Glasindustrie. Das gilt nicht nur für bekannte Namen wie BASF, Lanxess, Goodyear oder Villeroy & Boch. Die IGBCE und ihre Betriebsräte verhandeln derzeit in zig Betrieben darüber, die Einschnitte sozialverträglich zu gestalten. Vor allem nährt das eine Sorge: Dass das nur der Anfang ist und die energieintensiven Industrien nach und nach dem Standort Deutschland den Rücken kehren. „Die Gefahr war noch nie so groß wie heute“, sagt der Vorsitzende der IGBCE, Michael Vassiliadis. „Zu toxisch ist der Cocktail unguter Zutaten, die sich da vermengt haben.“

Vassiliadis warnt davor, diese Entwicklung auf die leichte Schulter zu nehmen. „Wir reden hier über Industrien, die der Schlüssel zum deutschen Erfolgsmodell sind. Sie stehen am Anfang aller Wertschöpfungsketten.“ Allein die chemische Industrie liefert Ausgangsstoffe für 95 Prozent aller Industrieprodukte. Keine Auto- oder Maschinenbaubranche ohne die Energieintensiven, keine Wind- oder Solaranlagen. „Wenn uns die Energieintensiven abhandenkommen“, umschreibt es der IGBCE-Vorsitzende, „steht der Kaiser ganz schnell ohne Kleider da.“

IGBCE schmiedet Allianzen

Die IGBCE schmiedet deshalb allenthalben Allianzen, um die Rahmenbedingungen für die energieintensive Industrie zu verbessern. Gemeinsam mit DGB, IG Metall und diversen Branchenverbänden setzt sie sich in der „Allianz pro Brückenstrompreis“ dafür ein, dass die Bundesregierung für international vergleichbare Wettbewerbsbedingungen beim für viele Unternehmen der Branche wichtigsten Kostenfaktor sorgt. Mit den Regierungschefinnen und -chefs

der Länder hat sie eine Allianz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die chemische Industrie geschlossen. Auch das Bundeskanzleramt hat das Thema auf der Agenda (siehe Kasten).

Die IGBCE dringt auf ein standortpolitisches Anreizpaket, das auch international mithalten kann. Das beginnt bei Strompreisen, die sich auf Augenhöhe mit denen anderer Industrienationen bewegen. Gleichzeitig bedarf es eines industriepolitischen Befreiungsschlags, um Produktion und Standorte klimagerecht zu modernisieren und so nachhaltig abzusichern. „Die Transformation ist eine echte Chance für unseren Industriestandort“, sagt Vassiliadis. „Wir müssen deshalb regulatorisch alles tun, um diejenigen zu unterstützen, die den Umbau vorantreiben sollen und wollen.“



”

Ohne Energieintensive steht der Kaiser schnell ohne Kleider da.

Michael Vassiliadis,
IGBCE-Vorsitzender

Kanzler beim Beirat der IGBCE

Dass die Lage brisant ist, hat die Politik ebenfalls längst erkannt. In diesen Wochen glühen die Drähte zwischen Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften: Für den 27. September hat der Kanzler zum Chemiegipfel geladen, zwei Tage später hält Olaf Scholz eine Rede vor dem Beirat der IGBCE in Berlin. Das alles findet nach Redaktionsschluss der Printausgabe von *Profil* statt, sodass es sich hier noch nicht wiederfindet. Wir halten dich aber permanent im Informationsfluss in der Digitalausgabe, im Web auf [igbce.de](https://www.igbce.de) und über die „Meine IGBCE“-App. Aktiviere die Pushmitteilungen, damit du nichts verpasst. Es geht um viel in diesem Herbst.



Digitale Updates zur
aktuellen Entwicklung:
[igbce.de](https://www.igbce.de)

Dazu gehört die mutige Förderung von Investitionen und notfalls ihre Absicherung über Bürgschaften, die Erleichterung von Abschreibungsbedingungen. Dazu gehört aber auch, der Modernisierung und dem Ausbau von Standorten, Anlagen, Pipelines, Netzen oder Kreislaufwirtschaftssystemen keine Steine in den Weg zu legen. Mit dem Wachstumschancengesetz habe die Bundesregierung zwar erste Schritte zur Verbesserung der Standortbedingungen gemacht. „Aber das letzte Wort dazu kann und darf das nicht gewesen sein“, sagt Vassiliadis.

Dem springt auch Volkswirt Krebs bei. In der aktuellen Krise habe die Bundesregierung mit Stabilisierungspakt, Gas- und Strompreisbremse zwar einiges richtig gemacht, doch der nun auferlegte finanzpolitische Sparkurs drohe sich zu einem Debakel zu entwickeln, warnt er in der Böckler-Studie. „Eine energiepolitische Schocktherapie in Kombination mit einer Transformationspolitik, die der Größe der Herausforderung nicht gerecht wird, könnte zu einer wirtschaftlich verlorenen Dekade in Deutschland führen.“

Welchen Einfluss Entscheidungen der Bundesregierung auf Unternehmen haben können, zeigt das Beispiel von Mitsubishi HiTec Paper in Bielefeld. Seit 1799 gibt es diese Papierfabrik schon, doch nach der Explosion der Energiekosten drohte ihr ein Kahlschlag: Fast jeden dritten der mehr als 500 Arbeitsplätze wollte der japanische Mutterkonzern streichen und Maschinen abbauen. Am Ende gelang es Betriebsrat und IGBCE jedoch, den Aderlass auf knapp 50 Stellen zu begrenzen und erfolgreich für Investitionen in die Modernisierung der Anlagen zu kämpfen.

„Die Energiepreisbremsen haben uns in die Karten gespielt“, sagt

der Betriebsratsvorsitzende Dirk Hansmeier. Sie begrenzen aktuell nicht nur für Endverbraucher, sondern auch für die Industrie das Preisrisiko am Markt. So konnte die Belegschaftsvertretung erfolgreich dafür werben, dass in Bielefeld Papierverpackungen nicht nur für Lebensmittel, sondern künftig auch verstärkt für andere Konsumprodukte hergestellt werden. Transformation konnte sehr konkret gestaltet werden, und mit Interessenausgleich und Sozialplan wurde ein breites Angebot für die Betroffenen geschnürt. Hansmeier hofft, dass man ohne betriebsbedingte Kündigungen auskommen wird. „Erstmal“, sagt er, „sind wir erleichtert.“ ■



Der Druck wird extrem

Text Inken Hägermann – Illustration Eugen Schulz



Das Gespräch in voller Länge findest du hier:
igbce-profil.de/23519

Sparprogramme, Stellenstreichungen, Standortfrust: Droht Deutschland die Deindustrialisierung? Die Wirtschaftsweisen Monika Schnitzer und Michael Vassiliadis im Streitgespräch.

Die deutsche Volkswirtschaft und die Industrie lahmen aktuell – stärker als in anderen Ländern. Ist das nur ein Konjunkturruck oder sind wir am Beginn einer langen „Dümpelphase“, Frau Schnitzer?

Monika Schnitzer: Da würde ich erst mal Entwarnung geben: Tatsächlich erleben wir im Moment zwar eine leichte Rezession. Das ist aber angesichts der Energiekrise, durch die wir gerade gehen, wirklich nicht dramatisch, das hätte sehr viel schlimmer kommen können. Die Entwicklung ist außerdem dadurch bedingt, dass die EZB aufgrund der hohen Inflation die Zinsen angehoben hat. Das dämpft natürlich auch das Wirtschaftswachstum, in manchen Branchen mehr als in anderen. Deutschland ist zudem von der Energiekrise besonders betroffen, weil wir ein starker Industriestandort sind und wir viele energieintensive Produkte herstellen. Es ist also gar nicht verwunderlich, dass es uns aktuell hart trifft. Das ist aber kein Grund, in Panik zu verfallen.

Foto: Maya Claussen



Monika Schnitzer, geboren 1961, ist seit Oktober 2022 die Vorsitzende des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Sie gehört den Wirtschaftsweisen seit April 2020 an. Die Professorin für komparative Wirtschaftsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München studierte Wirtschaftswissenschaften in Köln und Bonn sowie an der London School of Economics. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit Wettbewerbspolitik, Innovationsökonomie sowie multinationalen Unternehmen.



„Nicht nur makroökonomisch betrachten“: Michael Vassiliadis, Moderator Lars Ruzic und Monika Schnitzer.

Wie sieht es denn direkt in den Betrieben aus, Michael?

Michael Vassiliadis: Wir erleben die Gleichzeitigkeit verschiedener Realitäten, was nicht unüblich ist. Auf der einen Seite bin ich bei Frau Schnitzer: Die Zahlen, die wir volkswirtschaftlich insgesamt sehen, und auch die Art und Weise, wie wir die Krise im vergangenen Jahr bewältigt haben mit Gaspreisbremse und vielen anderen Maßnahmen, hat gezeigt: Diese Wirtschaft und diese Gesellschaft sind handlungsfähig und stabil. Auch ich will Alarmismus vermeiden. Allerdings müssen wir auch und gerade bei so globalen Betrachtungen den Blick ins Detail lenken. Innerhalb der unterschiedlichen Industrien verzeichnen wir unterschiedliche Betroffenheiten, die auch logisch sind und mehrere Quellen haben.

Welche sind das?

Vassiliadis: Unsere Unternehmen stecken in einer Sandwichposition – die

Aufträge stocken und die Energiekosten sind hoch. Das setzt unsere Industrien extrem unter Druck. Und extrem heißt: existenziell. Deswegen ist die Sorge vor einer Deindustrialisierung in diesen Bereichen durchaus real. Für die gesamte Industrie und Volkswirtschaft hingegen ist der Begriff vielleicht ein wenig reißerisch. Außer der Pharmaindustrie vertreten wir bei der IGBCE vor allem energieintensive Branchen: Chemie, Glas, Keramik, Papier. Es gibt betriebswirtschaftlich in diesen Bereichen eine andere Realität als volkswirtschaftlich für die Gesamtheit.

Muss es uns Sorgen machen, dass gerade in den energieintensiven Industrien große Nöte herrschen?

Schnitzer: Das ist die entscheidende Frage: Was macht die Energiekrise, was machen die hohen Energiepreise mit unseren energieintensiven Industrien? Da möchte ich gern differenzieren. Energieintensiv sind ja nicht

alle Teile dieser Industrien. Wenn wir auf die Chemie schauen, sind dort bestimmte Vorprodukte ganz besonders energieintensiv, andere Produkte sind das weniger stark. Wir werden in Zukunft darüber nachdenken müssen, ob wir alle Produkte – auch die besonders energieintensiven – tatsächlich im eigenen Land herstellen wollen. Auch vor der Krise haben wir ja nicht gerade von extrem billiger Energie profitiert und hatte das Ausland deutlich niedrigere Energiepreise. Das hat aber in der Vergangenheit nicht zur Deindustrialisierung in Deutschland geführt. Unsere Industrien konnten mit diesen Preisunterschieden durchaus umgehen. Wegen der Krise ist der Unterschied jetzt temporär dramatisch groß, der wird aber wieder etwas zurückgehen, wenn sich die Lage weiter stabilisiert hat. Ein großer Vorteil der Globalisierung ist, dass wir viele arbeitsintensive Vorprodukte aus Ländern importiert haben, in denen die Löhne deutlich

niedriger waren. Von diesen Produktionsverlagerungen haben wir als Nation und Industrie profitiert, weil wir mit den günstigen Vorprodukten insgesamt wettbewerbsfähig mit den Endprodukten waren. Für mich sieht die Zukunft so aus, dass wir das mit

Darüber hinaus gilt gerade in der Chemie die Verbundlogik: Wenn beispielsweise Ineos in Köln die Produktion chemischer Grundstoffe einstellen würde, dann wäre automatisch die Weiterverarbeitung bei Lanxess und Covestro gefährdet,

”

Wir müssen nicht mehr selbst Ammoniak produzieren.

Monika Schnitzer,
Vorsitzende der Wirtschaftsweisen

den besonders energieintensiven Vorprodukten auch so umsetzen. Wir müssen nicht mehr selbst Ammoniak produzieren – auch wenn das in Deutschland erfunden worden ist.

Aber ist nicht eine heimische Grundstoffindustrie und -produktion wichtig für die Resilienz unserer Volkswirtschaft, für die gesamte industrielle Wertschöpfungskette innerhalb Deutschlands?

Schnitzer: Geopolitisch betrachtet ist es wichtig, nicht nur von einem Land abhängig zu sein – diversifizieren heißt das Zauberwort. Und wir sollten nur Vorprodukte von Ländern beziehen, von denen wir erwarten, dass sie verlässlich sind. In den Bereichen, in denen wir etwas recht günstig vor Ort produzieren können und die Transportkosten zu hoch sind, da werden wir das selbst machen. Das könnte ich mir etwa bei Teilen der Glasindustrie vorstellen. *Vassiliadis:* Aus global-volkswirtschaftlicher Sicht mag es kein Weltuntergang sein, wenn wir die energieintensiven ersten Stufen verlieren. Aber: Das, was Deutschland erfolgreich gemacht hat, ist die starke Verzahnung der Branchen, etwa bei der Chemie- und der Autoindustrie.

die aus den Grundstoffen innovative Chemieprodukte machen. Die Frage lautet also: Wie tief kann man in diese funktionierende Kreislaufwirtschaft schneiden, bevor das System kippt und das Wertschöpfungsmodell als Ganzes unrentabel wird? Die Frage von resilienter Versorgung können wir nicht nur makroökonomisch betrachten. Wir müssen auch die technologischen Zusammenhänge und die Abhängigkeiten in der Rohstoff- und Vorproduktversorgung in den Blick nehmen.

Werfen wir einen Blick in die Zukunft: Wie stark wird unsere Industrie 2030 noch sein? Welche Rolle wird sie noch spielen für die Prosperität des Landes?

Schnitzer: 2030 wird die Industrie immer noch eine ganz wichtige Rolle spielen. Wie wichtig, das liegt an der Industrie selbst, an ihrer Transformationsfähigkeit, wie effizient Standorte, Anlagen und Abläufe sein werden. Wir sollten Vorreiter sein etwa bei der Anwendung von künstlicher Intelligenz – dann mache ich mir keine Sorgen um die deutsche Industrie.

Vassiliadis: Wenn die Politik Ziele wie die Klimaneutralität erreichen will,

braucht es aus meiner Sicht für die Transformation der Energieintensiven auf jeden Fall eine zeitlich befristete Brücke – nämlich den Brückenstrompreis. Anders können diese Branchen die klimagerechte Modernisierung unter wirtschaftlichen Voraussetzungen nicht schaffen. Natürlich muss das an Bedingungen gekoppelt sein, etwa die Umsetzung von Transformationsvorhaben oder an Tariftreue. Unsere Betriebe sind bereit, sie wollen transformieren – aber ob sie es tun, hängt jetzt maßgeblich von den Entscheidungen der Politik ab. Ich warne davor, dass wir komplett auf diese Industrien verzichten. Wir machen uns damit auf lange Sicht abhängig von anderen Nationen und deren Goodwill.

Schnitzer: Aus meiner Sicht wird ein Brückenstrompreis nicht unsere Strukturprobleme lösen. Selbst wenn wir es schaffen, unsere Erneuerbaren weiter auszubauen und damit die Energiepreise zu drücken, heißt das nicht automatisch, dass unsere Produktion dadurch billiger wird als an anderen Standorten. Ich denke, man sollte da lieber in Innovationen und zukunftsfähige Branchen investieren.

Vielen Dank für das Gespräch. ■

IGBCE Kompass:

Den neuen Polit-Talk mit Michael Vassiliadis und Gast kannst du in voller Länge nicht nur in der digitalen Ausgabe dieses Magazins sehen und hören, sondern auch über die „Meine IGBCE“-App, im Web bei [igbce.de](https://www.igbce.de) sowie auf dem Youtube-Kanal deiner Gewerkschaft und auf allen gängigen Podcast-Plattformen. Dort lässt er sich auch leicht abonnieren.



News

Branchen & Betriebe

Steag

„Ermutigendes Signal“



Das Steag-Kraftwerk Fenne in Völklingen.

Die spanische Beteiligungsgesellschaft Asterion übernimmt den Essener Energiekonzern Steag. Man habe mit dem Konsortium eine Vereinbarung zum Erwerb unterzeichnet, teilte Asterion mit. Das Konsortium vertritt die Stadtwerke Dortmund, Duisburg, Bochum, Essen, Oberhausen und Dinslaken, die unterschiedlich große Anteile halten. Sie hatten 2021 entschieden, das Unternehmen zu verkaufen. Asterion will Steag als Ganzes zu einem nachhaltigen Energieversorger weiterentwickeln. Das Ziel der Steag, bis 2040 klimaneutral zu werden, will man unterstützen.

Der IGBCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis zeigte sich zufrieden mit dem Ergebnis des Verkaufsprozesses. „Mit Asterion hat die Steag als Ganzes nun einen starken Partner,

der gewillt ist, aber auch über die notwendigen Finanzmittel verfügt, dem Unternehmen und seinen beiden Teilkonzernen Power und Iqony eine gesicherte Zukunftsperspektive zu eröffnen“, sagte er. „Nach dem schmerzlichen Arbeitsplatzabbau in den vergangenen, wirtschaftlich für Steag sehr schwierigen Jahren ist das ein ermutigendes Signal!“ Die IGBCE werde darauf achten, dass der neue Eigentümer sein nachhaltiges und langfristiges Zukunftskonzept auch in ihrem Interesse umsetzt und Standorten wie Beschäftigten neue Perspektiven bietet.

Das Unternehmen war 1937 im Ruhrgebiet als Steinkohlen-Elektrizität AG gegründet worden. Derzeit hat Steag in Deutschland etwa 2.900 Beschäftigte. ■

Sportartikel- und Schuhindustrie

Einigung erzielt

Entgelterhöhung plus Inflationsausgleichsprämie plus Demografiebetrag: IGBCE und Arbeitgeber haben sich Anfang August in der zweiten Tarifverhandlung auf einen Abschluss für die rund 13.000 Beschäftigten in der Schuh- und Sportartikelindustrie geeinigt. Allein beim Dax-Konzern Adidas arbeiten gut 8.000 Beschäftigte.

„In einer denkwürdigen Tarifverhandlung, die beiden Seiten Geduld und Nerven abverlangt hat, haben wir ein gutes Gesamtpaket für die Beschäftigten geschnürt“, so IGBCE-Verhandlungsführer Frieder Weißenborn.

Für das Jahr 2023 erhalten die Beschäftigten eine Inflationsausgleichsprämie von 1.000 Euro sowie weitere 1.000 Euro für das Jahr 2024. Auszubildende erhalten jeweils 500 Euro Inflationsausgleich, Teilzeitbeschäftigte anteilig. Die Entgelte steigen in zwei Stufen um insgesamt 350 Euro (Adidas) beziehungsweise um 250 Euro (Schuhindustrie). Die Ausbildungsvergütungen erhöhen sich ebenfalls in zwei Stufen um insgesamt 100 Euro. Richtig sei laut Weißenborn, dass die Vergütungen bei Adidas zusätzlich stiegen. Der Dax-Konzern könne sich nicht mehr hinter dem Mittelstand verstecken.

Außerdem einigten sich die Tarifpartner auf den Neuabschluss des Demografie-Tarifvertrages mit einem Beitrag pro Beschäftigten von 750 Euro (Adidas) beziehungsweise 400 Euro (restliche Schuhindustrie) ab 1. Januar 2025. ■



Michael Vassiliadis (rechts) bei der abschließenden Podiumsdiskussion.

Pharma- und Biotechnologieindustrie

Leitindustrie mit hoher Strahlkraft

In den vergangenen Monaten haben sich Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und der IGBCE in der Vortragsreihe „Gesunde Industriepolitik – Fortschrittsdialog“ über den Pharmastandort Deutschland ausgetauscht. Im Mittelpunkt standen unter anderem die Themen gute Arbeitsplätze, die Schaffung von Investitions- und Planungssicherheit, Anreize für Forschung und Entwicklung sowie Produktion in Deutschland, um die Gesundheitsindustrie zukunftsfähig zu gestalten und als starken Biotechnologiestandort zu positionieren. Die Branche trägt in Deutschland jährlich rund 190 Milliarden Euro zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei. Dennoch fällt sie im internationalen Vergleich zurück.

Um diesem Trend entgegenzuwirken braucht es – darin sind sich alle Initiatorinnen und Initiatoren der Veranstaltungsreihe einig – gerade jetzt mehr Investitionen in moderne Forschungs- und Produktionsanlagen, eine effiziente Infrastruktur und gut ausgebildete Fachkräfte. „Die industrielle Gesundheitswirtschaft kann ein Motor und ein Positivbeispiel in der Transformation sein“, resümierte beispielsweise der IGBCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis auf der Abschlussveranstaltung. Sie sei trotz geopolitischer Umbrüche, Engpässen und Krisen einer der wenigen Industriebereiche mit nachhaltig hohen Wachstumsraten und biete hoch qualifizierte und gut bezahlte Arbeitsplätze.

Weiterhin forderten die Diskutierenden auf dem Podium eine echte Willkommenskultur für Innovationen in Deutschland. Die Voraussetzungen dafür haben sie in einem Positionspapier festgeschrieben. Neben einer ganzheitlichen Strategie, die die industrielle Gesundheitswirtschaft als Leitindustrie verstehe, brauche es Fachkräfte als Innovationsmotor, ein modernes und pragmatisches Datenmanagement, Bürokratieabbau, zügige Planungsverfahren und lückenlose Finanzierungsketten sowie zuverlässige Rahmenbedingungen in Deutschland und Europa. Damit diese Transformation gelinge und die industrielle Gesundheitswirtschaft weiter gestärkt werde, ist ein kooperativer Ansatz notwendig, an dem Politik, Unternehmen, Sozialpartner sowie Betriebsräte als Praktiker mitwirken. ■

Tarifticker

AVEU

Die erste Tarifverhandlung für mehrere Tausend Beschäftigte in der ostdeutschen Energiewirtschaft endete Mitte September ergebnislos. „Zu keinem Zeitpunkt waren die Arbeitgeber zu einem vernünftigen Angebot bereit“, erklärt Holger Nieden, Verhandlungsführer der IGBCE. Die IGBCE fordert eine Erhöhung der Vergütungen um zwölf Prozent, mindestens aber 500 Euro monatlich. Um den Druck zu erhöhen, fanden Ende September an mehreren Standorten Warnstreiks statt. „Nur so können wir Bewegung in die Verhandlungen bringen“, so Nieden. Zum Arbeitgeberverband energie- und versorgungswirtschaftlicher Unternehmen (AVEU) gehören 130 Betriebe. ■

Schott

Die IGBCE hat bei Schott eine deutliche Reduzierung der Wochenarbeitszeit, spürbare Einkommenserhöhungen und eine massive finanzielle Aufwertung der Schichtarbeit tariflich vereinbart. Nach langwierigen Gesprächen einigten sich Gewerkschaft und Unternehmen auf einen neuen Manteltarifvertrag und auch auf die Steigerung der Entgelte, die der bestehende Entgelttarifvertrag vorsieht. Beide Tarifverträge greifen zum 1. April 2024. Davon profitieren mehr als 6.500 Schott-Beschäftigte bundesweit. IGBCE-Verhandlungsführer Markus Kraft: „Wir haben Schott nach langem Mühen endlich in die tarifpolitische Neuzeit geholt.“ ■

LEAG

Beschäftigte streiken für dauerhaft mehr Geld



Die LEAG-Beschäftigten fordern eine dauerhafte nachhaltige Entgelterhöhung.

Die Tarifverhandlungen für die 7.200 Beschäftigten des Cottbusser Energiekonzerns LEAG stocken weiterhin. Nach zwei ergebnislosen Verhandlungsrunden und zwei Warnstreiks hat die Arbeitgeberseite immer noch kein vernünftiges und verhandlungsfähiges Angebot auf den Tisch gelegt. Bei Redaktionsschluss dieser *Profil*-Ausgabe (22. September) fand die dritte Verhandlungsrunde mit dem zweitgrößten deutschen Stromerzeuger statt.

Die IGBCE-Tarifkommission fordert in dieser Tarifrunde, dass die Vergütungen auf Dauer um zwölf Prozent, mindestens jedoch um 400 Euro in der Entgelttabelle steigen. Die Vergütungen für Auszubildende sollen überproportional erhöht werden. Außerdem soll eine zusätzliche Leistung für IGBCE-Mitglieder verhandelt werden, die eine flexible Nutzung von Zeit oder Geld ermöglicht. Die Laufzeit soll zwölf Monate betragen.

„Die Beschäftigten haben in den vergangenen Monaten unter Hochdruck gearbeitet und reihenweise Überstunden gemacht, um die

Energiekrise zu meistern“, macht Holger Nieden, der Verhandlungsführer der IGBCE, deutlich. Dadurch habe das Unternehmen Milliardengewinne erwirtschaftet. „Die Lage auf dem Strommarkt ist sehr gut, die Strompreise lagen im vergangenen Jahr auf Rekordhoch, die LEAG hat davon profitiert.“ Er betont: „Die Beschäftigten haben geliefert. Jetzt sind sie dran. Jetzt ist Zahntag!“

Warnstreiks senden klare Botschaft an den Arbeitgeber

Beim ersten Warnstreik Anfang September legten mehrere Tausend Beschäftigte an allen Tagebau- und Kraftwerksstandorten des Unternehmens für sechs Stunden ihre Arbeit nieder. Allein zur größten Kundgebung im Industriepark Schwarze Pumpe waren rund 1.500 Beschäftigte gekommen, um sich lautstark für ihre Forderungen einzusetzen. „Wir wehren uns!“ oder „Frust durch Reallohnverlust“ stand auf den Transparenten.

Beim zweiten Warnstreik am 20. September legten 2.500 Beschäftigte für acht Stunden ihre Arbeit nieder. „Das ist ein eindrucksvolles

Zeichen des Einsatzes und der Geschlossenheit“, so Nieden. Er erwartet, dass sich die Arbeitgeber in der dritten Verhandlungsrunde endlich auf die IGBCE zubewegen. „Unsere Kolleginnen und Kollegen im Betrieb haben durch ihre harte Arbeit in vergangenen Monaten geliefert. Jetzt sind die Arbeitgeber dran.“

Die LEAG hatte der IGBCE-Tarifkommission in der zweiten Verhandlungsrunde eine Einmalzahlung in Höhe von 8.500 Euro angeboten. Die IGBCE lehnte dies ab, weil die Beschäftigten dadurch schlechtergestellt wären als durch eine tabellenwirksame Entgelterhöhung, die dauerhaft bleibt. Holger Nieden: „Eine Einmalzahlung – egal, wie hoch sie auch geschraubt wird – ist angesichts der hohen Inflation schnell wieder verpufft. Hinterher werden die Beschäftigten mit denselben Löchern im Portemonnaie alleingelassen, die sie vorher schon hatten. Mit derart durchschaubaren Tricks lassen wir uns nicht abspeisen. Die Beschäftigten brauchen Entgelterhöhungen, die nachhaltig wirken.“ ■

Tarifticker

Feinkeramik Ost

Abschluss in der feinkeramischen Industrie Ost: Direkt in der ersten Verhandlungsrunde haben sich IG BCE und Arbeitgeber darauf geeinigt, dass die Vergütungen der rund 2.400 Beschäftigten in vier Stufen um insgesamt 300 Euro monatlich steigen. Für die Kolleginnen und Kollegen in der Vergütungsgruppe 4 bedeutet das beispielsweise, dass ihre Entgelte stufenweise um insgesamt 13,5 Prozent erhöht werden. Außerdem erhalten die Beschäftigten in zwei Raten insgesamt 2.000 Euro Inflationsausgleichsprämie netto. Und ab dem 1. Januar 2025 wird es deutschlandweit eine einheitliche Entgelttabelle geben. Mit der Aufteilung in Feinkeramik Ost und West wird es dann vorbei sein. ■

Shell

Im Spannungsfeld wirtschaftlicher Herausforderungen einerseits sowie der Lebensrealität der Beschäftigten mit steigenden Preisen andererseits haben sich die IG BCE und der Mineralöl- und Erdgaskonzern Shell auf einen neuen Entgelttarifvertrag für die bundesweit 3.600 Beschäftigten geeinigt. Die Tarifentgelte, Ausbildungsvergütungen, Schichtzulagen und Nachtzuschläge steigen in zwei Stufen: zum 1. Oktober 2023 um 4,7 Prozent und zum 1. Oktober 2024 um weitere 2,8 Prozent. Außerdem erhalten Beschäftigte die steuerfreie Inflationsausgleichsprämie von 3.000 Euro in zwei Stufen (Oktober und Dezember). ■



Alexander Bercht betonte: „Wenn Deutschland und die Europäische Union nicht reagieren, werden Investitionen woanders getätigt.“

Treffen der Industriegruppenausschüsse

Standort Deutschland in Gefahr

Ein eher düsteres Bild zeichneten die Mitglieder der Industriegruppenausschüsse vom Zustand der energieintensiven Industriebranchen in Deutschland. Um die betroffenen Unternehmen zu entlasten und den Standort Deutschland zu sichern, forderten sie die Bundesregierung nochmals eindringlich dazu auf, zeitnah einen Brückenstrompreis einzuführen.

„In der deutschen Wirtschaft braut sich nicht nur ein Sturm zusammen, er bläst vielen Branchen und Betrieben ins Gesicht – insbesondere den energieintensiven Branchen“, sagte Alexander Bercht, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der IG BCE, anlässlich der gemeinsamen Sitzung der Industriegruppenausschüsse Chemie, Papier, Glas, Keramik, Kautschuk, Leder und Kunststoffe am 4. September 2023 und präsentierte alarmierende Zahlen: Als einzige Industrienation weltweit konnte Deutschland kein Wirtschaftswachstum verzeichnen, Fachleute rechnen für das Jahr 2023 gar mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes. Die Produktion in der Chemie lag im ersten Halbjahr 2023 um 15 Prozent, in der Grundstoffchemie und der Papierindustrie sogar um 20 Prozent unter Vorjahresniveau. Das sei besonders bedenklich, da die IG BCE-Branchen am Beginn vieler Wertschöpfungsketten stünden.

Einer der Hauptgründe: Die Unternehmen ächzen unter den enormen Strompreisen, viele sind nicht mehr in der Lage, zu wettbewerbsfähigen Preisen zu produzieren. So berichtet Rafael Freund von der Forbo Siegling, die Kunststoffriemen für Fließbänder produziert, von einem markanten Einbrechen der Aufträge. „Wir sind gut durch alle Krisen gekommen. Dass es nun auch bei uns ernst wird, liegt an der schwierigen Situation in den übrigen Branchen.“ Er befürwortete die Einführung eines Industriestrompreises – „besser gestern als heute“. Für den Goodyear-Standort in Fulda käme der subventionierte Strompreis bereits zu spät, so Ines Sauer. Aufgrund der hohen Kosten beabsichtige die Konzernleitung, die Produktion in ein Niedrigkostenland zu verlagern. In dem Zuge werden innerhalb eines guten Jahres die Hälfte der aktuell 1.200 Stellen gestrichen. ■



Solidarität ist nicht nur ein Wort

Text Sascha Lübbe – Fotos Moritz Küstner

Pavlo Prudnikov, stellvertretender Vorsitzender der ukrainischen Atomgewerkschaft, wurde im Ukraine-Krieg schwer verletzt. Der IGBCE gelang es, ihn für Rehamaßnahmen nach Deutschland zu holen. Eine Geschichte von internationalem Zusammenhalt in Zeiten des Krieges.

Pavlo Prudnikov erinnert sich gut an den 24. Februar 2022, den Tag, an dem Putins Armee in der Ukraine einfällt. Es ist ein Donnerstag, er macht sich fertig für die Arbeit, dreht um halb fünf noch eine Morgenrunde mit dem Hund. Dabei fällt ihm auf, wie hektisch es auf den Straßen in seinem Wohnort, einem Vorort von Kiew, zugeht. Es sind mehr Autos unterwegs als sonst, sie fahren schneller als gewöhnlich. Zurück in der Wohnung schaltet er den Fernseher ein, versteht warum: Der Krieg hat begonnen. Er wird nicht nur sein Land, sondern auch ihn ganz persönlich hart treffen.

Pavlo Prudnikov sitzt in seiner Übergangswohnung im IGBCE-Bildungszentrum Haltern am See, Nordrhein-Westfalen. Ernst und entschlossen wirkt er. Die vergangenen anderthalb Jahre haben tiefe Spuren im Leben des Mannes hinterlassen, der eigentlich Vizevorsitzender der ukrainischen Atomgewerkschaft Atomprofspilka

ist. Und kein Soldat. Aber der Reihe nach.

Die Biografie von Pavlo Prudnikov ist bewegt. 1970 in Russland geboren, siedelte die Familie in die Ukraine über, als er 14 Jahre alt war. Als junger Mann arbeitete er als Schauspieler und Journalist in Russland, kehrte später in die Ukraine zurück, trat in die Gewerkschaft ein. Dort stieg er zum Vizevorsitzenden auf. An jenem 24. Februar fährt Prudnikov zunächst ins Gewerkschaftsbüro, sucht Laptops und wichtige Dokumente zusammen. Dann fährt er weiter zur Tankstelle, tankt voll. „Das haben wir bei der Annexion der Krim gelernt“, sagt er. „Seitdem wissen wir, wie schnell wichtige Dinge vergriffen sind, sobald der Krieg ausbricht.“

Zwei Wochen harren er, seine Frau und die zwei Töchter in ihrem Wohnort aus. Als die russischen Truppen bedrohlich nahe kommen, bringt Prudnikov seine Familie im Westen des Landes in Sicherheit. Er selbst meldet sich als Fahrer, bringt

Kleidung, Drohnen, Walkie-Talkies an die Front. Im Mai wird er zur Armee eingezogen.

Der Wendepunkt

Es ist der 31. August. Der Tag, der sein Leben für immer verändern wird. Spricht man ihn heute darauf an, muss er sich erst einmal sammeln. „Ich erinnere mich nicht an viel“, sagt er. Prudnikov ist als Fahrer an der Front bei Bachmut unterwegs. Es ist dunkel, die Straßen sind schwer beschädigt. Um vom Feind nicht gesehen zu werden, darf er kein Licht anmachen. „Ich muss auf irgendetwas aufgefahren sein“, sagt er heute.

Seine nächsten Erinnerungen: ein Mann, der ihn aus dem Wagen hievt. Ein Krankenhaus. „Ich nehme an, ein Teil meiner Ladung ist beim Aufprall von hinten nach vorn geflogen“, sagt Prudnikov, „und hat mir das Rückenmark durchtrennt.“ Seitdem ist er querschnittsgelähmt. Die Aussichten auf eine ordentliche Behandlung in den Kriegswirren sind denkbar



Mehr digital – Pavlos
Geschichte im Video:
[igbce-profil.de/
23527](http://igbce-profil.de/23527)





Pavlo Prudnikov und sein Vertrauter, Detlef Lücke, auf dem Campus in Haltern am See. Lücke hat die Familie eng begleitet.



Die Wappen erinnern Pavlo an seine Kameraden. Zugleich sind sie Zeugnis des andauernden Krieges.



Im Kreis der Familie: Pavlo Prudnikov mit seiner Frau und den beiden Töchtern.

schlecht. An dieser Stelle kommt die Schwestergewerkschaft IGBCE ins Spiel. Man kennt sich seit Jahren, beide Gewerkschaften sind Mitglied im Gewerkschaftsverband IndustriALL. Es gibt Gespräche, wie man Prudnikov helfen kann. Auch der Vorsitzende der IGBCE, Michael Vassiliadis, ist involviert.

Verschiedene IGBCE-Kolleginnen und -Kollegen bemühen Verbindungen, unter anderem zum DGB, zur Knappschaft, zum Arbeiter-Samariter-Bund, um Prudnikov nach Deutschland zu holen. „Wir haben das alles innerhalb von drei Wochen umgesetzt“, sagt Hannes-Hauke Kühn, Internationaler Sekretär der IGBCE, der eng in die Organisation eingebunden ist.

Ankommen in Deutschland

Im Februar dieses Jahres wird Prudnikov an die polnisch-deutsche Grenze gefahren. In Frankfurt (Oder) übernimmt ein Wagen des Arbeiter-Samariter-Bundes, bringt ihn in ein Krankenhaus nach Recklinghausen. Dort trifft Prudnikov erstmals den Mann, der sein wichtigster Vertrauter in Deutschland wird: Detlef Lüke.

Lüke leitet das Adolf-Schmidt-Bildungszentrum in Haltern am See. Als er von Prudnikov erfährt, will er sofort helfen. Er richtet eine Wohnung auf dem Campus ein, kümmert sich um die Formalien, und das auf unkonventionellem Weg. Um schnell die Aufenthaltserlaubnis für die Familie zu bekommen, wendet er sich direkt an das Bürgermeisterbüro.

Mit Erfolg: Als die Familie eintrifft, sind die Dokumente bereits fertig. Sie müssen nur noch unterschreiben.

Kritischer sieht Prudnikovs medizinische Situation aus. Die Ärztinnen und Ärzte in Recklinghausen gehen davon aus, dass seine Querschnittslähmung irreversibel ist. Er wird in ein Rehaklinikum in Bottrop verlegt. Ziel ist jetzt, einen Umgang mit der Lähmung zu finden. Doch die Möglichkeiten sind begrenzt. Grund ist ein multiresistenter Keim, Prudnikov hat sich in der Ukraine infiziert. Die medizinischen Vorschriften schränken mögliche Rehamassnahmen deutlich ein. Er wird aus der Reha entlassen, bezieht die Wohnung in Haltern am See. Gemeinsam mit Detlef Lüke versucht er, einen weiteren Rehaplatz zu finden, scheitert aber aufgrund des Keims. Zu organisieren gibt es dennoch viel: Arzttermine, Medikamente, ein neuer Rollstuhl – regelmäßig kommt Lüke mit der Familie zusammen, um zu helfen. Prudnikov sagt: „Detlef hat mir den Rücken frei gehalten. Dadurch war meine Seele frei.“

Neue Aufgaben

Er selbst arbeitet weiter für die Gewerkschaft, organisiert Sitzungen, leitet Seminare; ein bisschen wie früher, nur digital. Es ist die Situation der Gewerkschaft, die sich radikal verändert hat.

60.000 Mitglieder hatte Atomprofispielka vor Beginn des Krieges. Wie viele es jetzt sind, lässt sich nicht beziffern. In der ersten Phase des

Krieges, sagt Prudnikov, bestand ihre Hauptaufgabe darin, die Arbeiterinnen und Arbeiter in den abgeschnittenen Gebieten mit Lebensmitteln zu versorgen; sicherzustellen, dass sie ihre Gehälter kriegen.

Jetzt, in der zweiten Phase, sei die Arbeitssituation aller ukrainischen Kolleginnen und Kollegen in den Fokus gerückt. Ihre Rechte wurden beschnitten (siehe Infokasten). Für Gewerkschafter wie ihn ein Dilemma: Einerseits gilt es, für die Rechte der Beschäftigten einzustehen. Andererseits ist der Krieg nicht die richtige Zeit, Streiks sind verboten. „Wir versuchen daher, verbal zu überzeugen“, sagt Prudnikov. „Indem wir Briefe schreiben, Social-Media-Kampagnen durchführen.“ Er ist aber auch anderweitig aktiv. Mit seiner älteren Tochter, Beraterin bei der ukrainischen Elektrizitätsgewerkschaft, organisiert er einen IGBCE-Online-Workshop. Am diesjährigen 1. Mai spricht er ein Grußwort beim DGB.

Eines ist ihm von Anbeginn klar: Er und seine Familie werden heimkehren. Er verfolgt die Geschehnisse in der Heimat täglich, steht in regelmäßigem Austausch mit den Armeekameraden. Am 10. September ist es so weit: Die Familie fährt zurück in die Ukraine.

Wie Prudnikov seine Zeit in Deutschland sieht? „Sie hat mich gelehrt, dass Solidarität nicht nur ein Wort ist“, sagt er. Es bedeute, jemanden zu unterstützen, ohne an den eigenen Vorteil zu denken. „Das habe ich bei der IGBCE gelernt.“ ■

GEWERKSCHAFTEN IN DER UKRAINE

Die Lage der ukrainischen Gewerkschaften ist seit Jahren kritisch. Der Krieg hat die Situation verschärft. So schließt ein neues Gesetz Beschäftigte kleiner und mittlerer Unternehmen vom Rechtsschutz aus. Hannes-Hauke Kühn, internationaler Sekretär der IGBCE, sagt: „Natürlich unterstützen die ukrainischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter den Kampf gegen die russischen Invasoren. Die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter stehen dennoch nicht zur Disposition.“ Die Ukraine hat ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union geschlossen. Einige der neu verabschiedeten Gesetze würden gegen EU-Richtlinien verstoßen, sagt Kühn. „Daran muss man die ukrainischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger immer wieder erinnern.“



Der neue Duft der Emscher

Text Susanne Rohlfing – **Fotos** Moritz Küstner

Er galt lange als „Kloake des Ruhrgebiets“, doch jetzt ist der gut 80 Kilometer lange Fluss zwischen Holzwickede und Dinslaken frei von Abwasser. Alteingesessene Revierler freut die zunehmende Renaturierung – der Wandel ihrer Quartiere bereitet aber auch Sorgen.



Eine Reise wert: die Emscher im Video
igbce-profil.de/23531



Betriebsausflug

Die Renaturierung der Emscher ist eine wahre Erfolgsgeschichte. Früher Abwasserrinne, heute Naherholungsgebiet.

An der neuen Mündung in Dinslaken-Voerde sieht Reinhold Adam die Enten mit eigenen Augen. Sie schwimmen zahlreich in der munter dahinplätschernden Emscher, die hier raus darf aus dem Korsett der Industrialisierung, das sie seit mehr als 100 Jahren in schnurgerade Form presst. Der Fluss breitet sich aus, schlängelt sich über mehrere Arme in den Rhein. Die Auenlandschaft, die hier wie das Flussbett neu geschaffen werden soll, ist allerdings noch eine Großbaustelle. Es herrscht geschäftiges Treiben, Bagger bewegen riesige Mengen Erdrreich. Braun ist die dominierende Farbe, wo in naher Zukunft ein grünes Idyll Ruhesuchenden eine Auszeit vom Großstadttrubel bieten soll.

Hier kann man die Emscher-Renaturierung in ihrer finalen Phase beobachten. Seit 1992 läuft das Projekt, aus dem Abwasserkanal der einstigen Bergwerksregion wieder einen natürlichen Fluss mit Naherholungswert zu

machen. Die Emschergenossenschaft beziffert die Gesamtinvestition in den Emscherumbau auf 5,5 Milliarden Euro. Vier neue Großklärwerke und 430 Kilometer an neuen unterirdischen Abwasserkanälen seien gebaut, mehr als 170 Kilometer an der Emscher und ihren Zuflüssen renaturiert und 130 Kilometer an neuen Radwegen angelegt worden. Seit 2022 ist die Emscher vollständig von Abwasser befreit – die komplette Renaturierung soll 2027 abgeschlossen sein.

Abenteuerspielplatz „Köttelbecke“

Bislang hatte Adam nur davon gehört, dass die Wasservögel Gefallen finden am Wandel. Bei ihm in Gelsenkirchen-Horst ist die Emscher noch die tierfreie Rinne, die der heute 77 Jahre alte Bergmannssohn aus seiner Kindheit kennt. Mit einem Unterschied: Es stinkt nicht mehr. Als Junge ist Adam in Gummistiefeln durch die Emscherzuflüsse, sogenannte „Köttelbecke“, geschlittert. Sie waren nicht weniger

geruchsintensiv als die Emscher selbst, die als „Kloake des Ruhrgebiets“ bezeichnet wurde. Adam und seine Freunde störte das nicht, „die ‚Köttelbecke‘ waren unser Abenteuerspielplatz“, sagt er. Sie waren Heimat, Teil des Reviers wie die Steinkohlezechen, in denen erst die Väter und später sie selbst für den Lebensunterhalt der Familien schufteten.

Thomas Prinz, wie Adam ehemaliger Bergarbeiter und IGBCE-Mitglied, aber 22 Jahre jünger, blickt von der Aussichtsplattform des Nordsternturms hinunter. „Die Leute meinen immer, alles sei grau und schwarz hier bei uns“, sagt er. „Aber der Ruhrpott ist eine grüne Metropole.“ Eine, in der sich ein Besuch lohnt. Seit Ende 2018 wird hier keine Steinkohle mehr gefördert, und an der Emscher, etwa auf einer Tour entlang des neu angelegten Radwegs von der Quelle in Holzwickede bis zur Mündung, kann der fortschreitende Strukturwandel hautnah erlebt werden. Kaum zu glauben, aber der Emscherumbau



Von Menschenhand geformt: Begradigte Flussabschnitte gibt es auch heute noch.

ist eines der größten Infrastrukturprojekte Europas und ein Paradebeispiel für andere Bergbauregionen, wie der Mensch von ihm zerstörte Natur wieder heilen und aus einem Industrieviertel eine lebenswerte Region mit viel Grün und Kultur entstehen lassen kann.

Prinz ist in Herten-Süd aufgewachsen und hat in der Zeche Ewald gearbeitet. Heute liegt sein ehemaliger Arbeitsplatz an der Route Industriekultur, die Industriedenkmäler des Ruhrgebiets auf einer Strecke von 400 Kilometern verbindet. In der interaktiven Ausstellung „Neue Horizonte – Auf den Spuren der Zeit“ etwa werden in der ehemaligen Zeche Ewald die Themen Energie, Jahreszeiten, Planeten sowie Fakten zu dem auf der Halde Hoheward gelegenen, weithin sichtbare Horizont-Observatorium und der Sonnenuhr erklärt. Auch die denkmalgeschützte Zecheanlage ist einen Ausflug wert.

Reinhold Adam, der seine Bergmannslehre mit 14 Jahren in der Zeche Nordstern begann, führt

heute Gruppen durch den schön gestalteten Nordsternpark. Er erzählt Bergbaugeschichten aus erster Hand, flucht über die Herkules-Figur („Seelenlos!“) auf dem Dach des Nordsternturms und erfreut sich am neuen Duft der Emscher. Der Wandel lässt Thomas Prinz gar träumen: „Irgendwann mal hier vor der Haustür einen Aal oder einen Hecht aus der Emscher zu ziehen, das würde ich mir wünschen.“

Weinreben im Ruhrgebiet

Einst mäanderte der Fluss in zahlreichen Windungen durch eine landwirtschaftlich geprägte Region. Das Gefälle in Richtung Rhein war gering, deshalb kam es immer wieder zu Überschwemmungen. Diese wurden zum Problem, als Mitte des 19. Jahrhunderts die Industrialisierung begann. Zechen, Hüttenwerke, wachsenden Städte – den Menschen gefiel es nicht, wenn sie im Wasser standen, zumal im eigenen Abwasser, das bedenkenlos in die Emscher geleitet wurde. Der Bergbau verursachte außerdem Absenkungen



Industriekultur: Die Zeche Nordstern in Gelsenkirchen.


des Erdreichs, in denen das Wasser vor sich hin faulte und den Ausbruch von Infektionskrankheiten begünstigte.

Die 1899 gegründete Emschergenossenschaft machte schließlich aus dem 109 Kilometer langen Fluss einen nur noch etwas mehr als 80 Kilometer langen, tiefer gelegten, begradigten, betonierten und mit Deichen eingefassten offenen Abwasserkanal. Erst mit dem Ende des Bergbaus und den damit verbundenen Erdabsenkungen wurde es möglich, ein eigenständiges unterirdisches Rohrsystem für das Abwasser zu bauen.

Am Phoenix-See lässt sich bereits bewundern, was die Renaturierung bewirkt. 160 Jahre lang wurde in Dortmund-Hörde Stahl gekocht, die Emscher floss eingeschlossen unter dem Werksgelände hindurch. Seit Ende 2009 sucht sich der wieder ans Tageslicht geholte Fluss seinen Weg am Nordrand des Geländes. Üppiges Grün säumt den Verlauf, Enten, Gänse und sogar Fischreiher gibt es hier reichlich. Auf der übrigen


Guide: Die Emscher

Die Emscher entspringt bei Holzwickede und fließt über gut 80 Kilometer von Ost nach West einmal quer durch den Pott, weite Strecken entlang der A2 und parallel zum Rhein-Herne-Kanal. Die neue Mündung in den Rhein befindet sich nach mehreren Nordverlegungen bei Dinslaken-Voerde.

 **Nordsternpark**
Nordsternplatz 1
45899 Gelsenkirchen
www.nordsternpark.de

Besucherterrasse:
Montags bis donnerstags sowie sonntags 11:00 bis 18:00 Uhr, freitags und samstags 11:00 bis 17:00 Uhr, Eintritt: 3,00 Euro, ermäßigt: 1,50 Euro, im Januar/Februar geschlossen

Ausstellung „Wandel is immer“
Samstags 11:00 bis 17:00 Uhr, sonntags sowie an gesetzlichen Feiertagen in NRW 11:00 bis 18:00 Uhr, Eintritt inklusive
Besucherterrasse: 5 Euro, ermäßigt: 3 Euro, im Januar geschlossen

 **Radweg „Emscher Weg“**
Ein 101 Kilometer langer Radweg führt durch das Emschertal: radrouten.eglv.de/emscher-weg/

Die Route Industriekultur
verbindet als touristische Themenstraße Industriedenkmäler des Ruhrgebiets:
www.route-industriekultur.ruhr/ankerpunkte/

Phoenix-See
Parkhaus am Phoenix-See
Phoenixseestraße 3
44263 Dortmund
www.phoenix-see.de

Hotelempfehlung
1 Heiner's Hotel, Restaurant und Biergarten am Nordsternpark
Am Bugapark 1d,
45899 Gelsenkirchen
158 Euro pro Nacht
www.heiners.info

Gastronomie
2 Frittenküche €€€€
Pffiffige Imbissküche
Instagram: frittenkueche

3 Fritzchen – Das Gleiscafé €€€€
Lokale Spezialitäten
www.fritzchen-das-gleiscafe.de

4 Zum Emscherhusaren €€€€
Regionale und mediterrane Speisen
www.der-emscherhusar.de

5 Hof Emschermündung €€€€
Café
Öffnungszeiten Café:
Montags und freitags:
14:00 bis 18:00 Uhr
Samstags, sonntags und an Feiertagen: 9:30 bis 18:30 Uhr
www.eglv.de/emscher/emscher-hoefe/



Reinhold Adam (r.) und Thomas Prinz sehen den Wandel der Region positiv.

Fläche ist der rund 24 Hektar große Freizeitsee entstanden. Hier spazieren, radeln oder skaten Menschen auf frisch angelegten Wegen. Ein Hang mit Weinreben sorgt für französisches Flair, zahlreiche Cafés und Restaurants laden am Südufer zum Verweilen ein.

Drum herum ist ein schickes Wohn- und Büroquartier entstanden. Hübsch anzusehen, aber für die Urruhrpöttler und Gewerkschafter Reinhold Adam und Thomas Prinz ein Grund zur Sorge. „Das sind keine Häuser für Rentner“, sagt Adam, der in Gelsenkirchen-Horst ein altes Bergmannshäuschen bewohnt. „Den Wandel finde ich gut“, betont der 77-Jährige, „aber ich habe ein bisschen Angst, dass unsere Region, die früher von vielen gemieden wurde, uns jetzt von reichen Leuten weggenommen wird.“

Aber die Enten heißt Adam willkommen. Genauso wie alle Besucherinnen und Besucher, die sich für den Wandel interessieren und an der neuen Emscher Erholung suchen. ■



Der Schock als Chance

Ein Industrieareal, größer als die Stadt,
zu der es gehört: die PCK Raffinerie
GmbH in Schwedt.

Text Sascha Lübbe – Fotos Moritz Küstner

Mit dem Embargo auf russisches Öl brachen bei PCK in Schwedt, einer der modernsten Erdölraffinerien Europas, unsichere Zeiten an. Tausende Arbeitsplätze standen auf dem Spiel. In Zusammenarbeit mit der IGBCE gelang es dem Unternehmen und der Politik, den Standort zu sichern – und auf die Zukunft auszurichten.

Simona Schadow bremst den Wagen, öffnet die Tür, läuft über Betonplatten, steigt eine kurze Leiter hinauf, lehnt sich über den gelben Handlauf, weist nach unten auf den Boden. Dort liegt sie, eine silbern glänzende Ölpipeline. „Druschba“ steht in grünen Buchstaben darauf, „Freundschaft“, „Unsere Lebensader“, sagt Schadow.

Schadow ist Betriebsratsvorsitzende der PCK Raffinerie GmbH. Ein gigantisches Areal, größer als das Fürstentum Monaco, nördlich von Schwedt an der deutsch-polnischen Grenze gelegen. Man erkennt es schon von Weitem an den dunkelroten Schornsteinen, die in den Himmel ragen. An den silbergrauen Türmen mit ihren vielen kleinen Rohren, den sogenannten Kolonnen. An den Dampfchwaden, die über dem Areal aufsteigen.

Seit fast 60 Jahren wird bei PCK Rohöl zu Benzin, Kerosin und Heizöl verarbeitet. Die Raffinerie

Foto (1): PCK

versorgt große Teile von Deutschlands Nordosten mit Energie. Neun von zehn Autos in Berlin und Brandenburg fahren mit Treibstoff von PCK, fast alle Flugzeuge vom Großflughafen BER starten mit Kerosin aus Schwedt. PCK ist das Herz, das die Region am Laufen hält. Und das stand kurz vor dem Infarkt.

Katastrophe und Neubeginn

Als Antwort auf den russischen Angriffskrieg beschloss die Bundesregierung Mitte des vergangenen Jahres Maßnahmen, um Russland wirtschaftlich zu schwächen, darunter ein Ölembargo. Ab 1. Januar 2023 sollte kein russisches Öl mehr auf dem Landweg nach Deutschland gelangen. PCKs wichtigste Quelle drohte von einem Tag auf den anderen zu versiegen: Durch Druschba floss seit Jahren Öl aus den 5.300 Kilometer entfernten Feldern Westsibiriens. Die 1.200 PCK-Beschäftigten fürchteten um ihre Zukunft.

Es war dem Engagement verschiedener Personen aus dem Unternehmen, der IG BCE, der Politik und der Stadtgesellschaft zu verdanken, dass man die Katastrophe abwenden konnte. Mehr noch: Der Schock des Embargos hat dafür gesorgt, dass sich PCK nun schnelleren Schrittes auf den Weg in eine grüne Zukunft macht. Die Geschichte einer großen Herausforderung. Und eines Neubeginns.

Simona Schadow steigt zurück in den Wagen, schließt die Tür, startet den Motor. Die 62-Jährige blickt auf ein ganzes Berufsleben bei PCK zurück. 1977 fing sie hier an. Sie könne sich gut an den 24. Februar 2022, den Tag des Einmarschs der russischen Truppen, erinnern, sagt Schadow. „Plötzlich tauchten Fragen auf: Sind die Arbeitsplätze sicher? Kommt weiterhin genügend Öl an?“



Azubi Benjamin Kühling in einem Reaktor, begleitet von einem Ausbilder.

Im März, sagt Schadow, fing die Probleme dann an. Erste Unternehmen gingen auf Distanz. Mitgesellschafter der PCK ist der russische Staatskonzern Rosneft. Vielen Firmen war das zu unsicher. Finanzdienstleister, aber auch Firmen aus dem Baubereich hätten die Zusammenarbeit mit PCK aufgekündigt. Im Mai beschloss die EU dann das Embargo auf russisches Öl auf dem Seeweg. Polen und Deutschland erklärten sich bereit, ab Januar 2023 auch kein Öl mehr über die Druschba-Pipeline zu beziehen. Die Unsicherheit bei den PCK-Beschäftigten wuchs weiter an. Aber man war schwierige Zeiten gewohnt.

Der erste Bruch

PCK oder Petrolchemisches Kombinat, wie das Unternehmen bis 1991 hieß, war schon zu DDR-Zeiten der wichtigste Arbeitgeber in der Region. Mehr noch: Die Ansiedlung der Raffinerie hatte Schwedt, eine vom Krieg schwer gezeichnete Garnisonsstadt,



”
**Die Jahre nach
der Wende
waren ein
gravierender
Einschnitt.**

Simona Schadow,
PCK-Betriebsratsvorsitzende



Die zentrale Messwarte ist das Herzstück von PCK. Hier werden Temperatur, Druck und Füllstände der Anlagen überwacht.

zu einem modernen Industriezentrum anwachsen lassen. All das stand nach 1989 auf dem Spiel. 8.500 Beschäftigte hatte PCK vor dem Ende der DDR. Nun wurden ganze Bereiche geschlossen, unter anderem die Forschung. Viele Beschäftigte wechselten den Arbeitgeber oder gar die Branche. Andere kamen bei den Ausgründungen der PCK unter. „Die Jahre nach der Wende waren ein gravierender Einschnitt“, sagt Schadow. „Und doch lief alles in geordneten, abgestimmten Schritten ab. Kein Vergleich zu den Ereignissen von 2022. Da stürzte alles unvermittelt auf die Beschäftigten ein.“

Daniela Knuth kann dem nur zustimmen. Sie arbeitet in der zentralen Messwarte, dem Herzstück von PCK. Auf riesigen Monitoren überwachen sie und ihre Kolleginnen und Kollegen hier Füllstände, Temperatur und Druck der Anlagen. Die 51-Jährige ist seit 1988 bei PCK.

„Die Nachricht vom Embargo hat uns schwer getroffen“, sagt Knuth.

„Die Unsicherheit war bei allen Beschäftigten groß.“ Und doch gab es Unterschiede. Viele Kolleginnen und Kollegen, die wie sie die Nachwendezeit überstanden hatten, „saßen das aus“, wie Knuth es nennt. Für viele jüngere hingegen war der Druck zu groß. Sie hatten gerade eine Familie gegründet, ein Haus gebaut – und fürchteten nun um ihre Existenz. „Nicht wenige kündigten.“ Dabei stand nicht nur die Zukunft der 1.200 PCK-Beschäftigten auf dem Spiel. Auch die Beschäftigten der PCK-Ausgründungen sowie regionaler Bau-, Reinigungs- und Cateringunternehmen bangten um ihre Jobs. Etwa 2.000 weitere Arbeitsplätze waren gefährdet.

Der Arbeitgeber der Region

„PCK ist noch immer einer der wichtigsten Arbeitgeber der Region“, sagt Rolf Erler, Leiter des IGBCE-Bezirks Berlin-Mark Brandenburg. Erler ist einer der Akteure, die

halfen, den Fortbestand des Unternehmens zu sichern. „Als klar war, dass das Embargo kommt, standen wir vor der Wahl“, erinnert er sich. „Entweder sehen wir das als Weltuntergang. Oder wir begreifen es als Chance. Wir haben uns für den zweiten Weg entschieden.“

Erler wurde Mitglied der „Taskforce PCK“: In regelmäßigen Abständen kamen er, Vertreterinnen und Vertreter des PCK-Managements sowie verschiedener brandenburgischer Landesministerien und des Bundeswirtschaftsministeriums zusammen, um über eine Lösung zu beraten. „Uns war klar: Man musste über neue Versorgungswege nachdenken“, sagt Erler.

Die Druschba war zwar die Lebensader der PCK, die einzige Quelle für Öl aber war sie nicht. Über eine andere Pipeline wurde Schwedt, wenn auch in deutlich geringerem Ausmaß, mit Öl aus Rostock versorgt. Die Idee: Diese Menge würde man erhöhen. Zugleich



Betriebsratsvorsitzende Simona Schadow blickt auf die Druschba-Pipeline.



Job mit Zukunft: Azubi Benjamin Kühling (links).

wurden neue Lieferwege angedacht: Öl könnte auch aus dem Danziger Hafen nach Schwedt gebracht werden. Zudem gab es Überlegungen, Öl aus Kasachstan durch die Druschba zu transportieren. Die Bundespolitik war in dieser Zeit auch persönlich vor Ort. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck kam mehrmals nach Schwedt. Bei einem seiner Besuche hielt er eine Rede auf einer Kundgebung auf dem zentralen Platz der Befreiung. Und er wurde von der Menge ausgebuht. „Auf mich wirkte der Auftritt wie eine Beruhigungsstrategie“, fasst Daniela Knuth aus der PCK-Messwarte die anfängliche Skepsis vieler Beschäftigter in Worte.

Die Stimmung änderte sich am 16. September 2022, als Bundeskanzler Olaf Scholz seine Pläne für Schwedt vorstellte: Rosneft Deutschland wurde unter Treuhandverwaltung der Bundesnetzagentur gestellt. Für die PCK-Belegschaft wurde ein zweijähriger Schutz vor



„
**Embargo nur,
wenn keine
Arbeitsplätze in
Gefahr sind.**

Rolf Erler,
Leiter des IGBCE-Bezirks
Berlin-Mark Brandenburg

betriebsbedingten Kündigungen vereinbart. „Das war von Anfang an unsere Position“, sagt Rolf Erler. „Wir haben gesagt: Wir tragen ein Embargo mit. Aber nur, wenn keine Arbeitsplätze in Gefahr sind.“

Grüner Wasserstoff als Chance

Inzwischen funktioniert die Versorgung mit Öl aus Rostock, Danzig und Kasachstan. Die Anlagen in Schwedt, deren Produktivität zwischenzeitlich deutlich gesunken war, erreichen heute wieder eine Auslastung von 70 bis 80 Prozent. Ein Happy End, könnte man sagen.

Und doch ist die Geschichte hier noch nicht vorbei. Das Engagement von PCK, IGBCE und Politik hat nicht nur das Schlimmste abgewendet. Es hat auch Pläne forciert, die schon länger diskutiert und nun relevanter wurden.

Langfristig setzt das Unternehmen auf grünen Wasserstoff. Bis zum Jahr 2045 könnte sich PCK ganz von fossilen Brennstoffen



Der weiße Kühlturm ist das Wahrzeichen von PCK.

verabschieden, heißt es aus der Geschäftsführung.

„Eine Riesenchance“, sagt der Auszubildende Benjamin Kühling, ein entschlossener, für seine 20 Jahre äußerst reifer Mann. Im grünen Schutzanzug und mit weißem Helm steuert der angehende Chemikant an diesem Tag zwischen den Rohren entlang, klettert, begleitet von einem Ausbilder, Eisenleitern hinauf, kontrolliert Temperatur und Füllstände der Anlagen.

Er habe sich für eine Ausbildung bei der PCK entschieden, weil er sich für Chemie interessiere, sagt Kühling. Aber auch, weil er den Job als zukunftsicher empfand. Die anstehende Transformation hat dem keinen Abbruch getan. Im Gegenteil. „Nehmen wir das Thema Wasserstoff“, sagt Kühling. „Der wird in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. In der Industrie, aber auch im Flugverkehr und der Schifffahrt.“ Er selbst würde gern in einer grünen Wasserstoffanlage bei

PCK arbeiten, sagt er. Das Projekt befindet sich noch in der Planungsphase. Zunächst ist eine Elektrolyseanlage auf dem Areal vorgesehen, heißt es aus der PCK-Geschäftsführung. Die endgültige Entscheidung falle im nächsten Jahr. Später wäre auch die Produktion synthetischer Kraftstoffe denkbar. Die Voraussetzungen für die Transformation seien günstig: Es gebe in der Uckermark eine große Dichte erneuerbarer Energien, also an Wind- und Solarkraft. Man werde an das überregionale Wasserstoffnetz angeschlossen. Und auch das PCK-Areal, übrigens größer als die Stadt Schwedt selbst, biete genügend Platz für den Bau weiterer Anlagen.

Für Kühling sind das gute Aussichten. „Es ist toll, wenn man als junger Mensch zum Kampf gegen den Klimawandel beitragen kann“, sagt er. Für die Menschen bei PCK könnte es der Beginn einer neuen Erfolgsgeschichte nach dem Happy End sein. ■

Schwierige Eigentümerstruktur

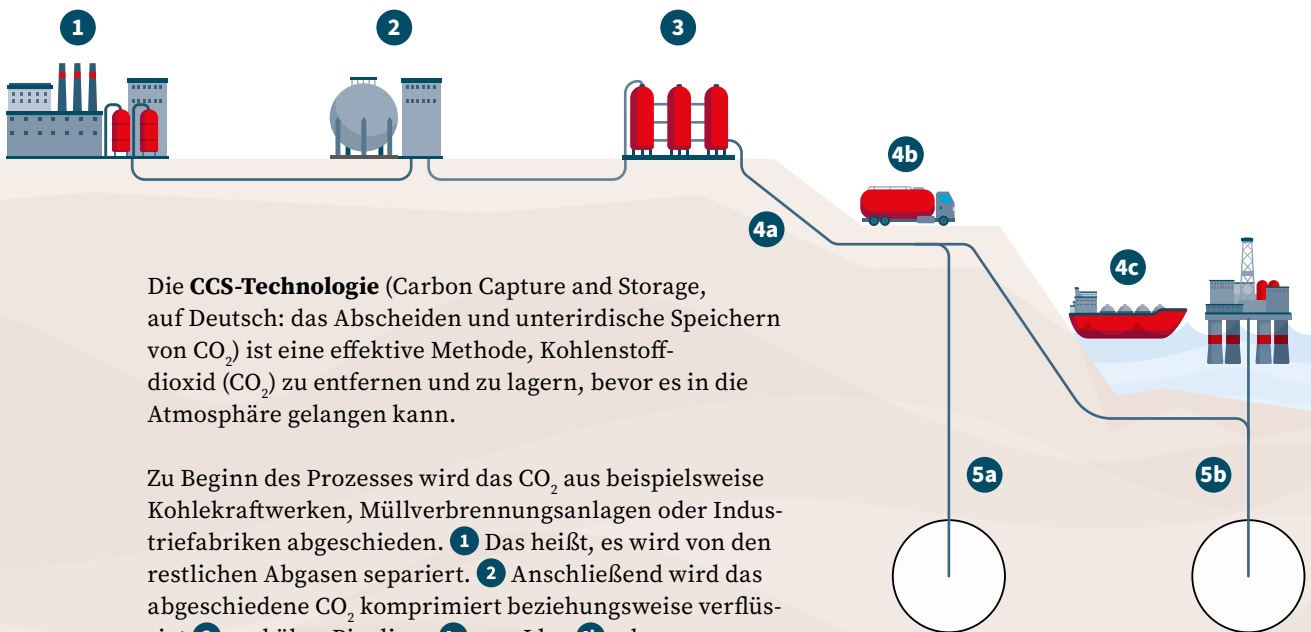
Shell und Rosneft Deutschland halten je 37,5 Prozent der PCK. Die restlichen 25 Prozent gehören der AET Raffineriebeteiligungsgesellschaft und damit der Rosneft Refining & Marketing GmbH und der Eni Deutschland GmbH. Seitdem Rosneft Deutschland unter Treuhandverwaltung der Bundesnetzagentur gestellt worden ist, kann das Unternehmen keine grundlegenden Entscheidungen mehr treffen. Die Treuhandschaft wird alle sechs Monate geprüft und gegebenenfalls verlängert. „Eine dauerhafte Planungsperspektive wird dadurch erschwert“, sagt IGBCE-Fachsekretär Malte Harrendorf.



Potenziale in der Tiefe

Text Katja Pflüger – Infografik Lena Teuber

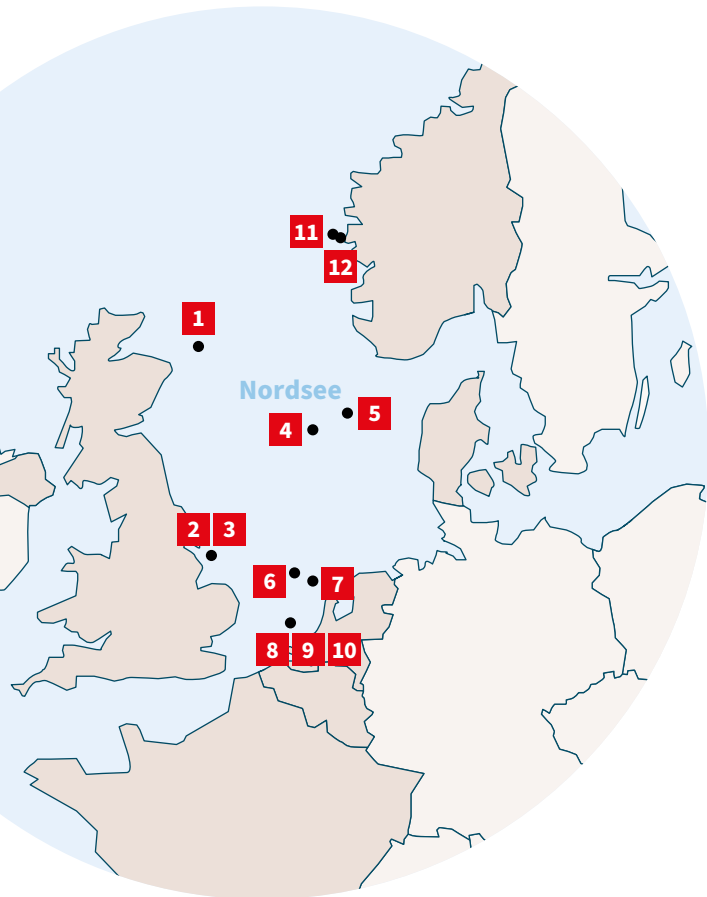
Die Bemühungen, CO₂-Emissionen aus der Industrie zu entfernen und sie unter der Erde zu speichern, haben in den vergangenen Jahren Fahrt aufgenommen. Viele europäische Länder haben ambitionierte CCS-Projekte angestoßen. Eine Übersicht.



Die **CCS-Technologie** (Carbon Capture and Storage, auf Deutsch: das Abscheiden und unterirdische Speichern von CO₂) ist eine effektive Methode, Kohlenstoffdioxid (CO₂) zu entfernen und zu lagern, bevor es in die Atmosphäre gelangen kann.

Zu Beginn des Prozesses wird das CO₂ aus beispielsweise Kohlekraftwerken, Müllverbrennungsanlagen oder Industriefabriken abgeschieden. **1** Das heißt, es wird von den restlichen Abgasen separiert. **2** Anschließend wird das abgeschiedene CO₂ komprimiert beziehungsweise verflüssigt **3** und über Pipelines **4a**, per Lkw **4b** oder per Schiff **4c** zu einer geeigneten Lagerstätte transportiert. Die kann sich in tiefen Gesteinsschichten an Land (on shore) **5a** oder unter dem Meeresboden (off shore) **5b** befinden. Abschließend wird das CO₂ unterirdisch, meist in leeren Öl- oder Gasfeldern, gespeichert.

Quellen: Global CCS Institute: Studie „Global Status of CCS 2022“, eigene Recherche

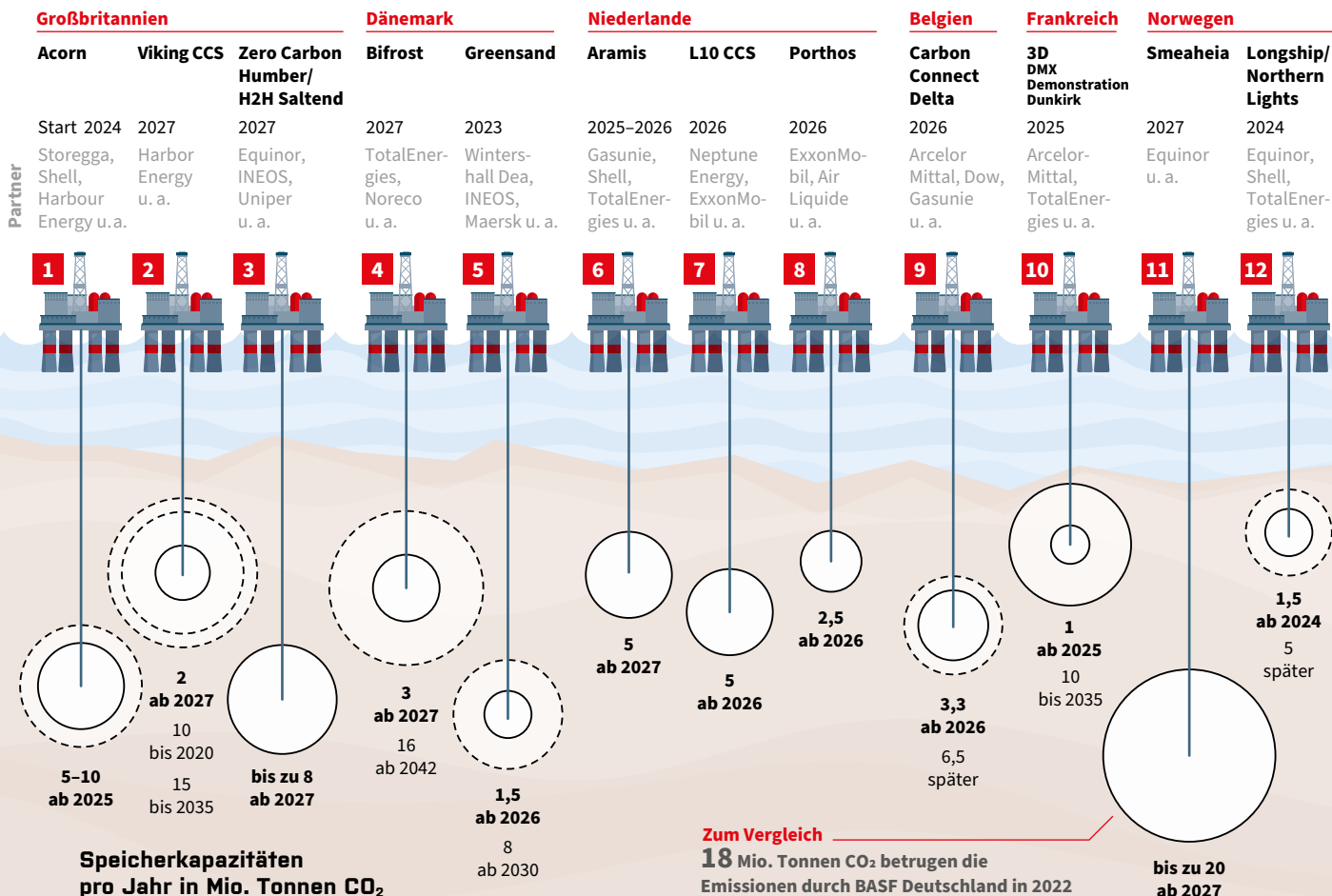


Wichtige Projekte in der Nordsee

In Deutschland gibt es, abgesehen von einigen Forschungsprojekten, keine industrielle Nutzung von CCS. Im restlichen Europa sieht das anders aus: Als Vorreiter gilt Norwegen. Das Land speichert bereits seit 1996 CO₂ unter dem Meeresboden. Bis Ende 2020 waren es schon fast 20 Millionen Tonnen CO₂. Derzeit baut Norwegen unter Hochdruck seine Infrastruktur aus und bringt neue Technologien in Stellung – etwa im Northern-Lights-Projekt.

Aber auch Dänemark, Belgien, die Niederlande und Großbritannien sind auf dem Weg. So starteten Belgien und Dänemark im März 2023 das erste grenzüberschreitende europäische Pilotprojekt Greensand. Belgien will ein komplettes eigenes Pipelinennetz zum Export von Kohlendioxid unter die Meeresoberfläche aufbauen und eine Art nord-europäische Drehscheibe bei CCS werden.

Großbritannien will in den nächsten 20 Jahren 20 Milliarden Pfund in Projekte zur Abscheidung, Nutzung und Speicherung von Kohlendioxid investieren. ■



Genug ist genug!

Text Katrin Schreiter – Illustration Karolina Zolubak

Viele Arbeitnehmende wünschen sich, früher aus dem Job auszusteigen. Doch um vorzeitig in Rente gehen zu können, müssen sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Rentenexperte Ulf Imiela erklärt, wie es klappen kann.



Zu Beginn ein Blick auf die Statistik: Nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung (DRV) gingen im Jahr 2022 in Deutschland rund 1.039.000 Menschen in Rente, im Durchschnitt waren sie dabei 64,4 Jahre alt. Für einen regulären Renteneintritt müssen Versicherte ab dem Geburtsjahrgang 1964 mittlerweile sogar bis zum 67. Geburtstag arbeiten.

Um früher in den Ruhestand gehen zu können, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. Rentenexperte Ulf Imiela, der unter anderem für die BWS, den Bildungsträger der IG BCE, Seminare veranstaltet, erklärt mögliche Wege.

Die Rente mit 63 beschreibt zwei verschiedene Altersrenten, die bereits vor Erreichen des regulären Rentenalters bezogen werden können: die „Altersrente für langjährig Versicherte“ und die „Altersrente für besonders langjährig Versicherte“. Die Bezeichnungen klingen ähnlich, die Unterschiede sind aber groß:

Altersrente für langjährig Versicherte

Wer die Mindestversicherungszeit von 35 Jahren erfüllt, kann bereits vor Erreichen des regulären Rentenalters eine „Altersrente für langjährig Versicherte“ erhalten. Frühestmöglich kann diese Rente mit 63 Jahren in Anspruch genommen werden.

Wichtig zu wissen: „Dafür gibt es einen Abschlag auf die bis dahin erreichte Rente“, sagt Imiela und erklärt: „Für jeden Monat, den die Rente vor Erreichen des regulären Rentenalters beginnt, werden 0,3 Prozent von der Rente abgezogen, maximal 14,4 Prozent (ab Jahrgang 1964). Dieser Abschlag bleibt dauerhaft bestehen, auch nach Erreichen des regulären Rentenalters.“

Altersrente für besonders langjährig Versicherte

Bei diesem Modell konnten alle vor 1951 Geborenen nach einer Versicherungszeit von 45 Jahren ohne Abschläge mit 63 Jahren in Rente gehen. Ab dem Geburtsjahrgang 1952 wird das Rentenalter aber nun auch für diese Rentenart schrittweise angehoben. Aktuell beträgt das Eintrittsalter – beispielsweise für den Geburtsjahrgang 1959 – 64 Jahre und zwei Monate.

Wichtig: „Bei der Versicherungszeit handelt es sich jeweils um Pflichtversicherungsbeitragsjahre“, sagt Imiela. „Hier zählt – bis auf wenige Ausnahmen – nur die Zeit, die man gearbeitet und dabei tatsächlich auch Sozialbeiträge gezahlt hat.“ Nicht berücksichtigt werden Zeiten, in denen Arbeitslosengeld II bezogen wurde, Zeiten aus einem Versorgungsausgleich sowie aus einem Rentensplitting unter Eheleuten oder bei eingetragenen Lebenspartnerschaften.

Altersrente für schwerbehinderte Menschen

Für Menschen mit einer Schwerbehinderung mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50 Prozent gelten besondere Regeln. Sie können zwei Jahre früher in Rente gehen, ohne dass dabei Rentenabzüge anfallen. Allerdings muss eine Versicherungszeit von 35 Jahren erfüllt sein. Nehmen Schwerbehinderte Abschläge in Kauf, können sie sich bis zu fünf Jahre vor der allgemeinen Regelaltersgrenze zur Ruhe setzen.

Einbußen bei vorzeitigem Renteneintritt kompensieren

„Wer mindestens 50 Jahre alt ist, darf freiwillig in sein Rentenkonto investieren – sich also Rentenpunkte kaufen“, sagt der

Fachmann. „Außerdem muss man eine realistische Chance haben, die 35 Beitragsjahre zu erreichen, die für die vorgezogene Rente ab 63 Voraussetzung sind.“

Die Anzahl der Rentenpunkte bestimmt, wie viel Geld man im Ruhestand bekommt. Denn jeder Rentenpunkt steht für einen monatlichen Betrag – der liegt seit dem 1. Juli 2023 bundeseinheitlich bei 37,60 Euro – der als Rente ausbezahlt wird. Das bedeutet, je mehr Rentenpunkte man hat, desto mehr Rente bekommt man.

„Wer früher in Rente gehen, aber keine Abzüge hinnehmen will, kann sich mit freiwilligen Sonderzahlungen Rentenpunkte kaufen“, weiß Imiela. „Beteiligt sich der Arbeitgeber an den Kosten, etwa im Rahmen eines Auflösungsvertrages oder Sozialplanes, kann sich das rechnen.“ Der Preis für einen gekauften Rentenpunkt beträgt seit Juli 2023 exakt 9.374 Euro.

Alternative Alterssteilzeit

Eine weitere Möglichkeit, um eher aus dem Job auszusteigen, ist die Altersteilzeit. „Hier handelt es sich nicht um eine vorgezogene Altersrente, sondern um einen gleitenden Übergang vom Job in den Ruhestand“, erklärt Imiela. „Einen rechtlichen Anspruch darauf gibt es allerdings nicht – bei diesem Modell muss der Arbeitgeber mitspielen. Frühestens begonnen werden kann die Altersteilzeit nach Erreichen des 55. Lebensjahres.“

Interessant sei hier vor allem das Blockmodell, so der Experte. „Dabei reduzieren die Beschäftigten zum Beispiel für vier Jahre ihre Arbeitszeit, arbeiten in den ersten zwei Jahren voll und in den folgenden zwei Jahren gar nicht mehr. Das Teilzeitgehalt fällt aber in beiden Blöcken gleich hoch aus.“ ■

Ruhe nach dem Sturm

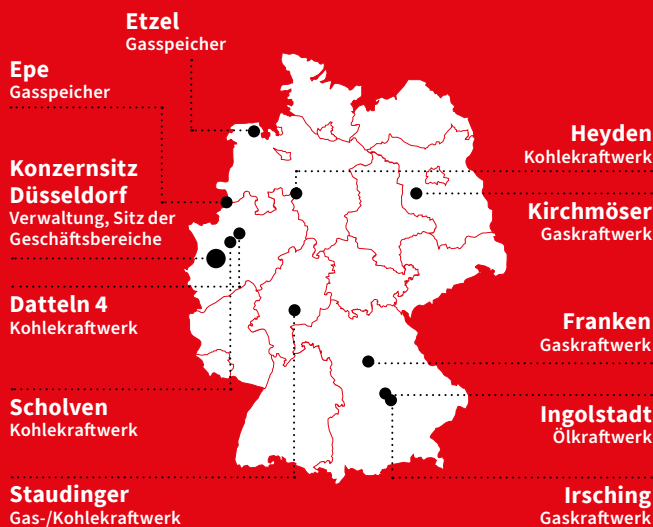
Text Lars Ruzic

Die Gaskrise führte den Energieriesen Uniper an den Rand des Abgrunds. Der Bund musste übernehmen. Was macht das mit den Beschäftigten? Und was mit dem Arbeitgeber?

Quellenhinweis: Dieser Arbeitgebercheck basiert auf Recherchen bei Beschäftigten, Betriebsräten, Vertrauensleuten sowie Betriebsbetreuerinnen und -betreuern der IGBCE. Die zusammengetragenen Informationen sind aus Gründen des Quellenschutzes bewusst anonymisiert. Jede Angabe kann jedoch konkret bestimmten Quellen zugeordnet werden. Zudem wurden öffentlich zugängliche Quellen einschließlich der Angaben des Unternehmens selbst genutzt.

Uniper

Gründung	2016 (durch Abspaltung von e.on)
Rechtsform	SE, mitbestimmt
Börsengang	2016
Eigentümer	Bundesrepublik Deutschland (99,12 Prozent)
Umsatz 2022	274,1 Milliarden Euro
Verlust 2022	19,1 Milliarden Euro
Beschäftigte	7.000, gut die Hälfte davon im Inland



Wasserkraftwerke an Donau, Main, Isar und Lech sowie diverse Pumpspeicherkraftwerke.

Uniper steht für Unique Performance. Böse Zungen behaupten, der junge Konzern habe diese „einzigartige Leistung“ in seinen ersten sieben Jahren allemal schon erbracht – nur anders als gedacht. Erst mit Mühe herausgeschält aus dem e.on-Konzern, verschrien als „fossile Bad Bank“, dann eine unsägliche Übernahmeschlacht mit dem finnischen Energieversorger Fortum und schließlich das Gasdesaster im vergangenen Jahr. Uniper, größter Importeur von russischem Gas, stand aus bekannten Gründen plötzlich ohne seinen wichtigsten Lieferanten da, musste aber seine Lieferverpflichtungen mehr als 1.000 Stadtwerken und Industriebetrieben gegenüber erfüllen. Uniper kaufte und kaufte Ersatz am Weltmarkt, zu immer absurderen Preisen. Ein Kollaps mit Ansage, der schließlich Ende 2022 zum Einstieg des deutschen Staats führte. Mit insgesamt 21 Milliarden Euro mussten die Steuerzahlenden Uniper retten – gut 250 Euro pro Kopf. Andernfalls wäre die Heizung kalt geblieben und die Industrie ohne Rohstoff. Klassischer Fall von systemrelevant. Dabei ist Gashandel nur ein Teil des Geschäfts: Uniper ist auch einer der größten Stromerzeuger der Welt und betreibt Gasspeicher. Jetzt soll massiv in den Ausbau der Erneuerbaren investiert werden.



Betriebsklima

Ob sie im Gasspeicher in der niedersächsischen Tiefebene, am Wasserkraftwerk an der Isar, in der Leitwarte des Kohlemeilers im Ruhrgebiet oder in der schicken Konzernzentrale im Düsseldorfer Medienhafen arbeiten: Das vergangene Jahr ist nicht spurlos vorbeigegangen an den Uniper-Beschäftigten. Der Schock saß tief darüber, dass man von einem Tag auf den anderen vor dem Ausstand. In der Zeit der Unsicherheit sollen einige auch dem Unternehmen den Rücken gekehrt haben. Gleichzeitig war klar, dass es weitergehen musste. Zu zentral ist Uniper für die Energieversorgung. Insofern war es für viele Beschäftigte nicht nur naheliegend, sondern auch logisch, dass der Konzern verstaatlicht wurde.

In die Belegschaft hat das schlagartig Ruhe gebracht. Viele halten Energieversorgung ohnehin für eine staatshoheitliche Aufgabe und liebäugeln damit, dass der Bund auch langfristig zumindest mit einer Sperrminorität bei Uniper engagiert bleiben könnte. Ein neuer Aufbruch sei zu spüren, heißt es. Dazu hat auch beigetragen, dass Uniper mit dem schnellen Aufbau des LNG-Terminals in Wilhelmshaven Vorbild für das „Deutschlandtempo“ wurde. Unsicherheiten gibt es gleichwohl: Sie betreffen vor allem die Beschäftigten im Kraftwerk Datteln 4 und bei der Uniper Wärme, die Uniper nach EU-Vorgaben abgeben muss. An wen, steht bislang in den Sternen.



Arbeitsumgebung

„Safety first“ ist eine eherne Regel bei Uniper. Das wirkt sich zwangsläufig auf das direkte Arbeitsumfeld der Beschäftigten aus. Kaum eine Besprechung, die nicht mit Fragen der Arbeitssicherheit beginnt – und sei es, dass man zunächst auf die Notausgänge hingewiesen wird. Gut 70 unterschiedliche Sicherheitsunterweisungen haben sie allein in der Kraftwerkssparte gezählt. Manche fragen sich mitunter, ob es nicht schon zu viel ist.

Viel Aufmerksamkeit wird auch auf Gesundheitsmaßnahmen gelegt. Sie sind in einer Konzernbetriebsvereinbarung geregelt. So gibt es beispielsweise lokale Gesundheitskoordinatorinnen und -koordinatoren und Sozialberatung. Auch können Beschäftigte im Unternehmen Vorsorgeuntersuchungen vornehmen lassen, auf die sie bei Fachärztin oder Facharzt Monate warten müssten – Beispiel: Hautscreening zur Krebsvorsorge. In manchen Betrieben und in der Düsseldorfer Zentrale gibt es eigene Fitnessstudios.

Bei Uniper werden pro Jahr rund 100 junge Menschen ausgebildet. Die Hochburg ist das Ausbildungszentrum in Gelsenkirchen, auch als Anlaufstation für den Nachwuchs vieler anderer Unternehmen aus der Region. 55 Auszubildende werden dort pro Jahr ausgebildet davon jedoch nur zehn für Uniper selbst.



Mitbestimmung

Im Unternehmen herrscht eine ausgeprägte Mitbestimmungskultur, die über Jahrzehnte gewachsen ist. Die Betriebsräte werden meist früh in Entscheidungsprozesse eingebunden, in der Regel verständigt man sich auf vernünftige Kompromisse. Das gilt auf allen Ebenen: Uniper hat standortbezogene Betriebsräte, Gesamt-, Euro- und Konzernbetriebsrat. Die starke Position der Belegschaftsvertretungen ermöglicht Betriebsvereinbarungen, die den Beschäftigten Sicherheit und Jobvorteile zugleich bieten. So verpflichten ein Tarifvertrag und Konzernbetriebsvereinbarungen Uniper, alle Veränderungsprozesse im Unternehmen sozialverträglich zu organisieren. Dadurch war es beispielsweise möglich, dass die Schließung von Kraftwerksblöcken in Scholven ohne betriebsbedingte Kündigungen organisiert werden konnte, obwohl mehr als 300 Stellen an nur einem Standort abgebaut werden mussten.

Zur mobilen Arbeit trafen beide Seiten Vereinbarungen, die den Mitarbeitenden maximale Flexibilität ermöglichen. Dort, wo es die Abläufe im Unternehmen erlauben, können Beschäftigte auch komplett aus dem Homeoffice arbeiten. Zusätzlich gilt eine Geoflex-Regelung: Bis zu 45 Tage oder neun Wochen im Jahr darf man auch aus dem EU-Ausland, Großbritannien oder der Schweiz arbeiten.



Tarifbindung

Für Uniper gelten Haustarifverträge, die IGBCE und ver.di mit zwei Arbeitgeberverbänden aushandeln. Der Rahmentarifvertrag sieht eine Arbeitszeit von 37 Stunden in der Woche vor, für in Wechselschicht Beschäftigte 36 Stunden. Es können Jahresarbeitszeitkonten mit einem Dispositionsrahm von plus/minus 150 Stunden vereinbart werden. Da beide Gewerkschaften gut im Unternehmen organisiert sind, konnten sie in der Vergangenheit ordentliche Tariferhöhungen für die Beschäftigten herausholen, ein 13. Gehalt als Weihnachtsgeld kommt obendrauf. IGBCE-Mitglieder erhalten zusätzlich 400 Euro im Jahr in Form einer Einmalzahlung (Auszubildende 75 Euro).

Auch tarifpolitische Innovationen sind bei Uniper möglich: So haben sich die Verhandlungspartner 2023 auf die bundesweit erste betriebliche Altersversorgung nach dem Sozialpartnermodell verständigt. Dies ermöglicht, Betriebsrentenbeiträge in risikoreichere, renditeträchtigere Anlageformen fließen zu lassen. Der Staat hatte dies mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz 2018 möglich gemacht. Die letzte reguläre Entgeltverhandlungsrunde fand im Krisensommer 2022 statt. Man einigte sich auf Erhöhungen von drei und vier Prozent bei einer Laufzeit von 21 Monaten. Im Frühjahr 2023 wurde zusätzlich die Zahlung der steuerfreien Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 3.000 Euro durchgesetzt.



Zukunftsfähigkeit

So schnell die Krise kam, so schnell hat sie Uniper schon wieder hinter sich gelassen – freilich nicht aus eigener Kraft, sondern weil sich die Lage am Gasmarkt entspannt hat, die Strompreise aber gleichzeitig hoch sind. So rechnet das Unternehmen für 2023 schon wieder mit einem Milliardengewinn. Man prüft bereits, einen Teil der Staatshilfen zurückzuzahlen. Ein Drama wie 2022 werde sich nicht wiederholen, beteuert das Unternehmen. Das wird auch die Bundesregierung gern hören, die ihre Uniper-Anteile bis 2028 auf eine Sperrminorität von 25 Prozent plus eine Aktie reduziert haben muss. Eine Ausstiegsstrategie muss der Bund der EU noch in diesem Jahr vorlegen. Dividenden und Vorstandsboni sind bis dahin tabu.

Zu den EU-Auflagen für den Deal gehört auch der Verkauf von Datteln 4, einem der modernsten und saubersten Steinkohlekraftwerke weltweit, das vor allem die Deutsche Bahn mit Strom versorgt. Auch vom heimischen Fernwärmebusiness soll sich Uniper trennen. Beides muss bis Ende 2026 abgeschlossen sein und dürfte im Ruhrgebiet gut 230 Beschäftigte betreffen. Das Management will radikal umsteuern und Uniper zu einem grünen Energiekonzern umwidmen. Acht Milliarden Euro sollen bis 2030 investiert werden, der Großteil davon in Deutschland. Die Stromproduktion aus Kohle soll 2029 enden.



Unser Fazit

Starke Gewerkschaften, starke Betriebsräte: Entsprechend belegschaftsfreundlich sind die Arbeitsverhältnisse bei Uniper geregelt. Das zeigen nicht zuletzt Vorteilsregelungen für IGBCE-Mitglieder oder weitreichende Möglichkeiten, aus dem Ausland zu arbeiten. Mehr denn je kann man zudem aktuell davon sprechen, dass Uniper ein sicherer Arbeitgeber ist. Schließlich hat der Staat den Energieversorger im vergangenen Jahr sogar gerettet und ist nun nahezu Alleineigentümer. Doch Unipers Zukunft ist alles andere als klar. Was passiert, wenn der Bund wieder ausgestiegen ist? Wie schnell kann die klimagerechte Transformation gelingen? Der Ausblick birgt einige Unsicherheiten für die Beschäftigten.

Das sagt Uniper

Das Unternehmen hat die Anfragen von *Profil* bis Redaktionsschluss unbeantwortet gelassen und keine Stellung bezogen.

Gut vorbereitet

Text Katrin Schreiter – Illustration Karolina Zolubak

Über den eigenen Tod nachdenken? Das tun viele Menschen eher ungern. Trotzdem ist es wichtig, sich darüber zu Lebzeiten Gedanken zu machen. Mit einem Plan behältst du dafür das Wichtigste im Blick.

Der Tod eines Familienmitglieds oder eines nahen Angehörigen ist für die Hinterbliebenen oftmals ein großer Verlust. Neben der Trauer stellen sich meist 1.000 Fragen: Was passiert als Nächstes? Wie kann die Beerdigung finanziert werden? Welche Wünsche hatte der oder die Verstorbene? Gibt es ein Testament? Was passiert mit Verträgen und dem digitalen Leben? Wo sind alle wichtigen Unterlagen?

Um der Familie nicht ein heillooses Aktenchaos zu hinterlassen, solltest du deshalb schon frühzeitig einige Dinge regeln.

Alexander Helbach von der Verbraucherinitiative Aeternitas erklärt in einem Fünf-Punkte-Plan, woran du denken und was du zu Lebzeiten regeln solltest.



diese, dann nach der gesetzlichen Erbfolge an weitere Angehörige.“ Wichtig sei ein Testament vor allem dann, wenn nicht eheliche Partnerinnen beziehungsweise Partner oder eine nicht blutsverwandte Person erben sollen.

„Damit das Testament wirksam ist, muss es mit der Hand geschrieben und unterschrieben sein“, erklärt der Fachmann. „Wer sich für ein notarielles Testament entscheidet, kann auf die handschriftliche Form verzichten und wählt die rechtssichere Variante, die amtlich verwahrt wird.“

Tipp: Beim Vererben von Vermögenswerten fällt Erbschaftsteuer an, wenn der Wert bestimmte Freibeträge überschreitet. Mit einer Schenkung zu Lebzeiten kannst du in vielen Fällen die Steuer vermeiden beziehungsweise verringern.

sowie eine Patientenverfügung helfen, um sich ein Mindestmaß an Selbstbestimmung zu bewahren.“

Vorsorgevollmacht: Damit kannst du bestimmen, wer für dich entscheiden soll, wenn du es nicht mehr kannst. Dafür musst du die andere Person bevollmächtigen. Gut zu wissen: Kinder und Ehepartner sind nicht automatisch deine gesetzlichen Vertreterinnen und Vertreter.

Bankvollmacht: Sie kann Teil der Vorsorgevollmacht sein, aber auch separat erteilt werden. Mit einer Bankvollmacht bevollmächtigt du eine andere Person, dich im Geschäftsverkehr mit der Bank zu vertreten.

Betreuungsverfügung: Wenn es niemanden gibt, dem du eine Vollmacht erteilen willst, kannst du festlegen, wer im Bedarfsfall für dich zur Betreuerin oder zum Betreuer bestellt wird und wie sie oder er handeln soll. In der Regel hält sich das Gericht an deinen Vorschlag.

Patientenverfügung: Damit legst du fest, welche medizinischen Behandlungen du wünschst oder ablehnst, falls du dich nicht mehr selbst dazu äußern kannst. Das Dokument hilft dem ärztlichen Personal und den Angehörigen, deine Wünsche umzusetzen.

1 Ein Testament verfassen
„Wer kein Testament hinterlässt, riskiert, dass es Streit in der Familie gibt. Deshalb sollte man seinen Letzten Willen schriftlich festhalten“, rät Helbach. „Liegt keine Verfügung vor, wird das Vermögen an Ehepartnerin oder -partner sowie Kinder verteilt; fehlen

2 Vollmachten ausstellen
In bestimmten Situationen, etwa bei einer schweren Erkrankung oder einem Unfall, kannst du unter Umständen keine selbstbestimmten Entscheidungen mehr treffen. „Eine Vorsorgevollmacht oder eine Betreuungsverfügung

Foto: Aeternitas



3 Wichtige Dokumente übersichtlich ablegen

Wichtige Dokumente solltest du in einem Notfallordner sammeln. Das kann entweder ein Dokumentenordner mit den entsprechenden Papieren oder ein digitaler Ordner auf deinem Rechner sein. Dazu gehören Verträge, Verfügungen, Vollmachten und alle Informationen, die anderen helfen, in einer Notsituation Dinge für dich zu regeln beziehungsweise abzuwickeln.

„Der Ordner ist aber nicht der Ort, wo man sehr vertrauliche Informationen wie Passwörter abheften sollte. Hier findet sich im besten Fall ein Hinweis darauf, wo vertrauliche Daten oder auch das Testament hinterlegt sind“, sagt Helbach von der Aeternitas.

4 Bestattung und Grabpflege besprechen

Urne oder Sarg? Feuer, Erde, Wasser oder Wald? Eine große Trauerfeier oder stilles Gedenken im kleinen Kreis? Vielleicht hast du ja schon eine Vorstellung davon, wie und wo du bestattet werden möchtest.

Helbach rät, die eigenen Vorstellungen im Rahmen einer Bestattungsverfügung schriftlich zu fixieren und die Angehörigen dabei einzubeziehen. „Wichtig sind beispielsweise der Name der Vertrauensperson, falls sich jemand Bestimmtes um die Bestattung kümmern soll, Wünsche nach Bestattungsort und Bestattungsart. Aber auch Details zur Trauerfeier, der Zeremonie oder der Gästeliste können Themen sein.“

„Das Thema Grabpflege sollte man nicht über die Köpfe der Hinterbliebenen hinweg besprechen – schließlich kann man nicht über deren Zeit bestimmen“, sagt Helbach.

5 Den digitalen Nachlass regeln

Viele Menschen teilen heutzutage ihr Leben auf Social-Media-Plattformen wie Facebook, Instagram oder LinkedIn. Hinterbliebene nutzen diese Möglichkeit, um sich an die gemeinsame Zeit zu erinnern.

Bei Facebook und Instagram kann das Konto von Angehörigen

in den Gedenkzustand versetzt werden. Aber wie sieht es mit anderen digitalen Diensten und Nutzerkonten aus? „Auch hier ist es hilfreich, eine Vertrauensperson zu bestimmen und auch schon zu klären, was mit den einzelnen Konten und Daten passieren soll“, sagt Helbach.

Tipp: Erstell eine Übersicht aller Accounts mit Benutzernamen und Kennwörtern. Ein Passwortmanager kann dabei helfen. Deponiere die Liste in einem Tresor oder einem Bankschließfach. Du kannst die Liste auch auf einem USB-Stick speichern und sicher aufbewahren. Bestimme eine Person deines Vertrauens und bevollmächtige sie für die digitale Nachlassverwaltung oder für den Fall, dass du dich aus anderen Gründen nicht um deine Daten kümmern kannst.

Ein Tipp zum Schluss: Sprich mit deinen Angehörigen über den Tod. Das Thema Sterben sollte kein Tabu sein. Schließlich ist es das Einzige, was – wie die Geburt – alle Menschen ausnahmslos verbindet. ■



Recht, zu streiken

Durch einen Streik verschaffen sich die Beschäftigten Gehör und Respekt. Kommt es in deinem Unternehmen zum Arbeitskampf, erhältst du als IGBCE-Mitglied eine Streikunterstützung.

Text Wolfgang Lenders

Am 1. und am 20. September, standen beim Lausitzer Energieunternehmen Leag viele Anlagen still. Jeweils einen Vormittag lang bestreikten mehrere Tausend Beschäftigte alle Tagebau- und Kraftwerksstandorte. IGBCE-Fahnen, Transparente und rotes Absperrband mit der Aufschrift „Wir streiken“ hingen vor den Einfahrten zu den Standorten, so auch zum Kraftwerk Schwarze Pumpe. „Heute ist kein Arbeitstag, heute ist Streiktag!“, schallte es aus dem Megafon. Dazu kam ein ohrenbetäubender Lärm aus Trillerpfeifen. Die IGBCE hatte die Beschäftigten an beiden Tagen zu Warnstreiks aufgerufen, weil der Arbeitgeber in den Tarifverhandlungen kein akzeptables Angebot vorgelegt hatte und die Beschäftigten mit einer Einmalzahlung abspesen wollte.

Ein wenig anders ist die Situation beim Darmstädter Chemieunternehmens AppliChem. Dort gab es

mittlerweile drei Warnstreiks – am 4. und 5. September sogar über zwei Tage. Die Streiks waren eine Reaktion auf die unnachgiebige Haltung des Arbeitgebers, der sich weigert, mit der IGBCE über einen an die Fläche Chemie angelehnten Tarifvertrag für die Beschäftigten zu verhandeln. Es ist einer der wenigen Streiks, den es in der chemischen Industrie in den letzten Jahrzehnten überhaupt gegeben hat.

Aber auch dieses Beispiel zeigt: Um etwas zu erreichen, müssen die Beschäftigten ab und an auf die Straße gehen.

Streik ist Grundrecht

„Ein Streik beziehungsweise Arbeitskampf ist immer das letzte Mittel, wenn es um die Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen geht“, sagt Katharina Stihler, Fachsekretärin in der Abteilung Tarifpolitik und Bundesstreikleiterin der IGBCE. „Durch einen Streik verschaffen sich die Beschäftigten



Gehör und Respekt, wenn die Fronten zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite verhärtet sind. Dabei kommt es auf die Beteiligung und die Unterstützung aller Kolleginnen und Kollegen an.

Doch wer darf eigentlich streiken und wie läuft so ein Streik überhaupt ab? Katharina Stihler erklärt: „Der Streik ist ein verfassungsrechtlich geschütztes Grundrecht (Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes). Jede Kollegin und jeder Kollege – egal, ob sie Mitglied der IGBCE sind oder nicht – dürfen an einem (Warn-)Streik teilnehmen. Der Arbeitgeber darf das nicht verhindern. Sollte es zu Lohnkürzungen für die ausgefallene Arbeitszeit durch den Arbeitgeber kommen, erhalten Nichtmitglieder allerdings keine Streikunterstützung der Gewerkschaft.“

Als IGBCE-Mitglied bekommst du eine solche Unterstützung in der Regel für die Dauer des Streiks, wenn du länger als drei Monate



AppliChem-Beschäftigte beim zweiten Warnstreik im August.



Ein Leag-Kollege trägt sich in die Streikliste ein.

Mitglied bist und die satzungsmäßigen Beiträge entrichtet hast. Die Höhe der Streikunterstützung richtet sich nach deiner Beitragshöhe, deinem Nettoentgelt und der Gewerkschaftszugehörigkeit. Und auch nur als Mitglied hast du Anspruch auf Rechtsberatung im Falle eines Streiks. Wichtig: Um die Unterstützung zu erhalten, musst du dich am Streiktag in eine sogenannte Streikliste eintragen. Die Listen werden vor Ort von der Streikleitung geführt.

Jeder Streik im Zuständigkeitsbereich der IGBCE muss vom geschäftsführenden Hauptvorstand beschlossen werden. Zuvor finden Koordinierungsgespräche zwischen der zentralen Streikleitung, zu der unter anderem auch Katharina Stihler gehört, und den vor Ort betreuenden Gewerkschaftssekretärinnen und -sekretären statt. Parallel dazu gibt es eine umfassende juristische Prüfung durch die Tarifjuristinnen und

-juristen, und die Streikaktivitäten werden vorbereitet. Ist der Streik genehmigt, werden Datum und der Zeitraum des Warnstreiks in einem Streikaufruf bekannt gegeben. „Dem Arbeitgeber ist also bekannt, wann genau gestreikt werden soll. Um Gefahr für Leib und Leben oder nicht zumutbare wirtschaftliche Belastungen abzuwenden, bieten wir den Arbeitgebern in Einzelfällen Notdienstvereinbarungen an“, erklärt Katharina Stihler.

Zahlung der Unterstützung ist wichtig für die Streikenden

„Die Teilnahme an einem rechtmäßigen Arbeitskampf stellt dabei keine Verletzung des Arbeitsvertrages dar. Maßregelungen wie etwa Ermahnung, Abmahnung oder gar Kündigung durch den Arbeitgeber wegen der Teilnahme an einem Streik sind verboten“, erklärt Stihler. Und noch ein Punkt sei wichtig: „Die Beschäftigten legen zu der im Streikaufruf genannten

Zeit ihre Arbeit nieder – und zwar ohne sich vorher auszustempeln.“

Die Belegschaft bei AppliChem ist weiterhin fest entschlossen – wenn nötig, wollen die Beschäftigten öfter und länger streiken. Das erfordert einen starken Willen. „Es ist anstrengend, sowohl körperlich als auch mental“, sagte ein Kollege bei dem zweitägigen Warnstreik Anfang September. „Die Gemeinschaft macht es erträglich. Weil wir alle das Gleiche wollen.“

Je länger ein Streik dauert, desto wichtiger ist deshalb die Streikunterstützung durch die IGBCE. „Dass wir streiken, wird sich beim Geld bemerkbar machen. Da ist es wichtig, dass das Streikgeld von der Gewerkschaft kommt“, erklärt eine Kollegin von AppliChem. Und wenn der Arbeitskampf härter werden sollte, werden die Zahlungen noch wichtiger werden. „Unbefristet streiken – das ginge für viele Kolleginnen und Kollegen ohne Streikgeld gar nicht.“ ■



Herzlich willkommen! Die IG BCE Mannheim begrüßt schon vor dem regulären Berufsstart Auszubildende und dual Studierende.

Mit der IG BCE in den Beruf

Für die IG BCE im Bezirk Mannheim hat es Tradition, junge Menschen, die ins Berufsleben einsteigen, schon wenige Tage vor dem Berufsstart zu begrüßen.

Text Axel Stefan Sonntag

Beim „Welcome-Grillen“ im Ludwigshafener IGBCE-Jugendtreff stellten sich Bezirk und IGBCE-Jugend Mannheim rund 50 jungen Leuten vor. „Viele wussten gar nicht so genau, was wir als Gewerkschaft alles für diejenigen tun, die neu in das Berufsleben starten. Beim Thema Gewerkschaft dachten viele erst einmal nur an Tarifverhandlungen oder Streiks“, beobachtete Jugendvorsitzende Michelle Hauth. „Da klärten wir natürlich auf. Hier und da waren die Augen groß, als wir sagten, dass wir das ganze Arbeitsleben lang als Partner zur Seite stehen“, berichtet sie aus ihren Gesprächen. „Es ist schön zu hören, dass man jemandem die Angst nehmen konnte, vor Beginn der Ausbildung niemanden zu kennen“, schildert sie ein für sie positives Erlebnis an dem Abend.

Damit die Anwesenden schnell untereinander Kontakte knüpfen konnten, initiierte die IGBCE-Jugend Mannheim ein „Kennenlern-Bingo“. Alle bekamen einen Zettel mit verschiedenen Aufgaben, beispielsweise ein Gewerkschaftsmitglied, eine Kollegin oder einen Kollegen aus demselben Ausbildungsbetrieb zu finden. Dafür musste man schon ein wenig herumfragen: Unter anderem von Essity, Roche, Fuchs und Aliaxis waren die neuen Auszubildenden und Studierenden gekommen.

Hauth und ihr Team nutzten die Chance, um zu berichten, wie sich die IGBCE-Jugend Mannheim für die Interessen der jungen Menschen einsetzt. „Wir zeigten beim Christopher Street Day für die Gleichberechtigung aller Flagge. Voraussichtlich Ende Oktober veranstalten wir ein Wirtschafts- und Sozialkundeseminar, um all die zu unterstützen, die in der Prüfungsphase stecken.“ Ganz aktuell setzt sich das Jugendgremium dafür ein, dass Auszubildende auch weiterhin kostenfrei auf einem Parkplatz in

der Nähe von drei Mannheimer Berufsschulen parken können. „Fünf Euro am Tag, das kann sich nicht jeder leisten“, kritisiert Michelle Hauth die aktuelle Entwicklung. „Wir sind in Gesprächen mit der Stadt, um Lösungen zu finden.“

Einer der Teilnehmenden der Grillparty war Seokyoung Jang. Im September begann der 26-Jährige seine Ausbildung zum Elektroniker für Automatisierungstechnik bei Essity. „Es gibt viele Unternehmen in Mannheim und Ludwigshafen, die diese Ausbildung anbieten. Von Essity habe ich viel Gutes gehört,

„
**Gemeinsam
stark und
solidarisch von
Anfang an.**

Max Nothaft,
Gewerkschaftssekretär

vor allem zum Thema Arbeitsklima“, begründet er die Wahl seines Betriebs. Die Feier fand er toll, lobte die Atmosphäre „und das tolle Essen“. Gleich an seinem ersten Ausbildungstag erhielt er vom Betriebsrat, von der Jugend- und Auszubildendenvertretung und vom Bezirk viele weitere Informationen, warum es sich auch für junge Leute lohnt, Mitglied der IGBCE zu sein.

„Gemeinsam stark und solidarisch sein – vom ersten Tag des Berufslebens an. Das soll neben gutem Essen und viel Spaß von Anfang an Teil der neuen Welt der Azubis und Dualis sein. Dafür machen wir seit vielen Jahren unsere Grillparty“, so Gewerkschaftssekretär Max Nothaft. ■



Gute Gespräche, lockere Atmosphäre und Deftiges vom Rost: Das „Welcome-Grillen“ kam bestens an.

Kornwestheim/Stuttgart

Rüstzeug für die Transformation



Auch Betriebsräte sollten eine nachhaltige Unternehmensführung einfordern, denn schließlich steigen hierzu auf Kunden- wie auch auf Investorensseite die Erwartungen. Klar ist, dass nachhaltiges Wirtschaften langfristig eine der Voraussetzungen dafür ist, Arbeitsplätze zu sichern.

Den Kick-off eines entsprechenden Seminars gab jüngst der Vorstand des Bezirks Stuttgart. „Wir möchten unsere Betriebsräte zu kompetenten Anlaufstellen für Unternehmensführung und Beschäftigte beim Thema sozialökologische Transformation machen. Als Gremium ist uns das eine Herzensangelegenheit“, so Bezirksvorstandsmitglied Andreas Augner.

Das vom Bezirk Stuttgart konzipierte Seminar wird an zwei Terminen auf Landesbezirksebene angeboten: vom 16. bis zum 18. Oktober in Karlsruhe und vom 14. bis zum 16. November in Ochsenhausen. Das Seminar ist praktisch gestaltet, arbeitet mit Checklisten und zeigt mögliche Fördermittel auf. ■



Anmeldung an:
lb.bawue@igbce.de

4 Fragen an ... Axel Schmider



Der Duravit-Konzernbetriebsratsvorsitzende ist seit zwölf Jahren in der Bundestarifkommission Feinkeramik West.

Wie blickst du auf die jüngste Tarifrunde zurück?

Auch wenn es eine Floskel ist: Diesmal waren es tatsächlich die schwierigsten Gespräche überhaupt. Der Abschluss davor war lange her, unsere Leute mussten seither die Inflation viel zu lange aussitzen. Dass in den Kommissionen auf beiden Seiten viel Verhandlungs-Know-how allein deshalb zwischenzeitlich verloren ging, weil etliche Mitglieder altersbedingt ausschieden, machte die Gespräche besonders herausfordernd. Denn Kompromisse finden sich nicht im Auswürfeln von Zahlen, sondern im Umgang und im Respekt miteinander. Dafür aber muss man einander kennen.

Habt ihr die besonderen Probleme eurer Branche thematisiert?

Das tun wir seit Jahrzehnten, denn wir sind eine der unattraktivsten Branchen überhaupt. Wie sexy finden es junge Menschen, in einem Dreischichtbetrieb bei teilweise mehr als 40 Grad und einer Luftfeuchte von mehr als 90 Prozent zu arbeiten? Gar nicht! Seit Ewigkeiten machen wir den Arbeitge-

bern klar, dass eine „g’schwind Tarifrunde“ mit zwei Prozent mehr solche elementaren Probleme eben nicht löst. Immerhin: Mit dem Abschluss jetzt sind wir auf einem guten Weg.

Worauf bist du besonders stolz?

Mit dem Entgelttarifvertrag ist ab 2025 ein einmaliges Mosaik geschaffen, in dem tatsächlich jeder Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin fair und transparent eingruppiert wird – finanzielle Entwicklungsperspektiven inklusive. Des Weiteren wurde für die aktuell laufende Tarifrunde Ost eine Steilvorlage geschaffen, um endlich die Splittung in Feinkeramik West und Ost zu beenden.

Also alles gut?

Das ist es für Betriebsräte nie. Die nächste Großbaustelle ist, den Manteltarifvertrag zu modernisieren. Die Schichtzulagen liegen seit Jahrzehnten auf demselben Niveau. Berufseinsteigerinnen und -einstieger entscheiden sich dann natürlich für andere Branchen. Das ist weder in meinem noch im Interesse des Unternehmens. ■



Duravit-Beschäftigte bei einer Aktion zur jüngsten Tarifrunde.

Karlsruhe

Die Modernisierung kommt



Die Papier-Sozialpartner freuen sich über ein modernes Entgeltsystem.

Nach rund 20 Jahren haben sich die baden-württembergischen Sozialpartner in der Papierindustrie auf eine neue Entgelttabelle verständigt. Damit profitieren die Beschäftigten von einem neuen, modernen Entgeltsystem – die Differenzierung nach Löhnen (für Arbeiter) und Gehältern (für Angestellte) ist passé.

„Mit der geregelten Durchlässigkeit in der Regelüberführung konnten wir Einkommensverluste vermeiden“, zeigt sich Frank

Heßler, stellvertretender Landesbezirksleiter, zufrieden. Das neue System baut auf 13 Entgeltgruppen mit mehreren Stufen auf. Besonders hervorzuheben ist, dass der bisher nur Angestellten zustehende Zuschuss zum Krankengeld jetzt für alle gilt.

„Die genauen Veränderungen und Vorteile werden wir in den Betrieben den Mitgliedern näherbringen“, verspricht Frank Gottselig, Betriebsratsvorsitzender bei Essity Mannheim. ■

Schwäbisch Gmünd

Weleda baut Jobs ab

Nach Bekanntgabe eines Umsatzverlustes für 2022 will Weleda an Personal sparen. Zunächst ohne den Betriebsrat einzubeziehen, sprach das Unternehmen einige Beschäftigte auf das „Angebot“ eines Aufhebungsvertrages an. Nachdem sich Betriebsrat und IGBCE eingeschaltet haben, besteht nun ein Rahmeninteressenausgleich und ein Sozialplan, etwa 100 der knapp 1.000 Stellen abzubauen. Pikant: Für das auf Nachhaltigkeit getrimmte,

neu gebaute Vorzeigelogistikzentrum (Foto: Animation) war sogar im Gespräch, gar keine eigenen Beschäftigten einzusetzen. Diese Ausgliederung ist vom Tisch. ■



Freiburg

WenDo-Seminar

Gezielt für Frauen bot der Bezirk Freiburg ein WenDo-Seminar an – übersetzt in etwa „Der Weg der Frau“, abgeleitet vom englischen Wort „Woman“ und dem japanischen Wort „Do“ für Weg.

Konkret ging es um Prävention und Aufarbeitung von Gewalt gegenüber Frauen. Die Teilnehmerinnen erhielten Einblicke in Selbstverteidigungs- und Selbstbehauptungstechniken. Gekrönt wurde das Seminar durch das Zerschlagen eines Holzbretts als Symbol für die – Frauen oftmals nicht bewusste – Kraft unabhängig von Alter und körperlichen Fähigkeiten. ■

Stuttgart

In Gedenken

Die IGBCE trauert um den ehemaligen Landesbezirksleiter Baden-Württemberg, Ralf Stockheim. „Sein plötzlicher und viel zu früher Tod macht uns sehr betroffen. Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie“, so Landesbezirksleiterin Catharina Clay.

Stockheim führte den Landesbezirk von 1997 bis 2011. In dieser Zeit und vor allem im Vorfeld verantwortete und begleitete er maßgeblich die Fusion der drei Vorläufergewerkschaften, aus denen die heutige IGBCE entstand. Zuvor übernahm er aus seiner Position als Gewerkschaftssekretär der Gewerkschaft Leder heraus 1995 die Position des Bezirksleiters. Zu seinen größten Herausforderungen als Landesbezirksleiter gehörte die Ausgestaltung und die Überführung der tariflichen Strukturen im Freudenberg-Konzern. Stockheim wurde 65 Jahre alt. ■



Politik gefordert

Recht auf Bildungsfreistellung, stärkere Tarifbindung: Der Bayerntag der IG BCE stellt Forderungen zur Landtagswahl im Oktober.

Text Michael Kniess – **Fotos** Tristan Lanwehr und Michael Kniess



Wie kann das Industrieland Bayern in Zeiten von Transformation und Veränderung fit für die Zukunft gemacht werden? Vor der Landtagswahl im Freistaat am 8. Oktober steht insbesondere auch diese Frage im Fokus der IG BCE in Bayern. Gemeinsam mit allen bayerischen IG BCE-Bezirken hat die Zukunftsgewerkschaft ihre aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter Ende Juli zu einem bayernweiten Treffen eingeladen, um gemeinsam mit dem IG BCE-Vorsitzenden Michael Vassiliadis politische Themen zu diskutieren und Forderungen an die bayerische Politik zu platzieren. Rund 400 Delegierte aus ganz Bayern sind dafür zum Bayerntag im Löwenbräukeller in München zusammengekommen.

In Zeiten von Transformation und Veränderung sind gewerkschaftlicher Zusammenhalt und gegenseitige Unterstützung in der Gesellschaft wichtig, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Das betonte Harald Sikorski zu Beginn des Bayerntags. Der Landesbezirksleiter der IG BCE in Bayern

bekräftigte die Notwendigkeit eines „Faire-Löhne-Gesetzes“, nach dem öffentliche Aufträge nur an Firmen gehen dürfen, die auch nach Tarifvertrag bezahlen. Seine Forderung

„

**Wir brauchen
in Bayern
eine starke
Industrie.**

Harald Sikorski,
Landesbezirksleiter Bayern

an die künftige Landesregierung: „Mit Steuergeldern darf kein Lohn-dumping finanziert werden.“

Außerdem sei endlich auch im Freistaat ein Recht auf Bildungsfreistellung nötig. „Das ist doch lächerlich, dass wir in Bayern nicht in der Lage sind, die bundesweite Benchmark zu erreichen“, so der

eindeutige Kommentar Harald Sikorskis. Zudem kritisierte er: „Bayern steht als Industrieland vor gewaltigen Herausforderungen, die zum Teil hausgemacht sind. Die Staatsregierung, die sich derzeit für den Ausbau der erneuerbaren Energien rühmt, hat die Energiewende zuvor jahrelang verschlafen und vernachlässigt.“

Mit Blick auf das Gelingen der Transformation in Deutschland, ohne dass dabei am Ende Arbeitsplätze verloren gehen, richtet sich Sikorski an die Politik: „Wir brauchen bezahlbare Energie für unsere Industrien. Die kriegen wir am Ende mit Erneuerbaren. Doch bis dahin müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten! Daran hängt unser Wohlstand und hängen Tausende gut bezahlter Arbeitsplätze.“

Zukunftsfragen lösen

Angesichts jener Herausforderungen forderte auch Bernhard Stiedl, Vorsitzender des DGB Bayern, in seinem Grußwort die künftige Landesregierung dazu auf, die notwendigen Zukunftsaufgaben zu



Die Landtagswahl im Blick: Beim Bayerntag in München diskutierte die gesamte bayerische IGBCE-Familie gemeinsam mit Landesbezirksleiter Harald Sikorski (links) und dem IGBCE-Vorsitzenden Michael Vassiliadis politische Themen und platzierte Forderungen an die bayerische Politik.

lösen – angefangen bei der Stärkung der Tarifbindung bis zur Gestaltung des sozialen und ökologischen Wandels sowie der Transformation. Christina Wolf, Mitglied im Landesbezirksjugendausschuss Bayern, verschaffte sich Gehör für ein weiteres Problem, das es (nicht nur) aus Sicht der IGBCE-Jugend in Bayern dringend anzugehen gilt: den Fachkräftemangel. Ihre Botschaft war klar und deutlich: „Ohne Ausbildung gibt es keine Zukunft. Gut ausgebildete Fachkräfte sind das Rückgrat der Wirtschaft.“

Daran anknüpfend, spannte Michael Vassiliadis in seiner Rede den Bogen nochmals weiter. Der IGBCE-Vorsitzende unterstrich die Bedeutung der IGBCE-Branchen in Deutschland: „Im globalen Vergleich sind unsere Standorte in vielerlei Hinsicht die nachhaltigsten – egal ob in puncto Umweltschutz, Arbeitsbedingungen oder Mitbestimmungskultur“, betonte Michael Vassiliadis. „Zugleich werden die Produkte, die hierzulande produziert werden, dringend gebraucht, damit das Leitbild der Energiewende und der ökologischen

Modernisierung erreicht werden kann.“ Weiter betonte der IGBCE-Vorsitzende: „Wenn wir neben Gas, Öl oder Wasserstoff auch noch diese Produkte aus anderen Regionen der

„
**Wer Hilfe
will, muss
sich zu den
Beschäftigten
bekennen.**

Michael Vassiliadis,
IGBCE-Vorsitzender

Welt importieren müssen, geht es ganz schnell nach unten mit dem Wohlstand.“

In die Industrien investieren
Von der Politik forderte Michael Vassiliadis: „Es gibt deshalb

Sinn, sich um unsere Industrien zu kümmern, in diese zu investieren und darauf zu achten, dass das industrielle Netzwerk, das wir in Deutschland haben, erhalten bleibt als Lösung für die großen Ziele, die sich die Gesellschaft gesetzt hat.“

In Richtung der anwesenden Delegierten gab der IGBCE-Vorsitzende zu bedenken: „Wer den Brückenstrompreis will, muss sich ganz klar zum Standort bekennen und Beschäftigungsgarantien geben. Die Unternehmen müssen verbindliche Transformationsverpflichtungen eingehen und natürlich müssen sie tarifgebunden sein.“

Was die einzelnen Parteien für die Branchen und die Arbeitsplätze der IGBCE anzubieten haben, stellten CSU, SPD, FDP und Grüne (dazu angefragt wurden alle demokratischen Parteien im Bayerischen Landtag) in kurzen digitalen Grußworten ins Schaufenster (siehe zu den Positionen der Parteien zu den Themen der IGBCE auch die Profil-Ausgabe von August/September 2023, Seite 52/53). ■



Egal was, aber gemeinsam: Zum Ausbildungsbeginn haben sich die Betriebe im Landesbezirk (Fotos unten: Roche) wieder viel einfallen lassen für die Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger (Fotos oben: Azubi-Grillen in Gersthofen).

München

Auf los geht's los

In Bayern haben im September mehr als 2.000 Azubis in Branchen der IGBCE ihre Ausbildung begonnen. Die IGBCE heißt sie herzlich willkommen und wünscht ihnen maximalen Erfolg für die Ausbildung.

Ob Chemielaborant, Chemikantin, Schlosser oder Elektrotechnikerin: Für viele junge Menschen beginnt mit der Ausbildung ein neuer aufregender Lebensabschnitt. Maximilian Reifig, Landesjugendsekretär der IGBCE in Bayern, weiß um die Bedeutung dieser Zeit: „Gerade zu Beginn ist vieles neu für die jungen Kolleginnen und Kollegen, und da freut es mich ganz besonders, als Gewerkschaft ein starker Partner an der Seite der Azubis zu sein. Das machen wir aktuell in den Bezirken

im Rahmen von Neuanfängerüberzeugungen, bei zahlreichen Inforeveranstaltungen und Events deutlich.“

Seine Rechte und Pflichten kennenlernen, andere Auszubildende aus anderen Betrieben treffen und mitsprechen bei wichtigen Angelegenheiten rund um die Ausbildung – das alles kann Gewerkschaft möglich machen. Maximilian Reifig will einladen, sich bei der IGBCE schlauzumachen: „Wir haben regionale Angebote für Azubis, und alle Mitglieder können sich hier gern beteiligen. So weiß man immer, was gerade läuft in der Ausbildung, was andere gerade so beschäftigt und was sich noch verbessern kann im eigenen Betrieb.“

Natürlich geht es auch um Geld. Der IGBCE ist es ein großes

Anliegen, dass die Azubis ein ordentliches Gehalt während der Ausbildungszeit bekommen. Das gelingt immer dort, wo viele Mitglieder sich zur Gewerkschaft in Form einer Mitgliedschaft bekennen.

Die IGBCE ist eine starke und große Gemeinschaft. Mitmachen lohnt sich in jedem Fall, auch passiv. Aktiv kann es bedeuten, neue Leute kennenzulernen, Unterstützung für die zukünftige Karriere zu erfahren und einfach Kraft und Energie bei gemeinsamen Veranstaltungen zu tanken. Alle Azubis sind eingeladen: Macht euch selbst ein Bild – auf dieser Seite, in allen Onlinekanälen oder direkt vor Ort! Wir wünschen allen Azubis einen guten Start in die Ausbildung! ■

Berchtesgaden

IGBCE-Jugend in Bayern schwört sich ein

Wie können wir in Zukunft noch besser zusammenarbeiten? Was ist für eine erfolgreiche Neuanfängerüberzeugung wichtig? Welche Themen stehen an? Diese und viele weitere Fragen standen bei der Klausur des Landesbezirksjugendausschusses (LBJA) der IGBCE-Jugend in Bayern auf der Agenda. Mitte September trafen sich 15 junge IGBCElerinnen und IGBCEler in der Jugendherberge Berchtesgaden, um sich ein Wochenende lang vor dem Alpenpanorama samt Blick auf den Watzmann auszutauschen, miteinander zu diskutieren und zu arbeiten. Besondere Höhepunkte waren eine abenteuerliche Führung durch das Salzbergwerk Berchtesgaden und ein Hogwarts-Krimi-Dinner.

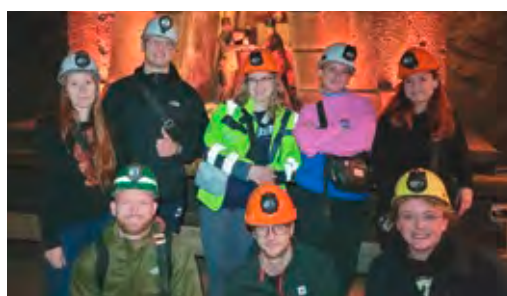
In den Betrieben präsent sein

Auf der Agenda stand darüber hinaus die Wahl des Vorsitzes. Zur neuen LBJA-Vorsitzenden wurde Corina Phillip gewählt. Ihre Stellvertretung übernimmt

Max Christoph. In puncto Neuanfängerüberzeugung waren sich die Teilnehmenden einig, dass Ehrenamtsstrukturen neu aufgebaut werden müssen, um in den Betrieben präsent zu sein, und dass es eine starke Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt braucht, um die IGBCE-Jugend in Bayern wieder zu stärken.

Das war stark!

Am Ende einer intensiven und erfolgreichen LBJA-Klausur stand für Maximilian Reifig, Landesjugendsekretär der IGBCE in Bayern, fest: „Das war stark! Wenn wir in der Zukunft weiter solch eine Zielstrebigkeit und Freude an den Tag legen wie jetzt auf der Klausur, dann mache ich mir keine Gedanken um die IGBCE-Jugend in Bayern. Wir gehen mit unserem Jahresthema #workhochsieben, das viele Facetten der Arbeit der Zukunft abdeckt, voll in die betrieblichen Themen rein.“ ■



Augsburg

IGBCE lädt zum Gewerkschaftskino ein

Filmerlebnis mit gewerkschaftlichem Hintergrund: Unter dem Motto „IGBCE goes Kino“ lädt der Bezirk Augsburg in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Liliom-Kino seit April 2019 regelmäßig zum Gewerkschaftskino ein. Gezeigt werden Filme mit Gewerkschaftsbezug, darunter beispielsweise das Sozialdrama „Streik“ über die zerstörerischen Seiten der Gesetze des Marktes oder der deutsche Fernsehfilm „Frau Böhm sagt Nein“, der die Umstände der

Mannesmann-Übernahme aufgreift. Zuletzt lief der französisch-deutsche Thriller „Die Gewerkschafterin“. Der Film erzählt vom Kampf der Gewerkschafterin Maureen Kearney (gespielt von Isabelle Huppert) gegen die französische Atomindustrie.

Im Anschluss an den jeweiligen Film besteht die Möglichkeit, sich in lockerer Diskussionsrunde auszutauschen. Bei der Premiere im April 2019 diskutierten etwa Jürgen Kerner, Mitglied im IG-Metall-Vorstand,

sowie Bayerns damaliger IGBCE-Landesbezirksleiter Seppel Kraus. „Mit unserem Gewerkschaftskino wollen wir ganz niederschwellig und jenseits unserer klassischen Formate unterhaltsam über unsere Arbeit informieren und auch Nichtmitglieder von der IGBCE überzeugen“, sagt Gewerkschaftssekretär Tobias Schrall.

Der nächste Film wird im Oktober gezeigt. ■



Anmeldungen an
bezirk.augsburg@
igbce.de



Werden Anfang Oktober neu vergeben: die Sitze im Hessischen Landtag in Wiesbaden.

Zukunft wählen!

Am 8. Oktober ist in Hessen Landtagswahl. IGBCE und DGB fordern eine Strategie für die Industrie, unter anderem einen Brückenstrompreis.

Text Wolfgang Lenders

Hessen ist ein Industriestandort. Unternehmen wie Merck, Fresenius, BioNtech, Goodyear, B. Braun, K+S und viele weitere tragen rund ein Fünftel zur Bruttowertschöpfung im Land bei. Mehr als eine halbe Million Menschen arbeiteten im Jahr 2019 in der Industrie. Die Branche mit den meisten Beschäftigten ist die Chemie- und Pharmaindustrie; über

60.000 Menschen arbeiten in ihren Betrieben. Doch die Unternehmen sind unter Druck. Die Transformation, insbesondere die Digitalisierung und der Wandel zu einer klimaneutralen Wirtschaft, belastet die Industrie. Hinzu kommen die Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Ukraine-Kriegs.

Industrie braucht Verlässlichkeit. Dazu gehören die Verfügbarkeit

von gut ausgebildeten, motivierten Fachkräften, eine verlässliche Infrastruktur und die sichere Versorgung mit Energie zu einem wettbewerbsfähigen Preis. Der DGB Hessen-Thüringen hat in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsgewerkschaften eine Reihe von Forderungen an die künftige hessische Landesregierung aufgestellt (siehe Interview mit Michael Rudolph auf Seite 53). Dabei geht es darum,

die Transformation sozial, ökologisch und demokratisch zu gestalten. Zu den Forderungen gehört etwa ein Transformationsfonds, über den Investitionen in eine klimaneutrale Infrastruktur finanziert werden sollen, und die Förderung der Aus- und Weiterbildung.

Eine der wichtigsten Forderungen ist die Einführung eines Brückenstrompreises für die Industrie. Zentral ist für IG BCE und DGB, dass der Brückenstrompreis nur tarifgebundenen Betrieben zugutekommt, die sich zum klimaneutralen Umbau der Produktion und zum Erhalt der Arbeitsplätze an ihrem Standort verpflichten.

Überlebenswichtig ist das beispielsweise für die Industrieparks Kalle-Albert in Wiesbaden und Höchst in Frankfurt. „Ein Brückenstrompreis ist unverzichtbar“, sagt Matthias Jahn, Betriebsratsvorsitzender bei InfraServ Höchst. „Sonst können wir keine wettbewerbsfähigen Strompreise anbieten.“ Die InfraServ betreibt einen Kraftwerkspark, der Strom und Wasserdampf für den Industriepark liefert. Ähnlich sieht das Stefan Haybach, Betriebsratsvorsitzender bei InfraServ Wiesbaden: „Die Betriebe müssen wissen, wo sie stehen. Ohne Brückenstrompreis haben sie keine Planungssicherheit. Und dann investieren sie nicht in den Standort.“ Genau diese Investitionen sind aber notwendig, um den Prozess der Dekarbonisierung voranzutreiben. „Wir haben dafür richtig gute Pläne“, sagt Haybach.

Pläne, die wichtig sind für Hessen. Denn nur, wenn der Industrie der Wandel gelingt, bleiben die Industriearbeitsplätze im Land langfristig erhalten. Dass es dazu kommt und dass sie den Kriterien guter Arbeit entsprechen, dafür braucht es die Unterstützung durch die Politik – und die Wählerinnen und Wähler, die am 8. Oktober entscheiden, wer Hessen künftig regiert. ■

4 Fragen an ... Michael Rudolph

Der Vorsitzende des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen zu den Forderungen zur Landtagswahl in Hessen.



Wie bewertest du die industriepolitische Strategie der Landesregierung?

Die hessische Landesregierung hat keine industriepolitische Strategie. Und vor allem ist sie dadurch aufgefallen, dass sie in der Wirtschaftspolitik keine sozialen Akzente gesetzt hat. Auf unsere Initiative hin hat der Wirtschaftsminister einen Industrietrichter ins Leben gerufen. Dort haben wir vorgeschlagen, zunächst eine industriepolitische Strategie zu diskutieren, auf deren Basis wir dann hätten weiterarbeiten können. Das hat nicht geklappt. Dabei geht die Zahl der Industriearbeitsplätze schon seit 2018 zurück. Aus unserer Sicht ist es dringend notwendig, dass sich die Landesregierung dazu bekennt, dass Hessen ein Industriestandort ist, und eine Strategie entwickelt, wie dieser in den kommenden Jahren nachhaltig weiterentwickelt werden kann.

Welche zentralen Forderungen hat der DGB an die künftige Landesregierung?

Wir erwarten, dass sie entlang einer industriepolitischen Strategie die Beschäftigung in der Industrie nachhaltig sichert. Das kann sie nur, wenn sie ausreichend Mittel in die Hand nimmt: für die notwendigen Investitionen in erneuerbare Energien, in eine Wasserstoffstrategie zur Dekarbonisierung der Industrie und auch in die Weiterbildung. Andere Bundesländer wie das Saarland und Niedersachsen tun das schon lange und haben einen Transformationsfonds eingerichtet, um notwendige Zukunftsinvestitionen zu finanzieren. Die Dekarbonisierung muss mit

der Sicherung und der Schaffung guter, tarifgebundener und mitbestimmter Arbeit verbunden werden.

Wo siehst du den dringendsten Handlungsbedarf?

Klar ist, dass der Wandel der Industrie Zeit braucht, insbesondere auch die Umstellung auf erneuerbare Energien. Zurzeit ist der Marktstrompreis für die Industrie zu hoch. Langfristig wird er durch den Ausbau der regenerativen Energien wieder sinken. Bis dahin brauchen wir einen Industriestrompreis, der sicherstellt, dass die Betriebe international wettbewerbsfähig sind. Nur so können wir dafür sorgen, dass die Arbeitsplätze in der Industrie erhalten bleiben.

Stichwort Industriestrompreis: An welche Bedingungen sollte der geknüpft sein?

Ein Industriestrompreis sollte – wie auch ein Transformationsfonds – an die Kriterien guter Arbeit gebunden sein. Wir wollen nicht das „Weiter-so“ fördern, sondern die Umstellung zu ökologisch nachhaltiger und guter Arbeit. Wer Fördermittel haben will, muss den Erhalt des Standorts garantieren und in Form einer Vereinbarung versichern, dass er ein Konzept für die Zukunftssicherung der Arbeitsplätze hat. Und – das ist aus unserer Sicht sehr wichtig – dann auch Tariflöhne zahlen. ■


Mehr zu den
Forderungen des
DGB zu den
Landtagswahlen:
bit.ly/3RpK0xy

Frankfurt

Mehr Fachkräfte durch Ausbildung

Wie lässt sich der Fachkräftemangel in der Chemie- und Pharmaindustrie durch Ausbildung beheben? Mit dieser Frage haben sich die 13 Teilnehmenden eines Design-Thinking-Workshops beim Bildungsdienstleister Pro-vadis beschäftigt. Gemeinsam wollen der Arbeitgeberverband HessenChemie und die IG BCE Konzepte entwickeln, um Auszubildende zu gewinnen. Ziel ist es, alle angebotenen Ausbildungsplätze zu besetzen.

Eine digitale Plattform soll die Berufskoordinatorinnen und -koordinatoren an den Schulen unterstützen. Darüber können sie Freiwillige aus Betrieben finden, die bereit sind, den Schülerinnen und Schülern bestimmte Themen vorzustellen. Inhalte stellen der Arbeitgeberverband und die IG BCE. Bei der Auswahl von Fachleuten aus den Betrieben sollen die Betriebsräte helfen. Weitere Schritte sind für den Herbst geplant. ■

Sondershausen

Abschluss bei GSES

Zweimal 120 Euro tabellenwirksame Entgelterhöhung – das hat die IG BCE für die Beschäftigten bei GSES Sondershausen ausgehandelt. Die Ausbildungsvergütungen werden 2023 und 2024 um je 40 Euro angehoben. Außerdem erhalten die Beschäftigten 600 Euro Inflationsausgleichsprämie für das Jahr 2023, für 2024 dann weitere 400 Euro. Azubis bekommen jeweils die Hälfte. Außerdem ist es gelungen, einen Bonus für Gewerkschaftsmitglieder zu vereinbaren: einen Tag mehr Urlaub pro Jahr. Der Tarifvertrag läuft 24 Monate. ■

Darmstadt

AppliChem: Zwei Tage Streik



Streikende bei der Abschlusskundgebung nach dem Autokorso im September (oben) und Anfang August bei einer Demo durchs Industriegebiet (unten).

Am 4. und 5. September stand bei AppliChem in Darmstadt nahezu die gesamte Produktion still. Die IG BCE hatte zum Streik aufgerufen, da sich AppliChem weiterhin weigert, einen Tarifvertrag in Anlehnung an den Flächentarifvertrag für die chemische Industrie einzuführen.

Pünktlich um 7:30 Uhr am Montag begann der Streik. Vor dem Firmengelände postierte sich eine Streikwache, stellte Fahnen auf und entrollte Transparente. „Dieser Betrieb wird bestreikt“ war direkt neben einem der Firmenschilder zu lesen. Insgesamt rund 40 von etwa 70 Beschäftigten am Standort arbeiteten nicht. Etwas später besuchte Landesbezirksleiterin Sabine Süpke die Streikenden.

Mit dem mehrtägigen Streik ging der Konflikt in die nächste Runde. Vorangegangen waren ein drei- und

ein vierstündiger Warnstreik, die das Unternehmen aber nicht zum Einlenken brachten.

Auch am zweiten Tag war die Stimmung unter den Streikenden gut. Gleichzeitig waren sich die Beschäftigten bewusst, wie ernst die Lage ist. Für den Nachmittag stand ein Autokorso auf dem Programm. Unter Polizeischutz fuhren rund 25 Autos los, hupend und dekoriert mit IG BCE-Fahnen. Vor dem Werksgelände von Merck hatten sich Betriebsratsmitglieder und IG BCE-Vertrauensleute versammelt, schwenkten IG BCE-Fahnen und bliesen in Trillerpfeifen. Bei der Abschlusskundgebung sagte Bezirksvorstandsvorsitzender Manfred Koch: „Es ist unverständlich, dass es Unternehmen gibt, die gute Arbeit nicht wertschätzen. Ihr müsst weitermachen, bis ihr das bekommt, was ihr verdient.“ ■



Borken

Delegierte fordern Brückenstrompreis

55 Delegierte aus den Betrieben und Ortsgruppen des Bezirks Kassel, mit Gästen rund 70 Personen, haben sich zur Bezirksdelegiertenkonferenz getroffen. Anlass waren Nachwahlen. Bezirksvorstand, Bezirksfrauenausschuss und Bezirksjugendausschuss legten Rechenschaft ab: Arbeitsschwerpunkte waren etwa Aktionen zur Gestaltung der Transformation, etwa in Form des Projekts Werra 2060, das die Zukunft der Kaliindustrie bis über das Jahr 2060 hinaus sichern soll. Der Ukraine-Krieg stellte den Bezirk vor besondere Herausforderungen: Mehrere große Energieunternehmen sitzen in Kassel.

Nach den Einschnitten durch Corona blickten die Teilnehmenden positiv auf die wieder stattfindenden Veranstaltungen zurück, zum



Gut gelaunt: Die Teilnehmenden der Kasseler Bezirksdelegiertenkonferenz.

Beispiel Bildungsveranstaltungen und betriebliche Aktionen oder das traditionelle Neujahrstreffen in Schenklingfeld mit rund 800 Besucherinnen und Besuchern. Stolz ist man auch auf das neue gewerkschaftliche Sommerfest im Freilichtmuseum Themenpark Kohle und Energie in Borken. Die Teilnehmendenzahl von 400 aus dem

Jahr 2022 hatte sich 2023 auf 800 verdoppelt.

Nach einem Vortrag von Alexander Bercht vom geschäftsführenden IGBCE-Hauptvorstand diskutierten die Delegierten mit ihm das Thema Brückenstrompreis. Dazu beschloss sie eine Resolution. Bis zu 22.000 Arbeitsplätze seien in Nordhessen direkt gefährdet, heißt es darin. ■

Nidda

Papierfabrik vorerst gerettet

Die drohende Schließung der Spezialpapierfabrik in Nidda-Ober-Schmitten ist erst einmal vom Tisch. „Wir haben immer gesagt, dass der Betrieb überlebensfähig ist“, sagt Alexander Wiesbach, Gewerkschaftssekretär im Bezirk Mittelhessen. „Wichtig ist nun, dass der neue Eigentümer ein tragfähiges Konzept für die Zukunft entwickelt und in den Standort investiert. Das werden wir als Gewerkschaft genau beobachten.“

Der Betrieb heißt nun Ober-Schmitten Paper. Der neue Eigentümer des bislang zum Glatfelterkonzern gehörenden Werks ist die İŞ Holding aus Istanbul, hinter der der Unternehmer İlker Şahin steht. Die İŞ Holding ist in dem Segment Papierproduktion ein neuer Akteur in Deutschland. In der Türkei ist die Gruppe in einer Vielzahl von



Protest gegen die Schließungspläne bei Glatfelter im März 2023.

Geschäftsfeldern aktiv, bislang allerdings nicht im Bereich Papier.

Der Verkauf kam überraschend für die Beschäftigten. „Wir freuen uns, dass es weitergeht“, sagt der Betriebsratsvorsitzende Arif Tantürk. „Wir haben für den Erhalt unseres Betriebs gekämpft. Nun stehen wir bereit, um den neuen Eigentümer mit unserer Fachkompetenz zu unterstützen.“ In die

Verhandlungen waren IGBCE und Betriebsrat nicht eingebunden. „Wir hätten uns mehr Transparenz gewünscht“, sagt Wiesbach.

Bei einer Betriebsversammlung hat sich İlker Şahin bereits vorgestellt und eine gute Zusammenarbeit mit Betriebsrat und Gewerkschaft versprochen. Alexander Wiesbach: „Wir werden ihn beim Wort nehmen.“ ■

Die Neuen sind angekommen

Rund 1.400 Kolleginnen und Kollegen wurden bei den Betriebsratswahlen 2022 erstmals in ihr Amt gewählt. Jetzt, ein Jahr später, ziehen vier Mitglieder Bilanz.

Text Michaela Ludwig

Ann-Carolin Kuhlmann ist mit ihren 23 Jahren das Küken in der neunköpfigen Arbeitnehmendenvertretung der Hüttenes-Albertus Chemische Werke GmbH in Hannover. Die ehemalige Jugend- und Auszubildendenvertreterin (JAVi) wollte und sollte nach dem Willen der Kolleginnen und Kollegen „frischen Wind“ in das Gremium bringen. Der Zeitpunkt war perfekt: „Ich hatte gerade aus- gelernt, keine familiären Verpflichtungen und deshalb viel Zeit.“ Seit anderthalb Jahren vertritt sie nun die Interessen der 250 Beschäftigten am Standort und als stellvertretende Vorsitzende im Gesamtbetriebsrat des Unternehmens. Für Ann-Carolin Kuhlmann ist dies ein Weg, Gesellschaft zu gestalten. „Man merkt überall im Alltag, dass man sich politisch engagieren muss – nicht nur auf größerer Ebene in der Politik, sondern auch im Betrieb.“ Weil das auch Spaß bringt, beginnt sie nun – nachdem sie die meisten Grundlagenseminare durchlaufen hat – die Ausbildung zur Referentin für die IGBCE.

Marco Rätzer, seit anderthalb Jahren Betriebsratsvorsitzender bei der DBW Advanced Fiber

Technologies GmbH in Bovenden bei Göttingen, konnte wie auch Ann-Carolin Kuhlmann auf das Vertrauen und die Unterstützung seines Amtsvorgängers bauen. Der Industriemechaniker „wollte vieles umkrepeln“. Heikle betriebli-

er an. „Ich haue auch schon mal auf den Tisch und zeige die Grenzen.“ Er redet mit den Kolleginnen und Kollegen, bringt sie untereinander ins Gespräch. Missstände leitet er an die Geschäftsführung oder die Personalleitung weiter. Bei allen Schritten stimmt er sich eng mit dem zuständigen Gewerkschaftssekretär und der Rechtsabteilung ab, „das gibt uns Sicherheit“.

Der Betriebsrat ist stolz auf erste handfeste Erfolge: Die Umkleieräume wurden saniert und die Angleichung der Schichtzulagen sowie der Waschzeiten werden in den anstehenden Haustarifverhandlungen aufgegriffen. Auch die Stimmung bessere sich, denn „die Kollegen fühlen sich wahrgenommen“.

Gesa Gödde beschreibt die Betriebsratsarbeit für sich und ihre sechs Kolleginnen und Kollegen als komplettes Neuland. Denn der Betriebsrat von Sensient Technologies Europe in Geesthacht wurde neu gegründet. Damit sich das Gremium überhaupt konstituieren und seine Arbeit aufnehmen konnte, hat der verantwortliche Gewerkschaftssekretär es in einer dreitägigen Schulung vor Ort über seine Rechte und Aufgaben

„
**Wir mussten
sehr schnell
sehr viel lernen.**“

Gesa Gödde,
Betriebsrätin bei Sensient
Technologies Europe

che Themen waren liegen geblieben, in der Belegschaft hatte sich eine Kultur des „Meckerns, nicht Machens“ breitgemacht, so der 45-Jährige. Das sollte sich ändern. Jeden Konflikt, den der Schlosser in der Produktion wahrnimmt, spricht

aufgeklärt. „Wir mussten sehr schnell sehr viel lernen“, berichtet die 37-jährige Außendienstmitarbeiterin. Anfangs seien sie häufig unsicher gewesen, wann der Betriebsrat aktiv werden kann. Trotz dieses Kaltstarts können sich die ersten Erfolge all der Arbeit sehen lassen: Er hat zwei Betriebsvereinbarungen

„
**Als
Betriebsrätin
die Welt ein
Stück weit
gestalten.**

Simone Nierobisch,
Betriebsratsvorsitzende Plixxent

sowie die Auszahlung des Inflationsgeldes für alle verhandelt. Weil Gesa Gödde eine gute und transparente Kommunikation mit der Belegschaft am Herzen liegt, berichtet sie in einem regelmäßig erscheinenden Newsletter über die Aktivitäten und Erfolge des Betriebsrats.

Simone Nierobisch war 14 Jahre lang Vertrauensperson beim Kunststoffhersteller Plixxent in Oldenburg, bevor sie zur Vorsitzenden des neu gegründeten Betriebsrates gewählt wurde. Damit wurde ein Gemeinschaftsbetriebsrat abgelöst, „der die spezifischen Belange für unsere 85 Beschäftigten nicht mehr zufriedenstellend aufgreifen konnte“, so die 42-jährige Ingenieurin. Glücklicherweise hatte eine Kollegin Betriebsratserfahrung und anfangs „das Heft in die Hand



Berichten über ihr erstes Jahr im Betriebsrat: Ann-Carolin Kuhlmann, Marco Rätzer, Simone Nierobisch und Gesa Gödde (von oben links im Uhrzeigersinn).

genommen“. Es wartete viel Arbeit auf das Gremium. „Wir mussten uns mit der Geschäftsführung über neue Betriebsvereinbarungen, eine betriebsbedingte Kündigung und Veränderungen in den Prozessen auseinandersetzen.“ Dass jetzt ein Betriebsrat auf die Arbeit schaut und Prozesse gegebenenfalls sogar stoppt, sei auch für die Geschäftsführung ein Lernprozess.

Ihren Start beschreibt Simone Nierobisch rückblickend als

„Sprung ins kalte Wasser“. Während man sich das notwendige Wissen in Seminaren aneignen könne, müsse man Erfahrungen erst sammeln. Auch deshalb habe sie ihre hohen Ansprüche ein wenig zurückschrauben müssen. Aber das ist ohnehin wichtig, um nicht im Alltagsgeschäft aufgegeben zu werden. Heute weiß sie: „Als Betriebsrätin kann man die Welt nicht verändern, jedoch ein Stück weit gestalten.“ ■

Dickenberg

Jubilare geehrt

Auf dem Sommerfest der Ortsgruppe Dickenberg hat Frank Griesdorn, Gewerkschaftssekretär im Bezirk Ibbenbüren, die anwesenden Jubilare für ihre langjährigen Mitgliedschaften in der IGBCE geehrt. „Dienstältester“ war dabei Karl Averbeck mit stolzen 75 Jahren. Nicht persönlich teilnehmen konnte Heinrich Schnetgöke, der seit 80 Jahren Mitglied ist. Deshalb hat der Ortsgruppenvorsitzende Andreas Geppert dem Kollegen bei dessen 94. Geburtstag nachträglich auch hierzu gratuliert. ■



Lingen

Grün statt schwarz

In der Raffinerie Lingen beabsichtigt BP, sich künftig auf die Produktion von Biokraftstoffen und grünem Wasserstoff zu konzentrieren. Das gab BP zum 70-jährigen Jubiläum Ende August bekannt. Damit beweise die Raffinerie, dass sie auf dem Weg zur CO₂-Neutralität „Teil der Lösung“ sei, sagte Landesbezirksleiter Ralf Becker (im Bild Zweiter von rechts neben Wirtschaftsminister Olaf Lies). Essenziell für erfolgreiche Modernisierungsprozesse seien eine engagierte Belegschaft und gute Arbeit. ■



Hude

Erfolgreich Mitglieder geworben

„Gemeinsam sind wir stark“: Kleine Botschaften kleben auf den Smoothies, die die Vertrauensleute Bianca Westermann, Ulrike Duske und Olaf Meyer in der Pause verteilen. Ein anderes Mal verstecken sie für die rund 85 Beschäftigten der BÜFA Chemikalien Süßigkeiten und Kugelschreiber in Kantine und Fluren.

„Mit unseren Aktionen wollen wir die IGBCE noch bekannter machen“, sagt Bianca Westermann. Mit Erfolg, denn seit Beginn ihrer Werbeaktionen konnten sie rund 20 neue IGBCE-Mitglieder begrüßen. Ziel ist es, „den Rückhalt in der Belegschaft zu stärken“, um den seit elf Jahren geltenden Tarifvertrag mit dem Arbeitgeber neu zu verhandeln. „Es ist überfällig, über eine Anpassung unserer Entgelte zu sprechen“, so Westermann. „Die



Sichern Rückhalt in der Belegschaft: Ulrike Duske und Bianca Westermann.

Preise für Lebensmittel, Energie und Miete sind erheblich gestiegen.“ Auch angesichts der Arbeitsbelastung und fehlender Fachkräfte sei die aktuelle Entlohnung nicht mehr akzeptabel.

Das erste Etappenziel ist erreicht: Die Betriebsversammlung mit der Wahl der Tarifkommissionsmitglieder ist einberufen. ■

Hamburg

Jubiläum mit Kampfansage



Zum 90. Geburtstag des Standorts haben die Allnex-Vertrauensleute Mitte September die Belegschaft zu einem Frühstück vor dem Werkstor eingeladen. Im März hatte die Geschäftsführung des Kunststoffharz-Herstellers angekündigt, den Standort mit 130 Beschäftigten bis

Mitte 2024 zu schließen. Bezirksleiter Jan Koltze übte erneut scharfe Kritik an den Plänen und nannte die Entscheidung „unsinnig“.

Der Standort sei eines der profitabelsten Werke in Europa. „Der Kampf um den Erhalt des Werks geht weiter!“ ■

3 Fragen an ... Christian Dittner

Der Vertrauensleutenvorsitzende bei Shell Deutschland am Standort Hamburg-Grasbrook über seine Arbeit.



Welche Aufgaben habt ihr als Vertrauensleute (VL)?

Wir haben unser Ohr an der Belegschaft und sind die erste Adresse bei Fragen zu Tarifvereinbarungen oder Arbeitsrecht. Gerade bei neuen Abschlüssen kann ich als Tarifkommissionsmitglied Infos aus erster Hand weitergeben. Als Vertrauensleute sind wir das Bindeglied zur IG BCE und dafür zuständig, alle gewerkschaftlichen Themen in den Teams zu verbreiten. Auch auf persönlicher Ebene sind wir für die Beschäftigten da, kümmern uns um ihre Wünsche oder Probleme. Ein großes Thema ist der demografische Wandel. Damit geht ein kultureller Umbruch in der Belegschaft einher – von der älteren zur jungen Generation. Das führt natürlich auch zu Konflikten. In solchen Fällen müssen wir vermitteln.

Welche Eigenschaften und Kenntnisse muss man für die Arbeit als Teil des Vertrauensleutekörpers mitbringen?

Zu den wichtigsten Eigenschaften gehört, gut zuhören zu können. Es kann

sehr persönlich werden, was auch davon abhängt, wie viel Nähe und Offenheit ich zulasse. Wie der Name sagt: Das Verhältnis muss von Vertrauen geprägt sein. Besondere Qualifikationen sind nicht gefragt, aber sinnvoll. Ich habe einige Gewerkschaftsseminare besucht, um das Handwerkszeug zu lernen. Das war spannend von den Inhalten, aber auch den Vernetzungsmöglichkeiten her.

Wie läuft die Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat?

Zum VL-Körper gehören bei uns neben den gewählten Vertrauensleuten auch die Betriebsratsmitglieder. Wenn wir Vertrauensleute mit einem Problem nicht weiterkommen, etwa wenn es um Arbeitshierarchien geht, übergeben wir an den Betriebsrat. Vorausgesetzt, der oder die Beschäftigte ist einverstanden. Der Betriebsrat hat auf Grundlage des Betriebsverfassungsgesetzes andere Rechte als Vertrauensleute und damit mehr Einflussmöglichkeiten. Diese Zusammenarbeit funktioniert bei uns sehr gut. ■

Hannover

Wachsam und zuversichtlich

Manuela Martin ist nicht so leicht auf die sprichwörtliche Palme zu bringen. Als ehrenamtliche Richterin am Arbeitsgericht oder zuletzt als Co-Moderatorin der Betriebsrätekonferenz im Bezirk Hannover hört sie Argumente und Perspektiven, wägt ab und gleicht aus.

Auch in ihrer Funktion als Betriebsrats- und Aufsichtsratsvorsitzende von Abbott Laboratories investiere sie ihre Energie nicht ins Erklettern von Palmen, sondern „für die Kämpfe am Boden“, sagt die 54-Jährige schmunzelnd. Die gelernte Chemielaborantin und studierte Arbeitswissenschaftlerin engagiert sich seit 1994 im Betriebsrat, seit 2014 als Vorsitzende. Doch mit Beginn der Corona-Pandemie sei diese Arbeit erheblich anspruchsvoller geworden. „Nahezu jedes Unternehmen ist von Energiekrise, Rohstoff- und Fachkräftemangel betroffen, selbst die scheinbar krisensicheren“, berichtet sie aus dem Austausch mit anderen Betriebsräten. „Maßnahmen kommen aus heiterem Himmel. Wir müssen wachsam sein und reagieren.“

Nicht akzeptabel seien Arbeitgeberentscheidungen, hinter denen keine Logik erkennbar sei. „Ich lehne es ab, wenn Personalabbau als scheinbar einfachster Weg gewählt wird, auf Kosten der Beschäftigten, ohne sich die Mühe zu machen, nach Alternativen zu suchen.“ Trotz aller Herausforderungen waren alle Teilnehmenden der Betriebsrätekonferenz zuversichtlich. „Wir haben noch immer viel Energie, um uns auszutauschen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen.“ ■



1.828

Vertrauensleute engagieren sich im Landesbezirk Nord.

Rocker mit Mission

Zwei Welten, ein Gedanke: Als Gewerkschaftssekretär ist Leon Kunkel zuständig für die Jugendarbeit. Privat hat er eine eigene Band. Für beides gilt: „Ich will Menschen bewegen.“

Text Karin Aigner

Es ist Freitagnachmittag. Leon Kunkel, 28, aus dem Landesbezirk Nordost macht sich letzte Notizen in seinem Aufgabenkalender für die kommende Woche: Ein Warnstreik steht an und Gespräche mit einer JAV-Runde. Auf diese freut sich der frischgebackene Gewerkschaftssekretär im Landesbezirk Nordost besonders. Denn sein Hauptaufgabenfeld ist die gewerkschaftliche Jugendarbeit.

Aber jetzt ist er erst einmal on the road und fährt in Richtung Frankfurt. In ein paar Stunden wird man kaum glauben, dass es sich um ein und dieselbe Person handelt. Dann

wird der ohnehin nicht übersehbare Gewerkschaftssekretär – er ist 1,90 Meter groß – zum Star auf der Bühne, tauscht Jeans und Polohemd gegen schwarze, kultige Lederklamotten. Der „Riese“ mit Vollbart ist Frontsänger und Gitarrist einer eigenen Band mit Namen First Damage (erster Schaden). Seine Musik: Rock und Heavy Metal. Die Mischung: kraftvolle Gitarrenriffs, dröhnende Bässe, hämmernde Schlagzeugbeats und martialischer, zugleich aber melodischer Gesang.

Aufgewachsen im nordhessischen Philippsthal, nur 500 Meter von Thüringen entfernt, bekam

der fünfjährige Leon seine erste Gitarre. Seine Vorbilder: der irische Onkel, Countrymusik und Irish Folk. Einflüsse daraus finden sich immer wieder in seinen Songs.

Seine Eltern achteten darauf, dass ihr Sohn trotz seiner musikalischen Leidenschaft „etwas Ordentliches“ lernt. So absolvierte Leon Kunkel eine Ausbildung zum Industriemechaniker bei K+S im Werk Werra und arbeitete dort nach der Übernahme als Schlosser. „Bis heute ist es für mich keine Frage, dass ein guter Beruf wichtiger ist als jedes noch so schöne Hobby!“ Außerdem merkte er schon während der Ausbildung, wie wichtig es ist, sich für andere einzusetzen, und so wurde er Gewerkschaftsmitglied. Er wurde Vorsitzender der Jugendvertretung sowie der Gesamtjugendvertretung bei K+S und bekleidete viele gewerkschaftliche Ämter in der IG BCE.

Wie sich Gewerkschaftsarbeit und Bühnenkarriere vereinbaren lassen? „Da hat die Digitalisierung einen großen Beitrag geleistet. Zum Glück kann man heute auch aus der Ferne miteinander reden und an neuen Songs arbeiten. Und reisen muss man ja in beiden Jobs viel, also ist



Im Einsatz für die IG BCE: Leon Kunkel mit Gewerkschaftssekretär Jan Obramski und den Teamassistentinnen Anna-Lena Fison und Fatbardhe Kastrati (von links).



Fotos (3): IGBCE Kassel, privat, IGBCE Lausitz

auch das keine große Umstellung.“ Und noch mehr Gemeinsamkeiten gibt es: „Man muss beide Gruppen emotional packen. Der Unterschied ist, dass es bei der gewerkschaftlichen Ansprache auf Glaubwürdigkeit und Authentizität ankommt. In der Musik geht es darum, eine Show abzuliefern. Dabei kann man auch mal aus einer Rolle ausbrechen, aber das muss zum Gesamtbild und zu einem selbst passen.“

Ob es ihm durch seine Bühnenauftritte leichter fällt, vor großen Gruppen zu sprechen, zum Beispiel bei einer Kundgebung? Leon Kunkel lacht: „Das kann schon sein.“ Wichtig sei ihm aber vor allem eines: „Interessante Menschen mit den unterschiedlichsten Hintergründen zusammenzubringen und gemeinsam für eine etwas bessere Welt einzutreten.“ ■

Schwarzheide

Grüner Besuch



Teilweise große Übereinstimmung zwischen Gewerkschaft, Unternehmen und Politik: Jürgen Fuchs, Ute Liebsch, Enrico Symanzig, Katharina Dröge und Isabell Hiekel (von links).

Im August besuchte Katharina Dröge, Mitglied des Bundestags (MdB) und Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, die BASF in Schwarzheide. Unter anderem ging es bei dem Treffen um den Strukturwandel in der Lausitz im Allgemeinen und bei der BASF Schwarzheide im Konkreten.

Das Unternehmen setzt mittlerweile auf die Zulieferung von Batteriebestandteilen für die Elektromobilität. Darum ging es unter anderem. Ein weiterer Themenschwerpunkt war der derzeitige Industriestrompreis. Hier legte besonders der Geschäftsführer der BASF Schwarzheide, Jürgen Fuchs, den Finger in die Wunde: Investitionen würden verschoben oder gar in Deutschland gestrichen.

Es gab eine große Übereinstimmung mit Katharina Dröge darüber, dass der wettbewerbsfähige Brückenstrompreis kommen muss. Ute Liebsch, IGBCE-Bezirksleiterin Lausitz, fasste ihren Eindruck zusammen: „Die Einsicht, dass die Industrie wettbewerbsfähige Strompreise braucht, hat mich überrascht. Jetzt muss die Erkenntnis nur noch von der Regierung umgesetzt werden.“ ■

Tarifmeldungen

Kunststoff – Deventer Profile: +5 Prozent, Einführung betrieblicher Altersvorsorge, Urlaubsgeld auf 40 Euro pro Urlaubstag erhöht, einmalig 350 Euro, auf 10 Monate.
Industriedienstleister – Infra-Zeitz: Insgesamt 3.000 Euro Inflationsausgleichsprämie, Erhöhungen der Nachtschichtzulage, Urlaubsgeld, Jahresleistung.

Industriedienstleister – AEL Apparatebau Leisnig: 2.860 Euro Inflationsausgleichsprämie, auch für Azubis und Teilzeitbeschäftigte, insgesamt bis zu +7 Prozent sowie +150 Euro Lohnerhöhung, +150 Euro für Azubis, auf 24 Monate.

Chemie – InfraLeuna: +6,5 Prozent, 3.000 Euro Inflationsausgleichs-

prämie, Einmalzahlungen von insgesamt 800 Euro und 4×11,5 Prozent des tariflichen Monatsentgelts, auf 20 Monate.

Lehre und Forschung – DBI Gas- und Umwelttechnik: Insgesamt +9 Prozent, insgesamt 3.000 Euro Inflationsausgleichsprämie, Azubis 1.500 Euro, insgesamt +150 Euro Azubivergütung, auf 24 Monate.

Chemie – DHW Rodleben: +6,5 Prozent mehr Entgelt, Erhöhung der Erfahrungsstufen im Entgeltgitter, 1.500 Euro Inflationsausgleichsprämie, Azubis 500 Euro.

Kautschuk – MaTech: Insgesamt +400 Euro, 2.550 Euro Inflationsausgleichsprämie, Reduzierung der Arbeitszeit, auf 24 Monate. ■

Dresden-Chemnitz

Ein Tag zum Wandern

Wo das Erzgebirge beginnt und das Elbsandsteingebirge endet: Unter diesem Motto stand der Wandertag des Bezirksfrauenausschusses Dresden-Chemnitz in Bad Gottleuba-Berggießhübel. 18 Mitglieder nahmen gut gelaunt teil und tauschten sich auch über gewerkschaftliche Themen aus. Silke Günter vom Bezirksfrauenausschuss Dresden-Chemnitz zieht ein positives Resümee: „Das ist ein klares Zeichen dafür, dass unser Frauennetzwerk funktioniert. Danke an alle, die mitgemacht haben.“ ■



Berlin

Der AVEU-Krimi

Die Tarifrunde im AVEU (Arbeitgeberverband energie- und versorgungswirtschaftlicher Unternehmen) mutierte in diesem Jahr wegen der Spannung zu einem Krimi. Bereits am 24. und 25. April trafen sich 40 ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen mit den Hauptamtlichen der IGBCE und Verdi, um eine Strategie für ein starkes Auftreten zum Verhandlungsstart im August zu planen. Vereinbart wurde, dass frühzeitig mit Infoständen und -veranstaltungen auf die Notwendigkeit eines gesteigerten Organisationsgrads hingewiesen werden sollte. Das Ziel: 500 neue Mitglieder pro Gewerkschaft. Sollte dieses Ziel nicht erreicht werden, wollte man den Start der Tarifverhandlungen verschieben.

Boris Loew, stellvertretender Landesbezirksleiter Nordost: „In den folgenden vier Monaten haben

alle Beteiligten Hunderte Gespräche geführt. Nicht immer sind wir dabei auf Verständnis gestoßen. Trotzdem haben wir schnell Erfolge erzielen können.“ Das Ziel von 500 neuen Mitgliedern wurde dennoch knapp verfehlt und der erste Verhandlungstermin abgesagt. Dies hatte allerdings zwei bemerkenswerte Effekte. Im Anschluss wurde noch einmal eine große Welle von Eintritten verzeichnet; und gegenüber den Arbeitgebern setzte es ein klares Zeichen: Ohne starke Gewerkschaften geht es nicht.

Bis zum Herbst blieb abzuwarten, ob die Arbeitgeber bereit waren, das Engagement durch die Mitgliedschaft in der IGBCE mit einem Bonus zu honorieren. Boris Loew: „Eines ist sicher: Einen Zuwachs in der Form und in dieser Kürze der Zeit haben wir im Bereich des AVEU noch nie erlebt.“ (Bei Redaktionsschluss liefen die Verhandlungen noch.) ■

Dresden

Betriebsrätepreis für Halbleiterhersteller Globalfoundries

Was war das für eine aufregende Berg-und-Tal-Fahrt zwischen Wut, Sorge und Hoffnung. Auch dank des starken Engagements der Betriebsratsmitglieder ist es der IGBCE im April 2023 gelungen, Globalfoundries nach zehn Jahren Kampf in die Tarifbindung zu führen. Deshalb hat der Betriebsrat eines der größten Halbleiterhersteller in Deutschland jetzt den sächsischen Mitbestimmungspreis erhalten.

Seit seiner Gründung 2011 hat der Betriebsrat zahlreiche Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen erreicht und erfolgreich gegen immer wieder drohenden Beschäftigungsabbau gekämpft. Gegenüber

Angriffen des Arbeitgebers hat er sich mit Mut und Verstand zur Wehr gesetzt. Philipp Zirzow, Bezirksleiter Dresden-Chemnitz: „Das so lange durchzuhalten ist nicht nur anstrengend, es beweist auch enormes Rückgrat. Globalfoundries ist damit ein wichtiger Leuchtturm nicht nur der Mitbestimmung, sondern auch der Tarifbindung geworden!“

Zirzow sieht die Branche weiter in der Verantwortung: „Wir erwarten, dass internationale Manager nicht nur strahlende Augen wegen der Milliardenförderungen aus dem EU-Chip-Act bekommen, sondern sie sinnvoll einsetzen. Sie sollen sehen, dass wir in Deutschland Betriebsräte



Ausgezeichnet für sein besonderes Engagement: der Globalfoundries-Betriebsrat.

und Tarifverträge haben und diese auch durchsetzen werden.“ ■

Halle-Magdeburg

Neuer Bezirksleiter

„Ich weiß den Bezirk und mein Team bei dir in guten Händen!“ Mit diesen Worten wünschte Sylke Teichfuß ihrem Nachfolger im Bezirk Halle-Magdeburg alles Gute. Teichfuß hat den Bezirk sechs Jahre geleitet und verlässt ihn auf eigenen Wunsch und aus privaten Gründen. Ab 1. September ist sie wieder in ihrem Heimatbezirk Dresden-Chemnitz tätig.

Norman Friske bisher Bezirksleiter für die IG BCE in Leipzig, tritt zum 1. September die Nachfolge von Sylke Teichfuß im Bezirk Halle-Magdeburg an. Aufgewachsen in Gröbzig bei Köthen, ließ sich Norman Friske nach seinem Studium des Wirtschaftsrechts 2010 als Trainee zum Gewerkschaftssekretär in Düsseldorf und Mannheim ausbilden. Es folgte Dresden-Chemnitz.

Der 39-Jährige kennt den gesamten Landesbezirk Nordost sehr gut und freut sich auf die neue Tätigkeit: „Privat wohne ich in der Nähe von Halle, weshalb ich nicht umziehen muss und sogar einen kürzeren Arbeitsweg habe, wenn es dann mal ins Büro geht und nicht direkt in die Betriebe im Bezirk.“ ■



3 Fragen an ... Norman Friske

Der neue Bezirksleiter Halle-Magdeburg über seinen Wechsel und seinen künftigen Tätigkeitsbereich.



Glückwunsch zur neuen Aufgabe! Fällt dir der Umzug von Leipzig nach Halle-Magdeburg schwer?

Nach all den Jahren den Bezirk Leipzig zu verlassen fällt mir nicht leicht. Andererseits freue ich mich auf meine neue Herausforderung. Es ist aber keine Floskel, wenn ich sage, dass ich den Bezirk Leipzig mit einem lachenden und einem weinenden Auge verlasse, denn es hat mich dort ein tolles Team im ehrenamtlichen und im hauptamtlichen Bereich begleitet. Deshalb auch an dieser Stelle noch mal ein großes Dankeschön nach Leipzig.

Du übernimmst einen Bezirk mit einer guten Mitgliederentwicklung. Trotzdem stehst du vor einem Berg neuer Herausforderungen. Worin siehst du die größte Aufgabe?

Die größte Herausforderung ist im Gesamtpaket der anstehenden Veränderungsprozesse enthalten. Aktuell sehe ich einen zunehmenden Druck auf unsere Branchen durch die hohen Energiekosten. Wir brauchen einen Brückenstrompreis, um unsere

Industrien zu entlasten, damit diese wieder Spielraum für Zukunftsinvestitionen haben. Das sichert Arbeitsplätze und schafft uns Gestaltungsspielraum.

Was sind deine nahen und fernen Ziele?

Um mich in die aktuellen Themen einzuarbeiten, werde ich kurzfristig die handelnden Akteure vor Ort kennenlernen. Dazu gehört natürlich unter anderem, dass wir uns im Team neu aufstellen und schnell gut zusammenfinden. Ich freue mich auch auf die Zusammenarbeit mit dem Bezirksvorstand, den Vertrauensleuten und sämtlichen weiteren Gremien. Langfristig möchte ich zwar an bewährten guten Dingen festhalten, aber ebenso neue entwickeln, um als Bezirk weiterhin erfolgreich zu sein oder eben noch erfolgreicher zu werden. Auf jeden Fall bin ich offen für neue Dinge und freue mich über jede Anregung. Weiterhin gilt es, die Mitbestimmung zu stärken und auszubauen und den Fokus dafür auch auf neue Betriebe zu legen. ■

Schwedt

Azubis in der Wildnis

Die Wildnisschule Teerofenbrücke in Schwedt ist ein Ort beeindruckender unberührter Natur und steht im Zeichen der Umweltbildung. Genau richtig für die Azubis der PCK Raffinerie, die auch dieses Jahr wieder ihre traditionelle Kennenlernfahrt dorthin machten. Sie waren sich einig: „Gerade in Bezug auf die



künftige Entwicklung der Raffinerie ist eine gute Ausbildung wichtig. ■



Grenzenloser Dialog: In den Workshops tauschten sich die Teilnehmenden landesbezirksübergreifend aus.

Transformation – nicht ohne uns

Über die Probleme und Chancen in der Transformation – industriepolitisches Symposium der Landesbezirke Nordrhein und Westfalen.

Text und Fotos Leo Kölzer

Wir stehen vor enormen Herausforderungen und müssen aufpassen, dass der Industriestandort Deutschland nicht abgehängt wird“, sagte Thomas Meiers zu Beginn des zweitägigen Symposiums vor den rund 150 teilnehmenden Betriebsrätinnen und -räten sowie Funktionärinnen und Funktionäre der IGBCE. Für den westfälischen Landesbezirksleiter ist es deshalb wichtiger denn je, dass „wir Fachwissen, Kompetenz und Erfahrungen untereinander bündeln. Lasst uns gemeinsam an der Zukunft für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen arbeiten.“

Das politisch gewollte Ziel ist klar: Bis zum Jahr 2045 soll Deutschland klimaneutral werden. Für die Industrie bedeutet das, dass Produkte und Prozesse in den kommenden 23 Jahren an das Null-Emissionen-Ziel angepasst werden müssen. „In den kommenden Jahrzehnten wird dadurch nicht nur der Strombedarf aus erneuerbaren Quellen massiv steigen, sondern auch die Notwendigkeit, dass dieser Strom bezahlbar ist“, betont Francesco Grioli, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der IGBCE, der wie auch Andrea Arcais, Geschäftsführer der Stiftung Arbeit und Umwelt, einen interessanten Impulsvortrag hielt.

Der Austausch steht im Fokus

All das, gepaart mit der aktuell angespannten wirtschaftlichen Lage in der deutschen Industrielandschaft, sorgt in vielen Betrieben jetzt schon für enorme Sorgenfalten. Dialog und Erfahrungsaustausch untereinander sowie die Abstimmung kollektiver Ziele standen deshalb im Fokus des ersten gemeinsamen industriepolitischen Symposiums der Landesbezirke Nordrhein und Westfalen. Die praktischen Mittel im Rahmen des Symposiums dazu:

vier vertiefende Diskussionspanels zu den Themen Dekarbonisierung, Digitalisierung, Deglobalisierung und Demografie. Darauf aufbauend schlossen sich Workshops zu den betrieblichen Herausforderungen, dem strategischen Vorgehen der Mitbestimmung, den Rollen der beiden Landesbezirke dabei und den Standpunkten der IGBCE für eine moderne Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen an.

Die in diesem Rahmen erarbeiteten Konzepte sollen nun in den Landesbezirks- sowie in den Bezirksvorständen diskutiert und weiter vertieft werden. „Das werden spannende Prozesse. Wir freuen uns darauf, die interessanten Ideen weiterzuentwickeln“, erklärt Frank Löllgen, Landesbezirksleiter der IGBCE in Nordrhein.

Herausforderungen werden mehr

„Dass die Transformation der Industriegesellschaft eine Jahrhundertaufgabe ist, wissen wir nicht erst seit gestern“, sagt auch Patrick Wiesner, Konzernbetriebsratsvorsitzender der NSG Group, zu der auch das Pilkington-Werk in Gladbeck gehört. „Und trotzdem hat man in Deutschland das Gefühl, dass politische Entscheidung mehr aus einer kurzfristigen Reaktion entstehen, als dass sie von langer Hand geplant werden.“ „Es wird immer komplexer und dynamischer“, sagt auch Heike Hausfeld, Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Bayer AG. Das liege nicht nur an fortlaufenden Veränderungen durch Umstrukturierungen, Transformations-themen, Arbeitsschutz und Präventionsfragen. Die Themen seien insgesamt vielfältiger geworden.

„All dem müssen wir verstärkt mit Bildung und Qualifizierung begegnen“, zeigt Petra Kronen, Vorsitzende des Covestro-Gesamtbetriebsrats, auf. „Das ist nicht zuletzt auch der Schlüssel, um Tendenzen in Richtung AfD aufzuhalten.“ ■



In den Kleingruppen kamen alle zu Wort. Einzelne Themenschwerpunkte wurden anschließend präsentiert.



Rund 150 Gäste verfolgten das Symposium mit Francesco Grioli, Thomas Meiers und Andrea Arcais.



Köln

Sicher im Wandel



Blickrichtung Zukunft: Birgit Biermann (Mitte) im Austausch mit Armando Dente (Zweiter von rechts) und weiteren Gästen.

Buntes Programm bei bestem Wetter – der Einladung des Bezirks Köln-Bonn ins Feierabendhaus am Chemiapark Knapsack folgten rund 85 Kolleginnen und Kollegen aus Betriebsratsgremien, Vertrauenskörpern, Ortsgruppen sowie von Bezirksfrauenausschuss (BFA) und Bezirksjugendausschuss (BJA) zur Konferenz. Auch die frischgewählte stellvertretende Vorsitzende der IG BCE, Birgit Biermann, folgte der Einladung.

Eingestimmt auf das Thema der Konferenz „Sicher im Wandel – die Transformation der Industrie intelligent gestalten“ wurden die Teilnehmenden durch ein Video mit einer Einschätzung des Abteilungsleiters Transformation des DGB NRW, Jörg Weingarten, und der Bezirksvorstandsvorsitzenden Joline Macek.

Wichtig: energieintensive Industrie Weingarten zeigte anhand von Zahlen, Daten und Fakten auf, wie bedeutsam die energieintensiven Industrien mit ihrer Wirtschaftsleistung sowie Beschäftigtenanzahl

für das Rheinland, aber auch für die gesamte Bundesrepublik sind. Joline Macek bekräftigte, dass es das Ziel sei, „Arbeitsplätze zu sichern und die Standorte langfristig zu erhalten“. Um die aktuellen Herausforderungen und die gesamte Transformation der Industrie erfolgreich gestalten zu können, benötige man die Unterstützung aller. „Das können wir nur gemeinsam“, betonte sie.

Es folgte eine Keynote des Innovationsexperten Friedrich Große-Dunker zum Thema „Wandel neu denken: Warum tun sich Organisationen mit Transformation so schwer?“ und ein spannender Marktplatz mit sieben Ständen, unter anderem von der Technologieberatungsstelle beim DGB NRW (TBS NRW), der IG BCE-Abteilung Gute Arbeit und Betriebspolitik, der Stiftung Arbeit und Umwelt sowie dem Landesbezirk Nordrhein.

In den anschließenden Workshops tauschten sich die Teilnehmenden über die Herausforderungen in ihren Unternehmen aus und

entwickelten Lösungsideen, die im Nachgang zur Konferenz vom Bezirksvorstand weitergenutzt werden sollen.

Gemeinsam stärker

Birgit Biermann hob während der abschließenden Diskussionsrunde hervor, dass „die IG BCE derzeit die Interessen unserer Mitglieder auf allen Ebenen“ vertrete. „Wichtig ist, dass wir als IG BCE durch unsere Mitgliederstärke hierbei Rückenwind erhalten.“ Die Vorsitzenden des Bezirksvorstands stellten fest, dass Investitionen, Bekenntnisse der Unternehmen zum Standort Deutschland sowie eine starke Sozialpartnerschaft elementar für die Zukunft seien. Bezirksleiter Armando Dente betonte abschließend, dass „die Transformation kein Sprint ist, sondern ein Dauerlauf“. Deshalb werde der Bezirk die Thematik in den kommenden Jahren weiterhin engmaschig begleiten. „Wir werden alles geben, um den Wandel in unseren Betrieben im Sinne der Beschäftigten bestmöglich mitzugestalten!“ ■

3 Fragen an ... Lyudmyla Volynets

Die neue stellvertretende Landesbezirksleiterin über die Themen heute und in der Zukunft.



Was bedeutet dir die neue Aufgabe in Nordrhein?

Ich freue mich riesig auf die neue Aufgabe im Landesbezirk. Da ich schon vor meinem Wechsel nach Hannover mehrere Jahre im Bezirk Köln-Bonn tätig war, komme ich jetzt sozusagen wieder zurück zu meinen Wurzeln. Das macht meinen Start deutlich einfacher. Was mich hier so begeistert, ist, wie viel wir gemeinsam bewegen können, wenn wir Teil einer starken Gemeinschaft mit vielen engagierten Kolleginnen und Kollegen sind. Für mich als gebürtige Ukrainerin ist das nicht selbstverständlich. Die Energie unserer Mitglieder und Aktiven in Nordrhein möchte ich nutzen, um bei den Zukunftsthemen richtig anzupacken. Und für mich als Privatperson ist es natürlich auch schön, wieder in Nordrhein zu wohnen.

Welche Themen spielen aus deiner Sicht in den kommenden Monaten eine zentrale Rolle?

Es sind vielfältige Themen, und ich finde es spannend, gerade in dieser Zeit dabei zu sein. Bei der Industrie- oder der Tarifpolitik beispielsweise

müssen wir uns für neue Rahmenbedingungen und Entlastung der Beschäftigten einsetzen. Wir müssen aber auch bei den Organisationsthemen mitwirken, damit unsere IGBCE für die Zukunft gut aufgestellt ist. Auch KAAT.net – unser Angebot für Kaufleute, Akademikerinnen, Akademiker und außertariflich Beschäftigte (AT) – liegt mir am Herzen. Die IGBCE vertritt die Interessen aller Beschäftigtengruppen.

Wie fällt deine Prognose für den Landesbezirk im Jahr 2033 aus?

Ich sehe einen modernen Landesbezirk mit viel Gestaltungskraft, positiver Energie und kreativen Ideen. Denn so kenne ich die Menschen in Nordrhein. Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir auch in zehn Jahren auf ein breites, einflussreiches Netzwerk und eine starke Gemeinschaft zählen können. An den alten und neuen Themenfeldern wird es auch dann sicherlich nicht fehlen. Diese werden wir aber auch in einem Jahrzehnt wirksam mitgestalten und mitbeeinflussen. Denn das macht Gewerkschaft aus. ■

Foto: IGBCE

Nordrhein

Neu in der Leitung

Einstimmig gewählt und mit starkem Rückenwind gestartet: Seit 1. Oktober ist Lyudmyla Volynets neue stellvertretende Landesbezirksleiterin im Landesbezirk Nordrhein.

Damit trat sie die Nachfolge von Thomas Meiers an, der zum 1. März 2023 die Landesbezirksleitung in Westfalen übernommen hatte. Der Landesbezirksvorstand Nordrhein folgte mit der Wahl dem Vorschlag des geschäftsführenden Hauptvorstands der IGBCE. Die 41-jährige Lyudmyla Volynets ist seit mehr als zwölf Jahren hauptamtlich für die IGBCE tätig und war bereits in verschiedenen Funktionen auf Bundesebene aktiv.

Seit dem Jahr 2020 arbeitete sie als Fachsekretärin in der Abteilung Gute Arbeit und Betriebspolitik in Hannover, zuständig für kaufmännische, akademische und außertariflich Beschäftigte (KAAT). Davor war sie acht Jahre lang im Bezirk Köln-Bonn tätig. Dort engagierte sie sich unter anderem in der Betriebsbetreuung mit dem Schwerpunkt auf Pharma- und Biotechbetriebe, ferner für Jugend- und Frauenarbeit sowie Leiharbeit. ■

Nordrhein

Unternehmen im Revier können Förderung beantragen

Nach engagiertem Einsatz der IGBCE Nordrhein in den Gremien der Zukunftsagentur Rheinisches Revier ist es gelungen, Fördermöglichkeiten für dort ansässige Unternehmen anzustoßen. „Wir haben viel Zeit in Diskussionen verloren, weil wir die Bedarfe unserer Branchen immer wieder darstellen mussten. Endlich ergeben sich

Möglichkeiten“, sagt der zuständige Gewerkschaftssekretär Ömer Kirli. Geplant sind Förderaufrufe, die auf einen Strukturwandel einzahlen und „nachhaltiges Wirtschaften“ im Fokus haben.

Die IGBCE konnte die Kriterien Tarifbindung und Mitbestimmung als wesentliche Punkte in den Förderrichtlinien verankern.

„Wir laden unsere Kolleginnen und Kollegen dazu ein, die Gelegenheit zu nutzen und uns anzusprechen. Wir unterstützen gern im Prozess“, betont Kirli.

Weitere Informationen gibt es unter www.rheinisches-revier.de oder nach einer E-Mail an den zuständigen Landesbezirkssekretär Ömer Kirli unter oemer.kirli@igbce.de. ■



Eine Klasse Mannschaft: Die Landesbezirksjugend Rheinland-Pfalz/Saarland.

Gewerkschaft? Klar!

Stolz sind die Mitglieder des Landesbezirksjugendausschusses und die für Jugend zuständigen Sekretärinnen und Sekretäre auf das, was sie in ihrer Klausur gemeinsam entwickelten, um junge Menschen von der IGBCE zu überzeugen.

Text Axel Stefan Sonntag

Viel hatten sich die Landesbezirksjugendausschuss-Mitglieder (LBJA-Mitglieder) und die für Jugend zuständigen Sekretärinnen und Sekretäre für ihre fünftägige Klausur vorgenommen: Was können wir (Neues) tun, um junge Menschen, die ins Berufsleben einsteigen, für die IGBCE zu begeistern? Hierzu entwickelten die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter tagsüber neue Ideen, die sie in Konzepte übertrugen. Das Ergebnis: In Rheinland-Pfalz und im Saarland erfahren neue Auszubildende und dual Studierende über gleich mehrere Stufen, was ihnen die IGBCE bietet. „Das beginnt bei einem zweiseitigen Brief, geht über Begrüßungsveranstaltungen und -feste in den Bezirken und den Betrieben bis hin zu einem ‚How to Ausbildung‘-Heft und interaktiven Jugend- und Auszubildenden-Versammlungen“, fasst Landesbezirksjugendsekretär Nils Winterheimer zusammen.

Gerade für Letztere haben die LBJA-Mitglieder einen ganzen „Ideenkoffer“ entwickelt. „Damit geben wir den Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) die Möglichkeit, ihre Versammlungen so zu gestalten, dass sie richtig spannend werden“, sagt Nils Diesel, JAV- und Jugendreferent im Bezirk Ludwigshafen. Um beispielsweise schnell ein Stimmungsbild zu verschiedenen Ausbildungsthemen einzuholen, sind Abstimmungen mit Tischtennisbällen und Plexiglasröhren möglich. „Jede JAV kann sich gern bei uns melden.“ Die JAV der BASF Digital Solutions hat das Angebot bereits genutzt, um junge Menschen zum absehbaren Fachkräftemangel und zur notwendigen Zahl an Ausbildungsplätzen abstimmen zu lassen.

Überhaupt fand und findet bei der BASF naturgemäß viel statt, was die Begrüßung der rund 730 Berufseinsteigerinnen und -einsteiger betrifft. „Seit September und noch bis Dezember wollen wir mit jeder Klasse einen

gesamten Tag verbringen und uns als JAV gemeinsam mit dem Betriebsrat vorstellen“, sagt Sarah-Maria Eckrich, JAV-Mitglied bei der BASF SE. Die im Rahmen der Klausur entwickelten Infos teilen sie und ihr Team bei dieser Gelegenheit gleich aus. Weitere Kontakte ergaben sich beispielsweise beim Azubisommerfest, das traditionell jedes Jahr in Ludwigshafen stattfindet – Grillen, Musik und Aktionen inklusive. „Das gegenseitige Speed-Kennenlernen kam besonders gut an, weil viele so erfahren, wo welche jungen Kolleginnen und Kollegen was arbeiten“, sagt Eckrich mit Freude.

„
**„Wir setzen
uns als Team
für junge
Leute ein.**

Nils Winterheimer,
Landesbezirksjugendsekretär

Nicola Milano, JAV- und Jugendreferent für die Bezirke Mittelrhein und Mainz, lobt das Engagement der jungen Menschen im Bezirksjugendausschuss Mittelrhein. Riesig ist das Interesse an der viertägigen kostenlosen Bildungsfahrt nach Berlin vom 16. bis zum 19. Oktober, für die sich IGBCE-Mitglieder freistellen lassen können. „Es gibt sogar schon einige Personen auf der Nachrückliste“, berichtet Milano.

„Wir sind ein Megateam. Ich bin stolz auf dieses Zusammengehörigkeitsgefühl“, kommentiert Landesbezirksjugendsekretär Nils Winterheimer. „Wir sind auf dem besten Weg, auch dieses Jahr wieder so viele neue junge Menschen von uns zu überzeugen wie im vergangenen.“ ■



Die IGBCE ist nah dran an den Berufseinsteigerinnen und -einsteigern: Begrüßungsfeste und JA-Versammlungen (von oben nach unten) bei Boehringer Ingelheim, Villeroy & Boch, Zeller Plastik und der BASF.

Natzwiller

Nie wieder!

Sehr betroffen zeigten sich die rund 20 Mitglieder aus der Ortsgruppe Zweibrücken nach ihrem Besuch des ehemaligen NS-Konzentrationslagers Struthof in Natzwiller (Elsass). „Angekommen am Bahnhof Rothau, erfuhren wir, dass genau hier die Häftlinge nach dreitägiger Bahnfahrt unter menschenunwürdigen Bedingungen per Viehwagen ankamen“, berichtet Willi Schwarz, Schriftführer der Ortsgruppe.

Die Nazis deportierten Bürgerinnen und Bürger mehrerer Länder, darunter Frankreich, Holland und Norwegen, ins Elsass. Die Gestapo ließ Widerstandskämpfer aus dem Elsass und aus Lothringen erschießen. In dem Lager, das für 1.500 Häftlinge vorgesehen war, wurden rund 6.000 Menschen zusammengepfercht.

Referent Werner Hillen von der Stiftung Demokratie Saarland, der die Gruppe begleitete, wies darauf hin, dass in dem Lager auch Ärzte Versuche an Menschen vornahmen. Auf deren Anordnung wurden die Opfer sogar in der Gaskammer ermordet. „Wir können nur hoffen, dass wir in Europa weiter in Frieden leben können. Denn es gibt leider auch in der heutigen Zeit Herrscher, die meinen, Kriege führen zu müssen“, kritisiert Schwarz. ■



Das Lagertor des Konzentrationslagers Struthof.

Neuwied

Rüstzeug für Vertrauensleute



Auftaktveranstaltung zum VL-Projekt des Bezirks Mittelrhein: Viele interessieren sich für das Amt der Vertrauensperson.

Schon seit Mitte des Jahres hat der Bezirk Mittelrhein die im Frühjahr bevorstehenden Vertrauensleutewahlen (VL-Wahlen) fest im Blick. Als „Kick-off“ stellte Michael Porschen, in der Hauptverwaltung in der Abteilung Arbeits- und Betriebspolitik für die VL-Arbeit zuständig, in einer Bezirksvorstandssitzung den Mitgliedern Rolle und Bedeutung der VL in der IG BCE vor. Ebenso informierte Porschen interessierte Vertrauensleute darüber, wie sie ihr Ehrenamt stärken und sich diesbezüglich fortbilden können. Zum Beispiel mit dem vom Bezirk initiierten Programm zur Qualifizierung: Eine dreiteilige Seminarrunde, die interessierte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter dazu einlädt, als Vertrauensperson zu kandidieren. „Das Projekt soll engagierte ausgewählte Vertrauensleute dazu befähigen, nach den Wahlen im nächsten Jahr Verantwortung im Gremium zu übernehmen und eine aktive Arbeit im Betrieb zu gestalten“, erklärt Gewerkschaftssekretär Tobias Paulus.

Arbeitsbedingungen verbessern

Mit dabei ist unter anderem Miriam Melzbach. Die in der

Logistik von TMD Friction tätige Gewerkschafterin ist derzeit stellvertretende Vertrauensfrau. „Zwar nehme ich schon an vielen Sitzungen teil, aber so ganz klar sind mir meine Möglichkeiten noch nicht“, sagt sie. Ein Grund dafür, dass sie sich angemeldet hat. „Erste Informationen, etwa relevante Gesetze, habe ich bereits erhalten. Nun freue ich mich darauf, mehr Details darüber zu erhalten, wie Vertrauensleute die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verbessern können.“ Wie in vielen anderen Betrieben sind auch in ihrem Personalmanagement und Arbeitsverdichtung Themen, die sie umtreiben.

Angebot läuft bis Ende Januar

Wie man als Vertrauensperson solche Herausforderungen angehen und gemeinsam mit dem Betriebsrat lösen kann, wird sie in der Seminarreihe erfahren. Unter teilweiser Inanspruchnahme der gesetzlichen Bildungsfreistellung vermitteln Referentinnen und Referenten, was Vertrauensleute beispielsweise tun können, um mit der Planung und der Umsetzung von Kampagnen an einer erfolgreichen Tarifarbeit mitzuwirken. Noch bis Ende Januar läuft das Qualifizierungsangebot. ■

Schiffweiler

Erinnerungen an den Bergbau

Bei bestem Wetter und mit vielen verschiedenen musikalischen Darbietungen fanden in Heiligenwald/Saar die drei Tage andauernden „Bergmannstage“ statt. Auch die ehemaligen Bergleute des Bergmannvereins waren mit ihren Uniformen und Fahnen vor Ort.

Die 41. Veranstaltung dieser Art der Gemeinde Schiffweiler erinnert an die Arbeit im Bergwerk Landsweiler-Reden (hier bauten die Kumpel in fünf Schächten

knapp 150 Jahre lang Steinkohle ab) und der Schachanlage Itzenplitz. Am Itzenplitzer Weiher steht noch heute das Pumpenhaus, welches das Grubenwasser aus dem Bergwerk förderte.

Nach dem traditionellen Bergmannsfrühstück und einem ökumenischen Gottesdienst am Sonntag fand das Fest mit dem gemeinsamen Singen des Steigerliedes einen würdevollen Abschluss. ■



Waldalgesheim

Mitglieder feiern Sommerfest

Das alljährliche Sommerfest ist eine Institution bei den Ruheständlerinnen und Ruheständlern im Bezirk Mainz. Ende August war es wieder soweit. Die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus den Regionen Bad Kreuznach, Bingen und Ingelheim trafen sich bei Spießbraten mit Kartoffelsalat.

Besonders freute sich Vorstandsmitglied Heinz Schulz, den 95-jährigen Kollegen Ferdi

Osterhoff bei bester Gesundheit begrüßen zu dürfen. Osterhoff trat 1949 in die damalige Bergbaugewerkschaft ein – dem Jahr, in dem die Bundesrepublik Deutschland gegründet wurde.

In vielen Gesprächen, sei es über die Vergangenheit oder die aktuellen politischen Rahmenbedingungen, wurde klar: Alle Mitglieder unterhielten sich bestens und freuen sich auf ein baldiges Wiedersehen. ■

Schiffweiler/Ottweiler

Jubilare geehrt

Die Ortsgruppen (OG) Schiffweiler (oberes Foto) und Ottweiler (unteres Foto) sprachen ihren langjährigen Gewerkschaftsmitgliedern ihren besonderen Dank aus. Zur Ehrung in Schiffweiler waren Landrat Sören Meng und Heiko Metzger, IGBCE-Betriebsleiter Saarbrücken, zu Gast, die gemeinsam mit dem Ortsgruppenvorsitzenden Klaus-Dieter Woll den Frauen und Männern dankten. Besondere Anerkennung galt Hans-Dieter Kloos, der seit 75 Jahren Mitglied der IGBCE ist.

Bei der Veranstaltung der Ortsgruppe Ottweiler wurden Vorstandsmitglied Bernd Migenda, Rüdiger Glaubitz und Viktor Werle vom Vorsitzenden Jörg Dammann ebenso vor Ort geehrt wie Holger Gerber (im Foto unten von links). Ebenso gebührt Martin Trautmann Dank für seine Mitgliedschaft. Eine besondere Ehre erfuhr Viktor Werle, der seit mehr als 80 Jahren Teil der Gewerkschaft ist. Er war jahrelang Vorstandsmitglied der alten IGBE-Ortsgruppe Ottweiler. ■





Grenzenloser Dialog: In den Workshops tauschten sich die Teilnehmenden landesbezirksübergreifend aus.

Transformation – nicht ohne uns

Über die Probleme und Chancen in der Transformation – industriepolitisches Symposium der Landesbezirke Nordrhein und Westfalen.

Text und Fotos Leo Kölzer

Wir stehen vor enormen Herausforderungen und müssen aufpassen, dass der Industriestandort Deutschland nicht abgehängt wird“, sagte Thomas Meiers zu Beginn des zweitägigen Symposiums vor den rund 150 teilnehmenden Betriebsrätinnen und -räten sowie Funktionärinnen und Funktionäre der IGBCE. Für den westfälischen Landesbezirksleiter ist es deshalb wichtiger denn je, dass „wir Fachwissen, Kompetenz und Erfahrungen untereinander bündeln. Lasst uns gemeinsam an der Zukunft für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen arbeiten.“

Das politisch gewollte Ziel ist klar: Bis zum Jahr 2045 soll Deutschland klimaneutral werden. Für die Industrie bedeutet das, dass Produkte und Prozesse in den kommenden 23 Jahren an das Null-Emissionen-Ziel angepasst werden müssen. „In den kommenden Jahrzehnten wird dadurch nicht nur der Strombedarf aus erneuerbaren Quellen massiv steigen, sondern auch die Notwendigkeit, dass dieser Strom bezahlbar ist“, betont Francesco Grioli, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der IGBCE, der wie auch Andrea Arcais, Geschäftsführer der Stiftung Arbeit und Umwelt, einen interessanten Impulsvortrag hielt.

Der Austausch steht im Fokus

All das, gepaart mit der aktuell angespannten wirtschaftlichen Lage in der deutschen Industrielandschaft, sorgt in vielen Betrieben jetzt schon für enorme Sorgenfalten. Dialog und Erfahrungsaustausch untereinander sowie die Abstimmung kollektiver Ziele standen deshalb im Fokus des ersten gemeinsamen industriepolitischen Symposiums der Landesbezirke Nordrhein und Westfalen. Die praktischen Mittel im Rahmen des Symposiums dazu:

vier vertiefende Diskussionspanels zu den Themen Dekarbonisierung, Digitalisierung, Deglobalisierung und Demografie. Darauf aufbauend schlossen sich Workshops zu den betrieblichen Herausforderungen, dem strategischen Vorgehen der Mitbestimmung, den Rollen der beiden Landesbezirke dabei und den Standpunkten der IGBCE für eine moderne Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen an.

Die in diesem Rahmen erarbeiteten Konzepte sollen nun in den Landesbezirks- sowie in den Bezirksvorständen diskutiert und weiter vertieft werden. „Das werden spannende Prozesse. Wir freuen uns darauf, die interessanten Ideen weiterzuentwickeln“, erklärt Frank Löllgen, Landesbezirksleiter der IGBCE in Nordrhein.

Herausforderungen werden mehr

„Dass die Transformation der Industriegesellschaft eine Jahrhundertaufgabe ist, wissen wir nicht erst seit gestern“, sagt auch Patrick Wiesner, Konzernbetriebsratsvorsitzender der NSG Group, zu der auch das Pilkington-Werk in Gladbeck gehört. „Und trotzdem hat man in Deutschland das Gefühl, dass politische Entscheidung mehr aus einer kurzfristigen Reaktion entstehen, als dass sie von langer Hand geplant werden.“ „Es wird immer komplexer und dynamischer“, sagt auch Heike Hausfeld, Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Bayer AG. Das liege nicht nur an fortlaufenden Veränderungen durch Umstrukturierungen, Transformations-themen, Arbeitsschutz und Präventionsfragen. Die Themen seien insgesamt vielfältiger geworden.

„All dem müssen wir verstärkt mit Bildung und Qualifizierung begegnen“, zeigt Petra Kronen, Vorsitzende des Covestro-Gesamtbetriebsrats, auf. „Das ist nicht zuletzt auch der Schlüssel, um Tendenzen in Richtung AfD aufzuhalten.“ ■



In den Kleingruppen kamen alle zu Wort. Einzelne Themenschwerpunkte wurden anschließend präsentiert.



Rund 150 Gäste verfolgten das Symposium mit Francesco Grioli, Thomas Meiers und Andrea Arcais.



Bielefeld

Mitsubishi Hitec Paper: Standort gerettet



Dank starker Mitbestimmung: Stellenabbau fällt deutlich geringer aus.

Den gesamten Sommer über haben Betriebsrat und IGBCE um den Erhalt der Mitsubishi Hitec Paper Europe GmbH in Bielefeld gekämpft. Nur dank des Durchhaltevermögens der Mitbestimmungsorgane konnten der geplante Stellenabbau deutlich reduziert und die Geschäftsführung von neuen Investitionen überzeugt werden.

„Man hat dort jahrelang nicht richtig investiert und zu wenig auf neue Produkte gesetzt“, sagt Gewerkschaftssekretär Timo Bergmann. Das habe dazu geführt, dass die Absatzmengen rückläufig waren. „Als dann die Inflation in die Höhe schnellte, bekamen die Kunden Panik und füllten sich die Lager, bevor die Preiserhöhungen kamen. Dadurch sank im Anschluss der Absatz in Bielefeld merklich.“ Die Konsequenz: Die Lager der Kundinnen und Kunden leerten sich nur langsam, und so blieben Folgeaufträge in gewohnter Höhe aus, sodass es zu einem Millionenloch in der Kasse kam. Der Schuldenberg

wuchs auf insgesamt 22,5 Millionen Euro an. In Bielefeld sollten deshalb 150 von 500 Beschäftigte ihre Arbeitsplätze verlieren.

Betriebsrat hat überzeugt

Die Wende ist laut Bergmann nur geglückt, weil es dem Betriebsrat gelang, der Geschäftsführung klarzumachen, dass der Standort ohne den weiteren Betrieb der Papiermaschine PM1 und Investitionen an den anderen Maschinen in wenigen Jahren nicht mehr existieren werde. Die PM1 sei diejenige Maschine, über die ein Großteil der Versuche für neue Produkte laufe.

„Irgendwann hat das auch der Arbeitgeber verstanden und akzeptiert, dass diese Maschine für den Fortbestand gebraucht wird“, sagt Dirk Hansmeier, Betriebsratsvorsitzender bei Mitsubishi Hitec Paper. „Wäre das nicht passiert, dann würden jetzt auch 150 Stellen abgebaut werden“, ist sich Bergmann sicher. Der Betriebsrat habe ganze Überzeugungsarbeit geleistet – und

zwar erfolgreich. Stattdessen sind, auch dank bevorstehender Renteneintritte, Altersteilzeitregelungen und offener Stellen, „nur noch“ rund 35 Beschäftigte von Entlassungen betroffen. Für sie wurde ein Sozialplan vereinbart.

„Die Verhandlungen waren insgesamt sehr anstrengend“, resümiert Bergmann. „Der Arbeitgeber hat sich so falsch verhalten wie nur irgend möglich.“ Das habe vor allem die Belegschaft zu spüren bekommen. „Da wurden die eigenen Leute unter Druck gesetzt, angelogen und erpresst.“ Ohne die starken Betriebsräte und deren Unterstützung durch die Kolleginnen und Kollegen im Betrieb hätte sich der Arbeitgeber nicht so weit bewegt, darüber ist sich Bergmann sicher. Auch Termine mit dem Bielefelder Oberbürgermeister und der Bundestagsabgeordneten Wiebke Esdar haben offenbar Eindruck hinterlassen. „Da wurde dem Arbeitgeber deutlich, welche Verbindungen wir haben und wie wir uns für unsere Leute einsetzen können.“

Positive Perspektive

Nun läuft die Papiermaschine erst einmal in einer zwölfmonatigen Testphase weiter – finanziert durch Geld aus der Energiepreislöscher. Die Diskussionen um die Stilllegung könnten dennoch nächstes Jahr weitergehen. Betriebsrat und IGBCE schätzen das Risiko dafür allerdings als eher gering ein. „Der Arbeitgeber wird nun sehr genau auf die Maschine schauen und dann zwangsweise feststellen, dass diverse seiner Produktideen ohne diese nicht möglich sind“, ist Gewerkschaftssekretär Timo Bergmann optimistisch für die Zukunft. ■

Gladbeck

„Heute schon an morgen denken“

Volles Haus in Gladbeck – neben den rund 160 Aktiven aus den Ortsgruppen und Vertrauenskörpern sowie den Betriebsräten und Schwerbehindertenvertretungen folgten auch Michael Porschen, IGBCE-Fachsekretär für Betriebspolitik, und Birgit Biermann der Einladung des Bezirks zu seiner diesjährigen Funktionärskonferenz. Vor vier Jahren noch stellvertretende Bezirksleiterin in Gelsenkirchen, kehrte Biermann nun als stellvertretende Vorsitzende der IGBCE zurück zu ihren Wurzeln.

In seiner Eröffnungsrede unterstrich Bezirksleiter Thomas Steinberg die Wichtigkeit einer funktionierenden Vertrauensleute- und Ortsgruppenarbeit sowie deren Vernetzung im Betrieb und in der IGBCE. Unterstützt durch die Betriebsräte, seien sie ein wichtiger Eckpfeiler zur Ausübung der Mitbestimmung. Zudem seien sie die Stimme der IGBCE im Betrieb und in der Region.

Birgit Biermann betonte in ihrer Ansprache die Wichtigkeit von Veranstaltungen wie dieser. „Nur mit euch vor Ort lassen sich all die Projekte und Ideen, die auf Bundesebene entwickelt werden, mit

Leben füllen“, so Biermann. „Ohne euer Engagement ist all das nicht möglich. Dafür bedanke ich mich im Namen der gesamten IGBCE.“

Biermann machte auch deutlich, dass es in Zeiten wie diesen besonders wichtig sei, auf die eigene Kraft zu vertrauen. „Es kann nur in unserem eigenen Interesse sein, politische Vielfalt zu wahren.“ Genauso sei es gut, dass wieder mehr Bewegung in die politische Arbeitswelt komme. Die Logik rechter Ideologien sei allerdings immer die gleiche – sie spalte. Und Spaltung sei das komplette Gegenteil von dem, was die IGBCE ausmache.

„Wir müssen heute schon an morgen denken“, sagte Michael Porschen als Impulsgeber zu den Wahlen der Vertrauensleute sowie der Ortsgruppenvorstände im kommenden Jahr. In seinem spannenden Vortrag klärte er offene Fragen und betonte die Wichtigkeit der Wahlen. „Nutzt eure Beteiligungsrechte und motiviert eure Kolleginnen und Kollegen, sich in und mit unserer IGBCE im Betrieb und am Wohnort für unsere gemeinsamen Werte zu engagieren“, sagte Porschen abschließend. ■



Der Bezirk rund um Birgit Biermann und Thomas Steinberg fordert einstimmig die Einführung eines Brückenstrompreises. Die zugehörige Resolution wurde auf der Konferenz verabschiedet.

Recklinghausen

Neue Leitung



Landesbezirksleiter Thomas Meiers gratuliert Verena Gärtner zur Wahl.

Verena Gärtner ist neue Bezirksleiterin der IGBCE Recklinghausen. Die 39-Jährige wurde auf Vorschlag des geschäftsführenden Hauptvorstands der IGBCE in dieser Woche durch den ehrenamtlichen Bezirksvorstand vor Ort zur Nachfolgerin des ausgeschiedenen Karlheinz Auerhahn gewählt.

Mit Verena Gärtner übernimmt eine Gewerkschaftssekretärin die Leitung des zweitgrößten Bezirks der IGBCE, die die Region und die Menschen in der IGBCE bereits seit vielen Jahren kennt: „Verena Gärtner ist eine starke und erfahrene Kollegin, die gleichermaßen für Kontinuität und Veränderung in der IGBCE steht“, sagte IGBCE-Landesbezirksleiter Thomas Meiers, der die Wahl leitete.

Verena Gärtner freut sich auf die weitere Zusammenarbeit mit dem Bezirksvorstand, den gewerkschaftlichen, betrieblichen und politischen Gremien im Bezirk Recklinghausen: „Wir sind vernetzt, fachlich hervorragend aufgestellt, wir verstehen unser Handwerkzeug und haben eine tolle gewerkschaftliche Basis im Betrieb und in den Ortsgruppen. Damit sind wir für die Zukunft stark aufgestellt.“ ■

Rätsel



Sudoku

mittelschwer

3						9	1	
	1			4	6			2
						3		5
				3			7	
	3		8		5		4	
	2			1				
6		9						
8			1	9			5	
	5	1						8

schwer

9				5	7			
		1				5		
	6			4			9	
					8			4
8		4				3		5
2			3					
	7			2			5	
		5				8		
			8	1				6

Silbenrätsel

a - ba - ball - bar - bee -
ben - bes - bren - ca - cal -
del - deln - dels - e - eil -
ein - er - ess - ge - gel -
gel - glanz - gott - grill -
ha - i - i - i - irr - ka - keit -
ket - kitsch - lärm - lich -
lie - na - ne - nen - nen -
no - nu - pa - pe - prei -
rad - re - rei - rei - rus -
sab - schupf - sel - sel -
si - sig - son - spiel -
stand - tan - tät - tern - ti -
trich - tüm - vi - wech - zan

Aus den Silben sind Wörter zu bilden. Die ersten und dritten Buchstaben – von oben nach unten gelesen – ergeben einen Lösungsspruch.

- Genießbarkeit
- rundes Massagegerät
- kindliche Art
- blendendes Licht
- Strauchfrucht
- auf Fehlern beruhend
- geschmacklose Kunst

- Barbecue-Utensil
- würdevoll, feierlich
- z. B. Amor
- Sohn des Dädalus
- Kartoffelspezialität
- Nadelbaum-Zweigholz
- Schnapsfabrik

- mit Mühe beibringen
- angesparter Urlaub
- Hasardeurtreffpunkt
- Postversandstück
- Montagevorgang am Kfz
- soziale Schicht
- Lautstärke des Krachs



Noch mehr Rätselspaß

In der digitalen Ausgabe von *Profil* gibt's wieder ein Bilderrätsel zu lösen. Erneut haben sich fünf Fehler eingeschlichen. Viel Spaß beim Suchen!

Teilnahmebedingungen

Im Preisrätsel wird in diesem Monat ein spezieller Zeitraum gesucht, auf den sich besonders Schulkinder freuen. Bitte sende die Lösung per Post an: Profil-Redaktion, Postfach 3945, 30039 Hannover; oder per E-Mail an: profil.preisraetsel@igbce.de – bitte deine Adresse mit angeben. Ein-sendeschluss ist der 11. November 2023 (Datum des Poststempels ist maßgebend). Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die Gewinnerinnen und Gewinner von August/September:

Lösungswort: Weltkindertag
Die komplette Auflösung des Rätsels ist in der Onlineausgabe ersichtlich.

Jeweils einen Kaffeevollautomaten von Krups gewonnen haben: Birgit Zenk aus Hausen, Denis Ruppert aus Hattersheim und Lydia Demmler aus Leipzig. Herzlichen Glückwunsch!



Fotowettbewerb

Das Gewinnerfoto

Das Bild von **Dennis Zörb** zeigt seine Frau Selina und seine Hündin Mable – eine Altdeutsche Hütehündin – auf einem Feld bei Hungen (Hessen). Der abendliche Spaziergang mit der Familie erdet den gelernten Chemielaboranten, der bei Intertek Food Services in Linden in der Probenvorbereitung arbeitet. Zu seiner Aufnahme

schreibt Dennis: „Für mich zeigt das Foto alles, was einen perfekten Feierabend ausmacht. Man läuft mit seinen Liebsten über Felder, Wiesen oder durch Wälder. Zusammen mit dem Tageslicht schwinden langsam Stress und Anspannung. Mit jedem tiefen Atemzug wird man entspannter und ausgeglichener.“ ■

Mitmachen und gewinnen

Feierabend. Jeder Mensch empfindet diesen ganz besonderen Augenblick an der Schwelle von Arbeits- zu Privatleben anders. Wie sieht dein ganz persönlicher Feierabendmoment aus? Welche Szenerie steht für dich symbolhaft für den Feierabend? Wir wünschen uns, dass du dieses Gefühl in einem Foto* einfügst und beim *Profil*-Fotowettbewerb mitmachst. Zu gewinnen gibt es auch etwas –

ein nagelneues iPad von Apple. Für jede neue *Profil*-Ausgabe wählt eine Jury aus Medienfachleuten ein Siegerbild aus.

Wichtig dabei: Schreib uns ein paar Zeilen zu deinem Bild. Warum steht es für dich für den Feierabend? Wann und wo wurde es aufgenommen? Was ist darauf zu sehen? Nicht nur das Bild zählt für uns, sondern auch die Geschichte. ■



* Das Bild darf aus rechtlichen Gründen keine Personen enthalten, die darauf zu identifizieren sind und der Veröffentlichung nicht zugestimmt haben.



Fotos (2): Dennis Zörb, Apple



Nur mit dir gestalten wir
die Zukunft -
werde Trainee bei der IGBCE!



Noch unsicher? Scanne einfach den QR-Code und informiere dich!





**Digital noch
mehr!**

igbce-profil.de



BONUS IG BCE
AGENTUR



STARK IN DER GEMEINSCHAFT, STARK IN DER LEISTUNG.

Exklusiv für Euch und Eure Familienangehörigen:

Vorteilsangebote für Beratung & Job, Gesundheit & Fitness, Freizeit & Reisen sowie Finanzen & Vorsorge.



Alle Infos, Newsletter und Special-Deals

igbce-bonusagentur.de